



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 165

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 165

vom 7.6.2017

del 7/6/2017

Präsident
Vizepräsident

Dr. Roberto Bizzo
Dr. Thomas Widmann

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 165

vom 7.6.2017

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Fragestunde.Seite 1

Begehrensantrag Nr. 45/15 vom 25.8.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend Rückstufung des Süd-Tiroler Anteiles am Nationalpark Stilfser Joch in einen Naturpark. Seite 6

Beschlussantrag Nr. 636/16 vom 22.7.2016, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend "Slow Region" Südtirol.Seite 9

Beschlussantrag Nr. 578/16 vom 1.3.2016, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Europäisches Programm zur Beseitigung der Lärmbelästigung durch den Eisenbahnverkehr. Seite 14

Beschlussantrag Nr. 768/17 vom 9.5.2017, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Südtiroler Regiogeld und soziale Unterstützungsmaßnahmen.Seite 22

Beschlussantrag Nr. 763/17 vom 20.4.2017, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend Unterkünfte für getrennte Väter. Seite 36

Begehrensantrag Nr. 83/17 vom 22.5.2017, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Artioli, betreffend nein zu exzessiven Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Impfpflicht. Seite 42

Beschlussantrag Nr. 772/17 vom 22.5.2017, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend staufreie Brennerautobahn.Seite 53

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 165

del 7/6/2017

Indice

Interrogazioni su temi di attualità. pag. 1

Voto n. 45/15 del 25/8/2015, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante trasformazione della parte altoatesina del Parco nazionale dello Stelvio in un parco naturale.pag. 6

Mozione n. 636/16 del 22/7/2016, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante Alto Adige "Slow Region". pag. 9

Mozione n. 578/16 dell'1/3/2016, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante programma europeo per l'eliminazione dell'inquinamento acustico da traffico ferroviario. pag. 15

Mozione n. 768/17 del 9/5/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante una moneta complementare per l'Alto Adige e interventi di sostegno sociale. pag. 22

Mozione n. 763/17 del 20/4/2017, presentata dal consigliere Urzì, riguardante alloggi per padri separati. pag. 36

Voto n. 83/17 del 22/5/2017, presentata dai consiglieri Pöder e Artioli, riguardante no a misure coercitive per imporre le vaccinazioni. Seite 43

Mozione n. 772/17 del 22/5/2017, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante autostrada del Brennero senza code. pag. 53

Begehrensantrag Nr. 84/17 vom 22.5.2017, eingebracht von den Abgeordneten Zingerle, Blaas, Mair, Tinkhauser, Oberhofer und Stocker S., betreffend steigende Kriminalität.Seite 67

Beschlussantrag Nr. 264/14 vom 10.12.2014, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend das Tolomei-Archiv.Seite 71

Voto n. 84/17 del 22/5/2017, presentata dai consiglieri Zingerle, Blaas, Mair, Tinkhauser, Oberhofer e Stocker S., riguardante criminalità in aumento. pag. 67

Mozione n. 264/14 del 10/12/2014, presentata dal consigliere Urzi, riguardante l'archivio Tolomei. pag. 71

Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: Dr. Thomas Widmann

Ore 10.03 Uhr

Namensaufruf - appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich Landtagspräsident Bizzo und die Abgeordneten Artioli und Mair entschuldigt.

Wir fahren noch bis 10.30 Uhr mit der Aktuellen Fragestunde fort.

Punkt 4 der Tagesordnung: "**Aktuelle Fragestunde**".

Punto 4) all'ordine del giorno: "**Interrogazioni su temi di attualità**".

Die Anfrage Nr. 16/06/17 kann aufgrund der entschuldigten Abwesenheit von Landesrat Mussner nicht behandelt werden. Sie wird innerhalb der nächsten zehn Tage schriftlich beantwortet werden.

Wir kommen zur **Anfrage Nr. 12/06/17** vom 18.5.2017, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Dello Sbarba und Foppa, betreffend Hilferuf der Helfer: Sind neue Wege der Suizid-Prävention notwendig? Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ein wenig erfreulicher Auftakt dieses Morgenprogramms "Hilferuf der Helfer: Sind neue Wege der Suizid-Prävention notwendig?" Jüngste Interviews der Obfrau der Südtiroler Notfallpsychologie beim Weißen Kreuz und stv. Schulleiterin, Marlene Kranebitter, machen betroffen: Die erfahrene, nicht zum Alarmismus neigende Psychologin hat nach mehreren Selbstmorden Jugendlicher in ihrem Einzugsgebiet im Eisack- bzw. Pustertal dringend zu neuen Wegen der Ursachenforschung und Prävention aufgerufen. Diskretes Schweigen helfe nicht mehr, die Omnipräsenz sozialer Medien mache Fälle rasch bekannt, mit unabsehbaren Folgen und Nachahm-Effekten. Zudem habe sich die soziale und existenzielle Situation Jugendlicher, zumal von Burschen, gegenüber jener vor 10-15 Jahren stark gewandelt. Neben der Gefährdung Jugendlicher sind aber auch nicht ältere Personen außer acht zu lassen, die aufgrund stetig erhöhten Lebensalters und damit verbundener Beschwerden und Minderung von Lebensqualität gleichfalls wachsenden Risiken unterliegen.

Daher richten wir folgende Anfrage an die Südtiroler Landesregierung:

- Haben inzwischen Experten und soziale Organisationen in einem Hearing oder Informationsaustausch erste Diagnosen der Gesamtsituation erhoben?
- Wie lassen sich bislang bewährte Netzwerke und Strategien auf die neue Lage umstellen?

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, Kollege Hans Heiss! Wir haben uns in letzter Zeit zu vielen Situationen, zu vielen Ereignissen, zu vielen Verhaltensweisen und zu verschiedenen Problematiken, die im Zusammenhang mit Suizid, aber gleichzeitig auch mit Drogenkonsum stehen - auch das ist ein Thema, das durchaus in Teilen im Miteinander zu sehen ist -, auseinandergesetzt. Wir haben uns vor allem, was die Suizidprävention anbelangt, darauf verständigt, dass wir zuerst einmal versuchen, über jene Hilfsorganisationen Vorschläge zu bekommen, die ganz nahe dran an diesen jungen Menschen sind, an diesen Menschen, die sich in einer problematischen Situation befinden, die Hilfe suchen, die vielleicht als Erstes in die niederschweligen Angebote gehen bzw. dort ihre Hilfestellung in Anspruch nehmen. In diesem Zusammenhang ist auch von Forschungsprojekten die Rede gewesen. Das, was mir ein ganz wichtiges Anliegen wäre, ist, dass wir zuerst wirklich versuchen, eine umfassende

Bestandsaufnahme zusammenzubekommen, und zwar vor allem von all jenen, die ihre Erfahrungen im niederschwelligen, aber durchaus auch im höherschwelligen Bereich einbringen können. Ich hätte auch sehr gerne - das war mein Wunsch - ganz praktische, ganz menschnahe Vorschläge gehabt, selbstverständlich auch - wenn dies der Vorschlag beinhaltet - Projekte, die von der Erforschung ausgehen und dann auch von der Erforschung aus weitere Vorschläge machen. Wir haben vereinbart, dass diese Treffen zuerst über die Caritas organisiert werden. Sobald die Ergebnisse vorliegen, können wir uns in einem erweiterten Kreis treffen, in dem alle Dienste innerhalb des Gesundheits- und Sozialbereiches mit beteiligt sind. Wir werden dann die Ergebnisse, die sie vorlegen, gemeinsam bewerten und gemeinsam versuchen umzusetzen.

Das, was ich an dieser Stelle auch noch ausführen möchte, ist, dass es natürlich weiterhin eine Gruppe gibt, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzt. Das ist eine Gruppe, die seit 2011 tätig ist, nämlich das Südtiroler Netzwerk "Suizidprävention". Sie tagt nach wie vor regelmäßig und bringt Vorschläge ein. Aber das Ganze ist in letzter Zeit durch diese Initiative, die ich vorhin genannt habe, erweitert worden und soll dann systematisch noch weitere Kreise ziehen sowie weitere Institutionen und Ämter mitbeinhalten. Aber zuerst sollte es auf dieser etwas eher informellen Ebene gemacht werden, weil ich mir einfach auch davon verspreche, dass die Dienstleister, diejenigen, die ganz nahe an den Menschen sind, auch mit sehr praktischen Vorschlägen kommen, die wir vielleicht unmittelbar umsetzen können.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Nur eine kleine Nachfrage an die Frau Landesrätin mit Dank für die Auskunft, die Sie in der Ihrer eigenen - wenn man so will - Mischung aus Verdeckung und doch einigen sichtbaren Kernen präsentiert hat. Sie geben es immer in einer Mischung aus Information und Vernebelungstaktik wieder. Das ist wirklich eine außerordentliche Gabe von Ihnen, Frau Landesrätin, aber Scherz beiseite, es geht wirklich um ein ernstes Thema. Gibt es aus Ihrer Sicht, was Sie bisher von den verschiedenen Organisationen gehört haben, wirklich eine neue negative Qualität bzw. eine Zuspitzung in dieser Situation oder ist das nur eine aktuelle Dramatisierung in diesem Bereich? Gibt es hier grundlegende Trends, die sich abzeichnen? Sie können sicher nur eine Einschätzung entsprechend formuliert ausdrücken.

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Hans Heiss, diesmal ganz präzise! Es ist so, dass die durchschnittliche Suizidrate der Jahre 2005 bis 2015 9,3 - das ist immer komisch bei Menschen - pro 100.000 ausgemacht hat. Die Suizidrate in Südtirol ist damit höher als im übrigen Staatsgebiet, wo sie bei 6,6 liegt. Aber sie ist weit unter den Werten von Österreich mit 15,2, jenen von Deutschland mit 12,3 oder der Schweiz mit 13. Das, was auch dazu zu sagen ist, ist, dass die Rate eigentlich stetig gesunken ist. Auch das ist vielleicht wichtig anzumerken, weil man das in der stärkeren Thematisierung, die jetzt diese Problematik umfasst, manchmal übersieht. Also die Suizidrate ist seit 1995 gesunken, als sie noch bei 17,5 pro 100.000 war. Seit dem Jahr 2003 ist sie auf den Wert von ungefähr 11 gesunken und beträgt jetzt seit 2015 9,3. Insofern kann man feststellen, dass die Suizidrate gesunken ist.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 17/06/17** vom 25.5.2017, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend Ausgaben für Unterhaltspflicht getrennter Väter. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Getrennte Väter geraten durch finanzielle Mehrbelastungen immer wieder unter Druck. Neben Unterhalt und Miete bzw. Ratenzahlung der Wohnung der Kinder müssen noch Miete oder Raten für die eigene Wohnung sowie die eigenen Lebenskosten bezahlt werden. Dennoch werden getrennte Väter oft von Mietbeiträgen, Sozialwohnungen und geförderten Wohnbau ausgeschlossen, da die Abgaben für ihre Kinder und ehemaligen Partner nicht als Ausgaben berücksichtigt werden und der finanzielle Status somit verfälscht wird.

Dies vorausgeschickt, bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Beabsichtigt die Landesregierung diese soziale Ungerechtigkeit aus dem Weg zu räumen und die Ausgaben für Unterhaltspflichten getrennter Elternteile für die Berechnung von Sozialleistungen zu berücksichtigen?

DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege Pöder! Vorausgeschickt, dass Trennungs- und Scheidungssituationen für die Familien meistens für alle eine belastende Situation darstellen, darf ich vielleicht ganz kurz umreißen: Mit der Änderung des Artikels 155 des Zivilgesetzbuches von 2006 und damit der Einführung des gemeinsamen Sorgerechtes ist die Situation derzeit ja nicht mehr so, dass grundsätzlich die Kinder bei der Mutter sind und die Väter zu Unterhaltszahlungen verpflichtet werden, sondern man sieht in den letzten Jahren auch, dass sich die Rechtsprechung entwickelt hat, auch und gerade am Landesgericht Bozen. Im Moment haben wir wieder eine Vielfalt von Regelungen vorliegen, gerade bei den Ansuchen, die derzeit sicher nicht mit einem Satz durch Änderung einer Bestimmung gelöst werden kann. Deshalb besteht durchaus die Bereitschaft, sich die einzelnen Fälle anzuschauen. Es stimmt nicht ganz, dass die Unterhaltszahlungen, sofern sie im Trennungsurteil und im Trennungsdekret vorgesehen sind, nicht beachtet werden. Ich verweise damit auf den Artikel 10 Komma 1 Buchstabe c) des Einheitstextes über die Einkommenssteuern. Dort ist es so, dass die Unterhaltszahlungen für den Ehegatten ja auch steuerlich absetzbar sind und somit auch nicht auf das Einkommen anzurechnen sind. Ich verweise ebenso auf Artikel 19 des Dekretes des Landeshauptmannes Nr. 2 aus dem Jahr 2011 - das ist die Durchführungsverordnung zur EEEVE -, wo im Artikel 19 vorgesehen ist, und ich zitiere: "*Vom berücksichtigten Einkommen werden die folgenden, auf den Zeitraum der Berechnung bezogenen Beträge abgezogen: ...*" Ich erspare uns allen die Buchstaben vor dem Buchstaben e), aber Buchstabe e) sieht ausdrücklich vor: "*die für die Kinder bezahlten Unterhaltszahlungen.*" Das heißt, dass Unterhaltszahlungen zu Lasten des Ehegatten bereits bei der Einkommenssteuer in Abzug gebracht werden können bzw. dann die Unterhaltszahlungen für die Kinder speziell bei der EEEVE abgezogen werden können und damit nicht für die Einkommenssituation bewertet werden. Insofern - wie gesagt - stimmt die Annahme in dieser Form nicht. Aber ich denke, dass die Bereitschaft von den Kollegen Stocker und Tommasini gegeben ist, sich auch das anzuschauen, was das Wohngeld betrifft.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Vielen Dank! Wenn Sie sagen, dass die Unterhaltungszahlung bei der EEEVE einkommensmindernd angerechnet wird, muss ich feststellen, dass dies leider Gottes nicht in vollem Umfang getan wird. Ich muss auch feststellen, dass es verschiedene Situationen gibt, wie Sie hier bereits angemerkt haben, bei denen ein Unterhaltspflichtiger keinen Unterhalt bezahlt. Da greifen dann zum Glück Unterhaltsvorschussstellen und auch die entsprechenden Rechtsfolgen, die das Land dann sozusagen einleiten muss. Im guten Fall - sagen wir mal so - wird der Unterhalt bezahlt. Für den Unterhaltsempfänger interessanterweise wird der Unterhalt tatsächlich dann als beitragsmindernd eingerechnet. Das kritisiere ich nicht, das ist durchaus ein Einkommen bzw. eine zusätzliche Einnahme in der Familie. Also wird der Unterhalt, den jemand bekommt, beitragsmindernd einberechnet. Aber der Unterhalt, den jemand zahlt, wird nicht in vollem Umfang gerade bei der EEEVE als einkommensmindernd eingerechnet. Hier gibt es sicherlich noch Nachholbedarf. Es stimmt, dass es die steuerliche Absetzung für den Unterhalt für die Kinder gibt. Ich bin auch dankbar dafür, dass Sie diese unterschiedliche Behandlung in dieser Form ausgeführt haben. Aber, wie gesagt, bei unseren Mietbeiträgen, bei der EEEVE, bei den Wohnbausituationen usw. sollte diese Unterhaltszahlung des unterhaltszahlenden Elternteiles meiner Meinung nach noch stärker einkommensmindernd berücksichtigt werden.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu **Anfrage Nr. 27/06/17** vom 29.5.2017, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend das kürzlich stattgefundenene Treffen zwischen Kompatscher und Delrio. Ich ersuche um Verlesung der Anfrage.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Il 24 maggio il presidente Kompatscher ha avuto un incontro ufficiale con il ministro delle Infrastrutture e dei Trasporti Graziano Delrio. La riunione è stata preannunciata il giorno prima con un comunicato stampa, cui però non è seguito un successivo comunicato riportante gli esiti dell'incontro. Nel corso del colloquio sono però stati toccati diversi nodi decisivi per il nostro territorio, su cui è opportuno un approfondimento. Stando ai resoconti della stampa, i temi fondamentali trattati sono i seguenti: il rinnovo della concessione dell'A22 (al momento in stasi in quanto si fatica a liquidare i soci privati e con conseguente allungamento dei tempi per la variante in tunnel della SS 12); il finanziamento delle tratte di accesso sud al Bbt, in particolare la circonvallazione di Bolzano (con possibili ripercussioni sul progetto dell'Areale) e Bassa Atesina: non ci sono le (ingentissime) risorse necessarie e si guarda ai possibili futuri finanziamenti europei. La tratta Fortezza/Ponte

Gardena, che sembrava ormai definita anche sotto l'aspetto finanziario, secondo il deputato Afreider sembra ora in discussione e in ogni caso con un ulteriore dilatamento dei tempi di realizzazione al 2030. Infine, per le tratte d'accesso nord vi sarebbe la conferma che la Germania per il momento non avrebbe interesse a realizzarle (come segnalato anche dalla Camera di commercio di Bolzano con un suo allarmato comunicato del 6 aprile scorso).

Ciò premesso,

si interroga l'assessore competente per sapere

se può relazionare il Consiglio provinciale sui progetti infrastrutturali di mobilità di cui alle premesse, fondamentali per il nostro territorio.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Danke, Herr Präsident, geschätzter Kollege Köllensperger! Zunächst einmal Folgendes: Es hat schon auch im Nachgang an das Treffen Presseausendungen gegeben. Diese haben wir gemeinsam mit dem Ministerium und dem Kollegen Platter koordiniert. Wir haben uns ja gemeinsam unterhalten. Es war nämlich ein Gegenstand, der jetzt in der Anfrage nicht erwähnt worden ist, auch die Notwendigkeit des Setzens ordnungspolitischer Maßnahmen zur Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene. Das ist ja klar, nur das Bauen von Tunneln alleine verlagert den Verkehr noch nicht. Es braucht dann auch entsprechende tarifpolitische Maßnahmen und das war auch Gegenstand der Besprechung. Es ist ja ausdrücklich in der Vereinbarung zwischen dem Ministerium und den öffentlichen Aktionären der A22 vorgesehen, dass man solche Maßnahmen setzt, im Besonderen die Eurovignette, an deren Einführung vorbereitend bereits gearbeitet wird. Die Autobahnbetreibergesellschaft A22 ist bereits dabei, alle notwendigen technischen Voraussetzungen zu schaffen, dass die Eurovignette dann nach Erlass der neuen Autobahnkonzession eingeführt werden kann. Den Erlass der Autobahnkonzession hat Minister Delrio auf jeden Fall für innerhalb dieses Jahres in Aussicht gestellt, nachdem inzwischen auch von Seiten der Europäischen Kommission das positive Gutachten eingelangt ist. Italien musste ja sämtliche Unterlagen zum Verfahren, nachdem Italien hier auf eine Ausschreibung verzichtet hat, die normalerweise Standard wäre, auch an die Europäische Kommission übermitteln. Es ist inzwischen schriftlich definitiv formell der positive Bescheid bei den Behörden eingetroffen. Somit steht jetzt dem weiteren Procedere zum Erlass der Autobahnkonzession nichts mehr im Wege.

Welche Schritte sind noch zu setzen? Zum einen die definitive Genehmigung des Finanz- und Investitionsplanes für die 30-jährige Konzessionsdauer. Hier geht es um sehr, sehr viele Fragen. Das sind sehr, sehr viele Projekte, die da aufgelistet sind, entlang der ganzen Brennerautobahn an der Autobahn selbst, aber auch begleitende Maßnahmen, zu denen ja auch die Umfahrung Bozen zählt. Hier ist man dabei, mit dem Ministerium noch die Details abzustecken, insbesondere auch die zeitliche Abfolge, in welcher diese Maßnahmen realisiert werden. Davon abhängig ist dann die definitive Auszahlung der privaten Aktionäre der Brennerautobahngesellschaft, denn die Annahme des Wertes, der angeboten wird, hängt auch davon ab, wie der Finanz- und Investitionsplan ausschaut. Wenn der Finanz- und Investitionsplan der Gestalt ist, dass keine großen Dividenden mehr zu erwarten sind, dann sind die Aktionäre mit dem gebotenen Preis wahrscheinlich einverstanden und sonst nicht. Deshalb verlangen diese privaten Aktionäre ganz einfach, dass es dann tatsächlich schwarz auf weiß bestätigt wird, dass die Autobahn künftig weniger Dividenden ausschütten und durch die Führung dieses Intermodalsystems mehr direkten Nutzen stiften wird. Das ist auch ausdrücklich der Auftrag. Das ist nicht mehr die Autobahn, sondern die Autobahngesellschaft ist der Betreiber eines Intermodalsystems. Künftig muss sie sich also auch darum kümmern, dass der Verkehr auf der Schiene funktioniert, mit den Verladebahnhöfen und Ähnlichem mehr. Das ist ein ausdrücklicher Auftrag an den werdenden Autobahnbetreiber. Soweit zu diesem Thema!

Also innerhalb des Jahres sollte die Konzession erlassen werden. Das hat Minister Delrio in der Pressekonzferenz ausdrücklich öffentlich bestätigt. Zum anderen hat es bei der Zulaufstrecke Waidruck-Franzensfeste ein paar Verzögerungen gegeben, das stimmt, aber es ist absolut definitiv und erneut bestätigt worden, dass die Finanzierung in vollem Umfang steht. Diese ist auch im Haushalt des Staates verfügbar und somit ist alles da. Es geht jetzt um die definitive Ausführungsplanung, die Ausschreibung derselben, also Ausführungsplanung und Umsetzung. Es geht um die Vorbereitung der Ausschreibung. In Bezug auf die Umfahrung Bozen wird die Vorplanung zur Zeit von Italferr vorbereitet. Das konnten wir mit Ingenieur Maurizio Gentile, dem RFI-Chef, vereinbaren, natürlich auch in diesem Fall mit der Zustimmung des Ministeriums. Ich nenne jetzt auch die Eisenbahnumfahrung Bozen. Bei der Straßenumfahrung Bozen gibt es eine Arbeitsgruppe, die jetzt noch einmal die möglichen Varianten technisch genau studiert, also wirklich vertie-

fend im Zusammenhang mit den ergänzenden Projekten. Hier geht es ja um ein Gesamtkonzept für den Straßenverkehr rund um Bozen und die Erschließung der Innenstadt Bozens. Diese ist am Arbeiten und von der Gemeinde und von der Landesverwaltung, auch gemeinsam mit der Autobahnverwaltung eingesetzt worden. Hier ist auch die Autobahnverwaltung dabei, denn auf jeden Fall wird die Autobahn hier eine Rolle spielen.

Was die südliche Strecke anbelangt ist es so, dass das Bauleitplaneintragungsverfahren läuft. Wie Sie wissen, gibt es in einigen Gemeinden auch unterschiedliche Ansichten bezüglich möglicher Alternativen zur Tunnellösung, das ist hinlänglich auch über die Medien bekannt geworden. Das Verfahren ist seinerseits auch mit den Kommunalvertretern vereinbart und von Amts wegen eingeleitet worden. Jetzt besteht natürlich für alle die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. Und das findet zur Zeit natürlich statt, auch die Debatte darüber. Es geht ja nur darum, zunächst einmal die Trasse einzutragen, an der die Untersuchungen über die Machbarkeit des Tunnels durchgeführt werden können. Also, hier sind wir natürlich noch sehr am Anfang der ganzen Geschichte.

Sie sprechen auch die Nord-Anbindung an. Kollege Platter und ich haben beim Treffen in Rom gemeinsam mit dem Minister festgestellt, dass es tatsächlich immer noch Verzögerungen in Deutschland gibt. Inzwischen gibt es vom bundesdeutschen Verkehrsminister Dobrindt zwar mehrfach die Zusicherung, dass man jetzt mit der Trassendefinition, der Trassenplanung sowie mit den anschließenden Schritten zur Umsetzung Ernst machen will. Aber es ist in der Tat so, dass Bayern bzw. Deutschland hier etwas im Rückstand ist, mit möglicherweise gravierenden Folgen für die Anrainer an den Strecken, die dann unmittelbar nördlich des Brennerbasistunnels und nördlich von Tirol angrenzen. In Tirol hat man das Ganze ja sehr gut im Griff.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Eine Zusatzfrage! Sie haben bei den Zulaufstrecken Süd angesprochen, dass die Bauleitplaneintragungen in den Gemeinden laufen, es werden Alternativen diskutiert. Eine dieser Alternativen habe ich gesehen. Diese ist von einem Ingenieur in Auer vorgestellt worden, dass man das praktisch nicht mehr in den Tunnel unter dem Trudner Horn Naturpark, sondern die Strecke neben der aktuellen macht, überdacht und eindeckt, wobei man dann auch einen landwirtschaftlichen Grund darüber machen könnte. Haben Sie diese Alternative gesehen und was halten Sie davon?

Das Zweite ist eine Frage, die ich schon länger hier habe. Wir sprechen davon, die SS12, die Staatsstraße in Bozen, also die Autoumfahrung von Bozen zu machen. Das ist sicher ein sinnvolles Projekt. Wenn man aber deren Kosten sieht und mit jenen vergleicht, über die theoretisch gesprochen wurde bei einer eventuellen Verlegung der Brennerautobahn in einen Tunnel, dann ist der Unterschied gar nicht so groß, und zwar ungefähr 130 Millionen zwischen dem einen und dem anderen. Ist dieses Projekt, die A22 zu untertunneln oder in den Tunnel zu verlegen, definitiv gestorben, vor allem wenn man es mit der SS12 macht oder kann das Thema in Zukunft noch einmal aufgegriffen werden?

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zunächst zur zweiten Frage. Nachdem es sich ja wahrlich um ein großes Projekt handelt, insgesamt allein die bisher geplanten Straßenverlegungen, ursprünglich war man bei einer Kostenschätzung von 400 Millionen, jetzt wohl eher bei 500 bis 600 Millionen Euro, ist es richtig und notwendig, dass man nochmals alle Alternativen und Varianten prüft. Das tun wir auch, denn es ist der klare Auftrag zu sagen, schauen wir uns noch einmal jene, die bereits zum Teil schon ad acta gelegt worden waren, im Lichte der neuen Ergebnisse der Kostenbewertung für die Verlegung der SS12 an. Nachdem klar ist, dass es sich um eine Doppelröhre handeln muss - ursprünglich war es etwas anderes bewertet worden - und die Kosten sich somit erhöhen, wird das alles angeschaut auch mit den neuen Möglichkeiten, wie es heute die moderne Software in Bezug auf Verkehrssimulationen ist, wird das noch einmal gemacht. Wichtig ist, die Autobahn wird auf jeden Fall querfinanziert, diese Verkehrslösung von Bozen, die dann auch umgesetzt werden soll. Das machen wir gemeinsam und gewissenhaft, denn man kann nicht ganz einfach irgendwann einen Strich in die Landschaft ziehen und dann Hunderte von Millionen ausgeben, ohne wirklich genau die bestmögliche Variante ausgewählt zu haben und das muss eindeutig die nachweisbar beste Variante sein. Alles andere wäre verantwortungslos.

Zum Thema dieser verschiedenen Dinge. Seinerzeit ist bereits eine Vielzahl von Varianten studiert worden im Vorplanungsverfahren, im Auswahlverfahren in Bezug auf ihre Umweltverträglichkeit und Machbarkeit. Fünf sind dann in die engere Wahl gekommen, unter anderem auch eine solche Trassenführung außerhalb, die dann alle entweder aufgrund der Umweltbelastung, technischer Machbarkeit und anderer

Schwierigkeiten verworfen worden sind. Gewählt worden ist damals nicht von der Politik, sondern von diesen Technikern, die mit dem Umweltprüfungsverfahren beauftragt werden, aus den ganzen Varianten, die zur Debatte standen, die Tunnelvariante im Berg. Das muss man schon immer wieder klarstellen. Das war nicht von vornherein eine politische Entscheidung, sondern es waren die Techniker des Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahrens, das damals durchgeführt worden ist zu den verschiedenen Varianten, die diese empfohlen haben. Deshalb ist es immer sehr interessant, wenn jetzt die Umweltargumente ins Feld geführt werden und gesagt wird, der Tunnel wäre nicht umweltfreundlich. Das ist in einem ausführlichen Prüfverfahren so festgestellt worden.

Zu den Varianten. Ich bin jetzt selbst nicht Ingenieur. Ich habe gehört, dass das Ganze sich zwar schön als Zeichnung darstellen lässt, aber in Wirklichkeit auf große Schwierigkeiten stoßen dürfte, zum einen wegen der statischen Belastung des Untergrunds durch ein solches Bauwerk, das derzeit schon fast die Schiene nicht trägt. Das ist eines der großen Probleme, die RFI aufwirft. Wir haben jetzt schon Probleme mit der freilaufenden Schienentrasse in diesem sehr weichen Untergrund und ein solches Bauwerk zu errichten, das ist damals schon festgestellt worden, wäre sehr problematisch, auch was die Umweltauswirkungen in diesem Bereich, auch was die Sicherheits- und Gefahrenrisiken, Gewässergefahren und ähnliches angeht. Das Ganze schaut wesentlich hübscher aus als es dann tatsächlich in der Bewertung ist, aber es ist legitim, alle Ideen nach vorne zu bringen. Es ist aber auch dann nur recht und billig, dass es von Fachleuten geprüft und entsprechend bewertet wird. Das wird man auch mit diesen Vorschlägen machen. Jetzt wird einmal alles gesammelt und dann wird es auch zu allem eine Antwort und eine Stellungnahme geben.

PRÄSIDENT: Der von der Geschäftsordnung für die "Aktuelle Fragestunde" vorgesehene Zeitrahmen von 120 Minuten ist abgelaufen. Die nicht behandelten Anfragen werden innerhalb der nächsten zehn Tage schriftlich beantwortet werden.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 45/15 vom 25.8.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend Rückstufung des Süd-Tiroler Anteiles am Nationalpark Stilfser Joch in einen Naturpark"**.

Punto 5) all'ordine del giorno: **"Voto n. 45/15 del 25/8/2015, presentato dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante trasformazione della parte altoatesina del Parco nazionale dello Stelvio in un parco naturale"**.

Am 24. April 1935, also mitten in der Zeit des Faschismus, wurde der Nationalpark Stilfser Joch gegründet. Damit wurde fast der gesamte orografisch rechte Teil des Vinschgaus mit einem Federstrich sozusagen enteignet und einer strengen staatlichen Reglementierung unterworfen. Für Süd-Tirol und besonders für die Bevölkerung der am Nationalpark angrenzenden Gemeinden (Stilfs, Prad, Glurns, Taufers im Münstertal, Mals, Laas, Schlanders, Martell, Latsch, Ulten) hatte dies verheerende Folgen.

Im August dieses Jahres wurde von der Zwölferkommission die Durchführungsbestimmung zum Übergang der Verwaltung des Nationalparks Stilfser Joch auf die Region Lombardei sowie auf die autonomen Provinzen Bozen und Trient genehmigt. Diese Durchführungsbestimmung sieht sowohl die Übertragung der Verwaltung und des Personals an die Länder Süd-Tirol und Trentino vor, die dafür auch die Spesen übernehmen. Der Parkplan und das Parkreglement werden ebenfalls durch die Länder ausgearbeitet und genehmigt, wobei aber das Umweltministerium immer noch ein bindendes Gutachten abgeben kann.

Nach diesem "Übergang" stellt sich nun die Frage, warum der Süd-Tiroler Teil des Nationalparks nicht in einen achten Süd-Tiroler Naturpark zurückgestuft werden könnte, um zum Einen ein altes Unrecht wieder gut zu machen und zum Anderen durch die einheitliche Verwaltung den Park effizienter und bürgernäher zu gestalten.

Die bestehenden sieben Süd-Tiroler Naturparks sind einzigartige Natur- und Kulturlandschaften, die gerade deshalb unter besonderem Schutz stehen, weil sie zur Erhaltung eben dieser Natur- und Kulturlandschaft beitragen und außerdem zur Forschung und Umweltbildung und für Einheimische wie Touristen als Naturerlebnis dienen.

Für eine gemeinsame und einheitliche Führung aller Naturparks in Süd-Tirol ist das Amt für Naturparke zuständig. Eigene Landesgesetze und die einzelnen Schutzbestimmungen dienen dazu, die festgelegten Naturparkziele zu erreichen. Für jeden Naturpark ist ein Führungsausschuss eingesetzt, der sich aus Vertretern der gebietsmäßig betroffenen Gemeinden, der Naturschutzverbände, sowie aus Vertretern der Grundbesitzer und der einzelnen Fachressorts der Landesverwaltung zusammensetzt.

Dies alles vorausgeschickt,

fordert

der Südtiroler Landtag

das römische Parlament und die Regierung in Rom auf,

die notwendige Rechtsgrundlage für die Rückstufung des Südtiroler Anteils am Nationalpark Stilsfer Joch in einen Südtiroler Naturpark zu schaffen.

Il 24 aprile 1935, in pieno periodo fascista, è stato istituito il Parco nazionale dello Stelvio. Quasi tutta la destra orografica della Val Venosta è stata per così dire espropriata e sottoposta a una severa regolamentazione statale, con pesanti conseguenze per la popolazione dell'Alto Adige e in particolare per i comuni confinanti con il Parco nazionale (Stelvio, Prato allo Stelvio, Glorenza, Tubre, Malles Venosta, Lasa, Silandro, Martello, Laces, Ultimo).

Ad agosto di quest'anno la Commissione dei Dodici ha approvato la norma di attuazione che delega la gestione del Parco nazionale dello Stelvio alla Regione Lombardia e alle Province autonome di Bolzano e Trento. Tale norma prevede sia la delega gestionale, sia quella del personale alle due Province, che si assumeranno anche i relativi oneri. La programmazione e il regolamento del Parco verranno altresì elaborati e approvati dalle Province, mentre il Ministero dell'ambiente mantiene la facoltà di esprimere un parere vincolante in merito.

Dopo questo "passaggio" ci si chiede per quale ragione la parte altoatesina del Parco nazionale non possa essere trasformata nell'ottavo parco naturale della Provincia di Bolzano, da un lato per riparare il torto subito, dall'altro per rendere il parco maggiormente efficiente e a misura di cittadino grazie a una gestione unitaria.

Gli attuali sette parchi naturali della nostra provincia racchiudono aree di elevato interesse paesaggistico e culturale poste perciò sotto tutela particolare. Contribuiscono infatti a mantenere paesaggio e natura allo stato originario e vengono utilizzati per ricerca scientifica, informazione ed educazione ambientale, offrendo la possibilità alla popolazione locale e ai turisti di vivere un'esperienza nel mondo naturale.

L'Ufficio parchi naturali è addetto alla gestione comune di tutti i parchi naturali della Provincia di Bolzano. Leggi provinciali ad hoc e singole disposizioni di tutela sono state emesse per perseguire le finalità dei parchi. Per ogni parco naturale è stato istituito un comitato di gestione, cui fanno parte i rappresentanti dei comuni competenti per territorio, le associazioni ambientaliste nonché rappresentanti dei proprietari dei terreni e dei singoli uffici dell'amministrazione provinciale.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

sollecita

il Parlamento e il Governo

a creare le basi giuridiche necessarie per la trasformazione della parte altoatesina del Parco nazionale dello Stelvio in un parco naturale della Provincia di Bolzano.

Herr Abgeordneter Zimmerhofer, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Am 24. April 1935, also mitten in der Zeit des Faschismus, wurde der Nationalpark Stilsfer Joch gegründet. Damit wurde fast der gesamte orografisch rechte Teil des Vinschgau mit einem Federstrich sozusagen enteignet und einer strengen staatlichen Reglementierung unterworfen. Für Süd-Tirol und besonders für die Bevölkerung der am Nationalpark angrenzenden Gemeinden (Stilfs, Prad, Glurns, Taufers im Münstertal, Mals, Laas, Schlanders, Martell, Latsch, Ulten) hatte dies verheerende Folgen.

Im August dieses Jahres wurde von der Zwölferkommission die Durchführungsbestimmung zum Übergang der Verwaltung des Nationalparks Stifiser Joch auf die Region Lombardei sowie auf die autonomen Provinzen Bozen und Trient genehmigt. Diese Durchführungsbestimmung sieht sowohl die Übertragung der Verwaltung und des Personals an die Länder Süd-Tirol und Trentino vor, die dafür auch die Spesen übernehmen. Der Parkplan und das Parkreglement werden ebenfalls durch die Länder ausgearbeitet und genehmigt, wobei aber das Umweltministerium immer noch ein bindendes Gutachten abgeben kann.

Nach diesem "Übergang" stellt sich nun die Frage, warum der Süd-Tiroler Teil des Nationalparks nicht in einen achten Süd-Tiroler Naturpark zurückgestuft werden könnte, um zum Einen ein altes Unrecht wieder gut zu machen und zum Anderen durch die einheitliche Verwaltung den Park effizienter und bürgernäher zu gestalten.

Die bestehenden sieben Süd-Tiroler Naturparks sind einzigartige Natur- und Kulturlandschaften, die gerade deshalb unter besonderem Schutz stehen, weil sie zur Erhaltung eben dieser Natur- und Kulturlandschaft beitragen und außerdem zur Forschung und Umweltbildung und für Einheimische wie Touristen als Naturerlebnis dienen.

Für eine gemeinsame und einheitliche Führung aller Naturparks in Süd-Tirol ist das Amt für Naturparke zuständig. Eigene Landesgesetze und die einzelnen Schutzbestimmungen dienen dazu, die festgelegten Naturparkziele zu erreichen. Für jeden Naturpark ist ein Führungsausschuss eingesetzt, der sich aus Vertretern der gebietsmäßig betroffenen Gemeinden, der Naturschutzverbände, sowie aus Vertretern der Grundbesitzer und der einzelnen Fachressorts der Landesverwaltung zusammensetzt.

Dies alles vorausgeschickt,

fordert

der Südtiroler Landtag

das römische Parlament und die Regierung in Rom auf,

die notwendige Rechtsgrundlage für die Rückstufung des Südtiroler Anteils am Nationalpark Stifiser Joch in einen Südtiroler Naturpark zu schaffen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass für den Naturschutz ein Südtiroler Naturpark ausreichend wäre. Dazu braucht es wirklich keinen Nationalpark. Beim sogenannten Übergang der Verwaltung wurde verheimlicht, dass sich das Umweltministerium, sprich Rom, trotzdem in allen Belangen das letzte Wort hat. Letztendlich bezahlt der Südtiroler als Steuerzahler für etwas, was ihm aufgezwungen wurde bzw. was er ursprünglich nicht haben wollte. Jetzt kommt mit Bär und Wolf ein weiteres Problem hinzu. Im Grunde genommen hätten wir, was Jagd und Fischerei anbelangt, die primäre Zuständigkeit, aber trotzdem sind uns hier die Hände gebunden. Im Grunde genommen hat sich die Situation nicht gebessert, weshalb ich um Zustimmung zu diesem Begehrensantrag bitte.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Ich habe bei uns im Parteiarchiv nachgeschaut. Die erste Frage bezüglich des Nationalparks Stifiser von Seiten der Freiheitlichen stammt aus dem Jahr 2003. Danach gab es eine Serie von weiteren Anfragen zu einem Thema, mit dem wir uns als Partei schon lange beschäftigen. Im Jahr 2010 gab es dann auch einen Beschlussantrag, der dasselbe gefordert hat. Ein Punkt ist wesentlich, nämlich, dass eine Umwandlung des Nationalparks in einen Naturpark gleiche Rechte für alle bedeuten würde. Deshalb stimmen wir diesem Begehrensantrag natürlich zu. Für den damaligen Antrag gab es 11 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen, wobei der Kollege Noggler dafür gestimmt hat. Mal schauen, ob er heute auch diesem Begehrensantrag zustimmen wird.

THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich wollte Herrn Zimmerhofer fragen, ob er einen ähnlichen Antrag stellen könnte, mit dem Titel "Umwandlung des Nationalparks Großglockner in Naturpark" usw. Es gibt einen rechtlich relevanten Unterschied, ob es sich um einen Nationalpark oder um einen Naturpark handelt. Wir haben in Südtirol bekanntlich sieben Naturparks, die alle mit Landesgesetz geregelt sind. Wir haben uns in den vergangenen Jahren wiederholt darum bemüht, die Verwaltungskompetenz für den Nationalpark Stifiser Joch zu erhalten, was uns letztendlich auch gelungen ist. Niemand, Herr Kollege Zimmerhofer, hat gesagt, dass es kein Nationalpark mehr wäre. Im Gegenteil, die Landesregierung hat immer gesagt, dass wir nur die Verwaltungszuständigkeiten erhalten haben. Es ist nicht so, dass wir den Park abschaffen könnten, und das ist von unserer Seite auch nie in Erwägung gezogen oder kommuniziert worden. Ich sage ganz offen, dass das auch nicht gewollt ist. Die beiden Länder Südtirol und Trentino und die Region Lombardei haben die Ver-

pflichtung übernommen, dass es weiterhin ein Nationalpark bleibt, wobei wir jetzt aber nicht mehr zur Zusammenarbeit gezwungen sind. Allein aufgrund der Erfahrungen der letzten Monate können wir sagen, dass die Zusammenarbeit heute wesentlich besser funktioniert als in Vergangenheit, als sie aufgezwungen war, weil sie jetzt auf freiwilliger Ebene geschieht. Es gibt unzählige Treffen zwischen dem Umweltministerium, der Lombardei und den Ländern Trentino und Südtirol, bei denen wir versuchen, den Nationalpark so zu regeln, dass er der heimischen Bevölkerung und Wirtschaft zu Gute kommt. Wir haben gemeinsam Leitlinien ausgearbeitet, die im Januar dieses Jahres von allen Mitgliedern des Koordinierungskomitees genehmigt worden sind. Zur Zeit sind wir dabei, einen Parkplan und eine Parkordnung auszuarbeiten. Wir versuchen, uns gegenseitig abzusprechen, wobei es eine ganze Reihe von gegenseitigen Besuchen gibt, bei denen die einzelnen Problematiken besprochen werden. Bei uns befinden sich ganze Gemeinden im Nationalpark, und diesen Erfordernissen gilt es natürlich Rechnung zu tragen. Ich glaube aber, dass wir insgesamt auf einem sehr guten Weg sind. Deshalb lehnen wir diesen Begehrensantrag entschieden ab. Wir stehen zum Nationalpark und möchten ihn weiterentwickeln, sodass die Bevölkerung einen Mehrwert hat.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Schade, dass dieses Thema nicht größere Aufmerksamkeit erfährt. Herr Landesrat, der Nationalpark "Großglockner" liegt in den Hohen Tauern, und mir wäre es auch lieber, wenn der Nationalpark Stilfser Joch in "Euregio-Park" umbenannt werden könnte.

In Bezug auf das Problem bezüglich der großen Raubtiere Wolf und Bär wäre es schon wichtig, dass man für die Bevölkerung Verbesserungen schafft.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Begehrensantrag.

PRÄSIDENT: Bevor wir zur Abstimmung über den Begehrensantrag kommen, möchte ich die Klassen 2A und 2B der Technischen Fachoberschule Brixen mit Professor Peer begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Begehrensantrag. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt Nr. 6, Beschlussantrag Nr. 578/16.

Frau Abgeordnete Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich möchte darum ersuchen, die Behandlung des Beschlussantrages Nr. 636/16 vorzuziehen. Der liegt auf Tagesordnungspunkt Nr. 7.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 636/16 vom 22.7.2016, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Heiss, betreffend 'Slow Region' Südtirol".**

Punto 7) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 636/16 del 22/7/2016, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Heiss, riguardante Alto Adige 'Slow Region'".**

Die Bewegung „Cittàslow“ ist im Jahr 1999 in Italien auf der Basis der Slow Food® Philosophie entstanden. Ziel ist es, das zugrundeliegende Konzept der Ökogastronomie (Verwendung nachhaltiger, d.h. biologischer, den Umweltschutz achtender, 0-km-, Produkte) mit Unterstützung der Gemeinden und jeweiligen Stadtregierungen auf das tägliche Leben im Ort zu übertragen. Die Lebensqualität in den Städten und im Umland soll verbessert werden, ihre kulturelle Diversität erhalten bleiben.

Entschleunigung ist der Grundpfeiler der „Cittàslow“ Bewegung. Er bezieht sich nicht nur auf das kulinarische Angebot, sondern erstreckt sich auch auf Umwelt- und Infrastrukturpolitik, urbane und landschaftliche Qualität, Gastfreundschaft und ein allgemeines Bewusstsein gegenüber der natürlichen und sozialen Umwelt. Nur bei Einhaltung verschiedener Kriterien in diesen Bereichen erhält eine Stadt die Kennzeichnung „Cittàslow“. Mittlerweile kann „Cittàslow“ ein beachtliches globales Netzwerk von teilnehmenden Städten vorweisen.

In Italien haben schon 80 Städte die begehrte Auszeichnung erhalten, darunter befindet sich Salurn als einzige Ortschaft Südtirols. Daneben haben über 30 Osterie, knapp 20 Törggelen-Betriebe und zwei Restaurants aus Südtirol Eingang in den beliebten und jährlich erscheinenden Slow Food® Guide „Osterie d'Italia“ gefunden. Über diese guten Beispiele hinaus besitzt Südtirol das Potenzial, innerhalb der Entschleunigungs-Bewegung eine noch größere Rolle einzunehmen und sich zu einer „Slow Region“ zu entwickeln.

Die Idee einer solchen „Slow Region“ ist nicht ganz neu, sie wird bereits vom Hügelland östlich von Graz verfolgt. Die Region hat sich zum Ziel gesetzt, die erste „Slow Region“ der Welt zu werden. Unter der angestrebten Marke wurden in den letzten Jahren etliche Projekte, teils auch finanziert mit Geldern der Europäischen Union, umgesetzt, so z.B.:

„Hügellandgastronomie“

„Kraut und Rüben – Blumenregion – Kräuterschwerpunkt im Hügelland“

„Gesunde Schule – Schulgärten“: Einrichtung von Schulgärten in allen Schulen

Slow Schauküchen

Streuobstprojekt

Festkultur und der Aktivierung der sozialen Interaktion in der Region

Kochbücher und Bewusstseinsbildung für die lokale Geschichte und der davon bestimmten regionalen Küche

Trachtenprojekt.

Die Initiativen sollen das Bewusstsein und Wissen in der Region stärken und es über die regionalen Grenzen hinaustragen. Wichtig sind im Konzept der „Slow Region“ die verbindenden Elementen verschiedener Wirtschaftszweige, so zwischen Landwirtschaft, Veredlung, Zuliefer-system, Direktvermarktung, Handwerk, Produktentwicklung, Gastronomie und Hotellerie.

Südtirol ist prädestiniert dafür, ebenso einen solchen integrativen Ansatz einzuschlagen und dabei die Werte der Slow Food® und „Cittàslow“ – Bewegung auf die regionale Ebene auszuweiten. Das Konzept, welches man auf Südtirol übertragen könnte, befasst sich nicht nur mit Essen, Kultur und Sozialem, sondern auch mit Urbanistik, Umwelt, Energie, Mobilität, Tourismus, Landwirtschaft und Jugendbildung. Es geht um das „Gute Leben“ als Ganzes im privaten Zusammenleben, im Arbeits- und Produktionsalltag wie auch in der Verwaltung. Dieser menschliche, ökologische und solidarische Reichtum soll einerseits den Menschen vor Ort und andererseits den Gästen zu Teil werden. Eine „Slow Region“ Südtirol stünde daher ganz im Zeichen der Glocalisierung, die es versteht, das vermeintlich Gegensätzliche zu verbinden: Erfahrungen, Werte, Wissen, Kunst und Wissenschaft aus dem Lokalen zu bündeln und diese vielen Menschen aus aller Welt zugänglich zu machen.

Die Etablierung einer „Slow Region“ Südtirol böte dem Land die Möglichkeit, bereits gesteckte Ziele auszubauen und innovativ voranzuschreiten. Darüber hinaus wäre die Umsetzung eines solchen Vorhabens die gelebte Anwendung der Alpenkonvention, die in Art. 2 Abs. 2 Buchst. a) Alpenkonvention und in der Deklaration „Bevölkerung und Kultur“ (Beschluss der IX. Alpenkonferenz in Alpbach am 8. November 2006) den „sozioökonomischen und soziokulturellen Aspekten [...] zur Umsetzung einer ganzheitlichen Politik zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums“ große Bedeutung zukommen lässt. Die Verbindung zwischen der Bewegung „Cittàslow“ und der Alpenkonvention findet sich schließlich im 2013 verfassten Kooperationsmemorandum (<http://www.cittaslow.org/article/memorandum-of-cooperation-cittaslow>), in dem sich die beiden zur Zusammenarbeit verpflichten.

Daher

ersucht
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung

1. Ausgehend von den Grundsätzen von „Cittàslow“ eine Übertragung auf das gesamte Land Südtirol zu konzeptualisieren;
2. Kontakt mit dem Generalsekretariat von „Cittàslow“ aufzunehmen, um auf eine Auszeichnung als „Slow Region“ hinzuwirken.

Il movimento "Cittàslow" è nato nel 1999 in Italia sulla base della filosofia Slow Food®. L'obiettivo è quello di allargare i principi dell'ecogastronomia (utilizzo di prodotti sostenibili e quindi biologici, ecocompatibili e a chilometro zero) alla pratica del vivere quotidiano delle comunità locali, con l'aiuto dei Comuni e delle Giunte comunali delle città. In questo modo si intende migliorare la qualità della vita nelle città e nei loro dintorni e mantenerne la diversità culturale.

Il concetto chiave del movimento "Cittàslow" è la decelerazione, che riguarda non solo l'offerta gastronomica, ma anche le politiche ambientali e infrastrutturali, la qualità urbana e paesaggistica, l'ospitalità e, in generale, una consapevolezza nei confronti dell'ambiente naturale e sociale. Solo rispettando una serie di criteri in tali ambiti, una città ottiene il marchio "Cittàslow". Già oggi "Cittàslow" vanta una vasta rete di città partecipanti in tutto il mondo.

L'ambito riconoscimento è già stato conferito a 80 città italiane, tra cui Salorno quale unica località della provincia di Bolzano. Inoltre più di 30 osterie, ca. 20 esercizi che offrono il "Törggelen" e due ristoranti dell'Alto Adige sono stati inseriti nella guida annuale di Slow Food® "Osterie d'Italia", sempre molto apprezzata. Al di là di queste buone pratiche, la nostra provincia ha il potenziale per svolgere, nel movimento che si ispira alla decelerazione, un ruolo ancora più importante e diventare una "Slow Region".

L'idea della "Slow Region" non è del tutto nuova; infatti la sta già mettendo in pratica la regione collinare a est di Graz. Tale regione si è prefissa l'obiettivo di diventare la prima "Slow Region" del mondo. All'insegna di questo marchio, negli ultimi anni sono stati realizzati numerosi progetti, in parte finanziati dall'Unione europea, tra cui:

"Hügellandgastronomie" (gastronomia in collina)

"Kraut und Rüben – Blumenregion – Kräuterschwerpunkt im Hügelland" (un progetto che riguarda i fiori e le erbe aromatiche)

"Gesunde Schule – Schulgärten" (educazione alla salute e progetti di giardinaggio in tutte le scuole)

cucine didattiche "slow"

progetto sui frutteti di tipo estensivo

cultura delle feste e sostegno all'interazione sociale nella regione

ricettari e sensibilizzazione rispetto alla storia locale con i suoi riflessi sulla gastronomia regionale

progetto nell'ambito dei costumi tradizionali.

Tali iniziative hanno lo scopo di aumentare la consapevolezza e le conoscenze a livello regionale e oltre frontiera. Un aspetto importante del concetto "Slow Region" sono i legami tra i vari settori economici, ad esempio tra agricoltura, lavorazione, approvvigionamento, vendita diretta, artigianato, sviluppo dei prodotti, gastronomia e settore alberghiero.

L'Alto Adige è predestinato all'adozione di un approccio integrativo di questo genere e allo sviluppo dei valori di Slow Food® e "Cittàslow" a livello regionale. Questo concetto, che si potrebbe applicare all'Alto Adige, non riguarda soltanto il cibo, la cultura e il sociale, ma anche l'urbanistica, l'ambiente, l'energia, la mobilità, il turismo, l'agricoltura e l'istruzione dei giovani. Il principio è quello di "vivere bene" in generale, nella vita privata, nella quotidianità lavorativa e produttiva come anche nell'amministrazione. Di questa ricchezza a livello umano, ecologico e solidale dovrebbero poter usufruire non solo la popolazione locale, ma anche i turisti. In questo modo, un Alto Adige "Slow Region" si impegnerebbe a favore di una glocalizzazione, che riunisce elementi apparentemente opposti: esperienze, valori, conoscenze, arte e scienze radicate a livello locale e rese accessibili a persone provenienti da tutto il mondo.

Il consolidamento di un Alto Adige "Slow Region" offrirebbe alla nostra provincia la possibilità di ampliare gli obiettivi finora definiti e di agire in modo innovativo. Inoltre, la realizzazione di un progetto di questo genere significherebbe applicare concretamente la Convenzione delle Alpi, che alla lettera a), comma 2 dell'art. 2 e nella dichiarazione "Popolazione e cultura" (deliberazione della IX Conferenza delle Alpi ad Alpbach dell'8 novembre 2006) attribuisce agli "aspetti socio-economici e socio-culturali un'importanza centrale per l'attuazione di una politica globale per la protezione e lo sviluppo sostenibile dello spazio alpino". Infine il memorandum di cooperazione del 2013 (<http://www.cittaslow.org/article/memorandum-of-cooperation-cittaslow>) funge

da ponte tra il movimento "Cittàslow" e la Convenzione delle Alpi, con il reciproco impegno a collaborare.

Pertanto,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

invita la Giunta provinciale

1. *a ideare un piano per l'applicazione dei principi "Cittàslow" all'intera provincia di Bolzano;*
2. *a entrare in contatto con la segreteria generale di "Cittàslow" per avviare l'introduzione del riconoscimento "Slow Region".*

Frau Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Es widerspricht jetzt natürlich total dem Konzept der "Slow Region", dass wir den Landeshauptmann hereingehetzt haben.

Die Bewegung „Cittàslow“ ist im Jahr 1999 in Italien auf der Basis der Slow Food® Philosophie entstanden. Ziel ist es, das zugrundeliegende Konzept der Ökogastronomie (Verwendung nachhaltiger, d.h. biologischer, den Umweltschutz achtender, 0-km-, Produkte) mit Unterstützung der Gemeinden und jeweiligen Stadtregierungen auf das tägliche Leben im Ort zu übertragen. Die Lebensqualität in den Städten und im Umland soll verbessert werden, ihre kulturelle Diversität erhalten bleiben.

Entschleunigung ist der Grundpfeiler der „Cittàslow“ Bewegung. Er bezieht sich nicht nur auf das kulinarische Angebot, sondern erstreckt sich auch auf Umwelt- und Infrastrukturpolitik, urbane und landschaftliche Qualität, Gastfreundschaft und ein allgemeines Bewusstsein gegenüber der natürlichen und sozialen Umwelt. Nur bei Einhaltung verschiedener Kriterien in diesen Bereichen erhält eine Stadt die Kennzeichnung „Cittàslow“. Mittlerweile kann „Cittàslow“ ein beachtliches globales Netzwerk von teilnehmenden Städten vorweisen.

In Italien haben schon 80 Städte die begehrte Auszeichnung erhalten, darunter befindet sich Salurn als einzige Ortschaft Südtirols. Daneben haben über 30 Osterie, knapp 20 Törggele-Betriebe und zwei Restaurants aus Südtirol Eingang in den beliebten und jährlich erscheinenden Slow Food® Guide „Osterie d'Italia“ gefunden. Über diese guten Beispiele hinaus besitzt Südtirol das Potenzial, innerhalb der Entschleunigungs-Bewegung eine noch größere Rolle einzunehmen und sich zu einer „Slow Region“ zu entwickeln.

Die Idee einer solchen „Slow Region“ ist nicht ganz neu, sie wird bereits vom Hügelland östlich von Graz verfolgt. Die Region hat sich zum Ziel gesetzt, die erste „Slow Region“ der Welt zu werden. Unter der angestrebten Marke wurden in den letzten Jahren etliche Projekte, teils auch finanziert mit Geldern der Europäischen Union, umgesetzt, so z.B.:

"Hügellandgastronomie"

„Kraut und Rüben – Blumenregion – Kräuterschwerpunkt im Hügelland“

„Gesunde Schule – Schulgärten“: Einrichtung von Schulgärten in allen Schulen

Slow Schauküchen

Streuobstprojekt

Festkultur und der Aktivierung der sozialen Interaktion in der Region

Kochbücher und Bewusstseinsbildung für die lokale Geschichte und der davon bestimmten regionalen

Küche

Trachtenprojekt.

Die Initiativen sollen das Bewusstsein und Wissen in der Region stärken und es über die regionalen Grenzen hinaustragen. Wichtig sind im Konzept der „Slow Region“ die verbindenden Elementen verschiedener Wirtschaftszweige, so zwischen Landwirtschaft, Veredlung, Zuliefersystem, Direktvermarktung, Handwerk, Produktentwicklung, Gastronomie und Hotellerie.

Südtirol ist prädestiniert dafür, ebenso einen solchen integrativen Ansatz einzuschlagen und dabei die Werte der Slow Food® und „Cittàslow“ – Bewegung auf die regionale Ebene auszuweiten. Das Konzept, welches man auf Südtirol übertragen könnte, befasst sich nicht nur mit Essen, Kultur und Sozialem, sondern auch mit Urbanistik, Umwelt, Energie, Mobilität, Tourismus, Landwirtschaft und Jugendbildung. Es geht um das „Gute Leben“ als Ganzes im privaten Zusammenleben, im Arbeits- und Produktionsalltag wie auch in der Verwaltung. Dieser menschliche, ökologische und solidarische Reichtum soll einerseits den Menschen vor Ort und andererseits den Gästen zu Teil werden. Eine „Slow Region“ Südtirol stünde daher ganz im Zei-

chen der Glokalisierung, die es versteht, das vermeintlich Gegensätzliche zu verbinden: Erfahrungen, Werte, Wissen, Kunst und Wissenschaft aus dem Lokalen zu bündeln und diese vielen Menschen aus aller Welt zugänglich zu machen.

Die Etablierung einer „Slow Region“ Südtirol böte dem Land die Möglichkeit, bereits gesteckte Ziele auszubauen und innovativ voranzuschreiten. Darüber hinaus wäre die Umsetzung eines solchen Vorhabens die gelebte Anwendung der Alpenkonvention, die in Art. 2 Abs. 2 Buchst. a) Alpenkonvention und in der Deklaration „Bevölkerung und Kultur“ (Beschluss der IX. Alpenkonferenz in Alpbach am 8. November 2006) den „sozioökonomischen und soziokulturellen Aspekten [...] zur Umsetzung einer ganzheitlichen Politik zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums“ große Bedeutung zukommen lässt. Die Verbindung zwischen der Bewegung „Cittàslow“ und der Alpenkonvention findet sich schließlich im 2013 verfassten Kooperationsmemorandum (<http://www.cittaslow.org/article/memorandum-of-cooperation-cittaslow>), in dem sich die beiden zur Zusammenarbeit verpflichten.

Der beschließende Teil des Beschlussantrages ist sehr knapp gehalten. Es geht darum, das "Cittaslow-Konzept" auf die Regionen auszuweiten und die entsprechenden Schritte zu setzen.

Daher

ersucht
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung

1. Ausgehend von den Grundsätzen von „Cittàslow“ eine Übertragung auf das gesamte Land Südtirol zu konzeptualisieren;
2. Kontakt mit dem Generalsekretariat von „Cittàslow“ aufzunehmen, um auf eine Auszeichnung als „Slow Region“ hinzuarbeiten.

Die schriftlichen Prämissen sind ausführlich genug, aber ich möchte noch etwas anfügen. Es wurde auch schon ein wenig medial über diesen Vorschlag berichtet und er wurde belächelt, so, als ob das eine kuschelpolitische Maßnahme oder etwas rein Ästhetisches wäre. Ich möchte das deutlich dementieren, denn es geht um sehr viel mehr. Es geht um die Vorstellung dieser "Slow-Bewegung", die sich mittlerweile ausgedehnt hat und inzwischen tatsächlich das Konzept des guten Lebens in den Mittelpunkt stellt und sehr viele Segmente miteinschließt, auf die immer wieder hingewiesen wird, und zwar nicht nur in beschönigenden Reden, sondern auch in Ansätzen der Nachhaltigkeit in verschiedenen Sektoren. Das ist also kein Kuschel-Antrag, sondern ein Antrag, der dieses "Slow-Konzept" aufnehmen würde, mit dem wir eine Pilotregion sein könnten. Wir haben darauf hingewiesen, dass es eine Region gibt, die auf dieses Konzept hinarbeitet. Bisher kennt man das "Slow-Konzept" aus der Gastronomie, aber es gibt auch Städte und Gemeinden, die sich diesem Konzept verschrieben haben, die immer einen partizipativen Ansatz wählen und die Menschen und verschiedenen Wirtschaftszweige vor Ort miteinbinden und ein ökologisches und solidarisches Gesamtkonzept für den eigenen Ort aufgestellt haben. Das ist ein zukunftsweisender Ansatz, natürlich ein weicher Ansatz, aber gerade deshalb passend für Entwicklungen, die man eher kulturell und mit atmosphärischen Faktoren in Gang setzt als mit Gesetzen und Verboten.

Das ist der Vorschlag und ich freue mich jetzt auf die Diskussion.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Geschätzte Kollegin Foppa, abgesehen davon, dass ein Kuschel-Antrag nichts Schlimmes wäre, haben wir diesen Antrag durchaus nicht so betrachtet. Ich habe mir die Zeit genommen, diesen Antrag mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insbesondere von IDM und den Markenverantwortlichen eingehend zu diskutieren. Solche Entscheidungen sind von fundamentaler Bedeutung, weil sie auch langfristige Nachwirkungen haben bzw. es erforderlich machen, dass man die Produktpalette entsprechend gestaltet. Sich einfach mit einer Etikette zu versehen, funktioniert heute im Marketing, im Branding und im Verkauf absolut nicht mehr, sondern das Ganze muss stimmig sein. Wir haben den sehr langen Prozess der Entwicklung der Dachmarke erlebt. Ich sage nicht, dass wir ihn hinter uns haben, denn es ist ein laufender Prozess. Die Dachmarke Südtirol mit ihren Inhalten muss ständig weiterentwickelt werden, und zwar stimmig mit dem, was die Leistungserbringer im Tourismus zu leisten vermögen. Die Ansätze "Cittàslow" und "Slow Food" sind mit Sicherheit bemerkenswerte Denkanstöße, die es ernst zu nehmen gilt. Da kann ich Sie schon beruhigen, denn es ist nicht so, dass wir das irgendwie belächeln. Das sind weltweite Trends im Konsumentenverhalten und in der Erwartungshaltung gegenüber einem Urlaubsland, die doch wichtig sind. Es ist ja auch eine Tatsache, dass in Südtirol einiges in diese Richtung passiert. Salsurn ist die erste "cittàslow". Es gibt diese Bestrebungen also bereits. Ich darf daran erinnern, dass die

Dachmarke Südtirol das Schlagwort "Magie der Vielfalt" hat, um aufzuzeigen, dass Südtirol sehr vieles ist. Zum einen ist das der Schwierigkeit geschuldet, Südtirol marketingtechnisch unter einen Hut zu bringen, zum anderen aber auch aus der Not eine Tugend machend. Südtirol ist eine Urlaubsdestination, in der man nicht nur seine Primärmotive für den Urlaub befriedigen kann, sondern möglicherweise auch die Sekundärmotive, darunter gut essen, shoppen usw. Das kann Südtirol, und "Magie der Vielfalt" ist die Idee dahinter. Auch mit der Botschaft "Alpin und mediterran" ist die Marke aufgeladen, ganz stark auf Authentizität pochend. Immer mehr gelingt es uns auch, diese Marketing-Botschaft mit dem touristischen Angebot in Einklang zu bringen. Dazu dient übrigens auch die Reform der Tourismusorganisationen und der Organisationsstruktur, um Anbieter und Marketingverantwortliche näher zu bringen und das Ganze stimmiger zu gestalten. Hier haben diese Überlegungen durchaus Platz. Allerdings ist unser Ansatz immer mehr Bottom-up auch in diesem Bereich. Es muss das Bewusstsein vor Ort geschärft werden. Wir können natürlich schauen, welche Voraussetzungen es gibt. Es gibt derzeit ja noch keine "Slow Region". Es gibt auch das Konzept der "Slow Region" noch nicht. Es gibt das "Slow-City-Konzept", und deshalb ist es durchaus interessant, entsprechende Überlegungen anzustellen und mit dem Generalsekretariat von "Cittàslow" und "Slow Food" zu diskutieren. Das findet ohnehin schon statt. Wir wollen jetzt nicht Entscheidungen treffen, ohne das Ganze konzeptionell und die Verantwortungsträger einbindend mitzutragen. Das hat man im Dachmarken- und Marketing-Prozess Südtirols immer erfolgreich so gemacht. Vor Jahrzehnten ist das regelmäßig schief gegangen. Sie erinnern sich vielleicht noch an die STW, die ihrer Zeit wahrscheinlich sehr voraus war, aber von den meisten nicht mitgetragen worden ist. Daraus hat man gelernt, und deshalb wäre es aus unserer Sicht nicht richtig, einen Beschluss zu fassen und zu sagen: "Das ist der Weg, den wir gehen." Wir stimmen dem Beschlussantrag nicht zu, was aber nicht heißt, dass wir inhaltlich nicht übereinstimmen. Wir wollen gemeinsam mit den Tourismusakteuren im Land diese Überlegungen anstellen und danach überlegen, wie wir uns auf diesem Markt positionieren können, ohne zu verwässern und unglaublich zu werden. Wo "Slow Region" draufsteht, muss auch "Slow Region" drinnen sein. Das muss uns auch bewusst sein, und nicht alle touristischen Angebote sind unbedingt stimmig damit. Das müssen wir ehrlicherweise sagen.

Wie gesagt, wir lehnen den Beschlussantrag ab, was aber nicht heißt, dass wir die Anregung nicht ernst nehmen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Auf die Diskussion habe ich mich zu früh gefreut, aber ich danke dem Landeshauptmann dafür, dass er die Impulse debattiert hat. Wir hatten diesen Beschlussantrag nicht so stark auf den Tourismus bezogen, wie ihn der Tourismuslandesrat gedeutet hat. Unser Konzept wäre weitergegangen. Die "Cittàslow" ist ja nicht ein Tourismuskonzept. Salurn ist in diesem Sinne ja nicht eine Vorzeige-Tourismuskommune; vielleicht möchte sie es ja werden. Darin liegt nicht der Schwerpunkt dieses Beschlussantrages, aber ich kann natürlich verstehen, dass die eigene Perspektive an der Bewertung beteiligt ist. Wenn es funktioniert, dann hätte es natürlich auch eine touristische Bedeutung. Es stimmt, dass man nicht etwas verkaufen darf, was nicht drinnen ist.

Ich sehe den Bottom-up-Ansatz, den der Landeshauptmann genannt hat, nicht im Widerspruch zu diesem Vorschlag. Im Gegenteil, so ein Vorschlag ginge nie Top-down. Man müsste ihn immer starten, indem man von Anfang an alle miteinbezieht. Slow-Konzepte her können schon von der Philosophie her niemals jemandem aufgedrückt werden. Da steht eine Philosophie dahinter, die man kollektiv denkt, aufbaut und umsetzt. Das kann ganz sicher nicht von oben kommen. Wenn wir von Slow-Konzepten reden, dann ist klar, dass man die Dinge nicht vom Zaun brechen kann. Sie brauchen wahrscheinlich ihre Zeit und Reflexionsschleifen, und deshalb nehmen wir an, dass wir hier einen Impuls gesetzt haben, über den noch nachgedacht wird. Beim nächsten Mal sind wir dann vielleicht ein wenig geschmeidiger unterwegs.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 578/16 vom 1.3.2016, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Europäisches Programm zur Beseitigung der Lärmbelästigung durch den Eisenbahnverkehr".**

Punto 6) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 578/16 dell'1/3/2016, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante programma europeo per l'eliminazione dell'inquinamento acustico da traffico ferroviario**".

Zehn Prozent der europäischen Bevölkerung sind einer erheblichen Lärmbelastung durch den Schienenverkehr ausgesetzt, die vor allem auf den Güterverkehr zurückzuführen ist. Davon betroffen sind insbesondere Menschen, die in der Nähe von Bahnstrecken leben.

Auch in Südtirol verzeichnet man entlang der gesamten Brennerachse einen Anstieg des Schienenverkehrs und somit auch der Lärmemissionen. Dies führt vor allem in dicht besiedelten Wohngebieten zu großen Umweltproblemen. Die Lärmmessungen entlang der Strecke Salurn-Brenner zeigen beträchtliche Überschreitungen der Grenzwerte, vor allem in den Nachtstunden, da nachts mehr Güterzüge verkehren, die geräuschintensiver als Personenzüge sind.

Bisher hat sich die italienische Eisenbahngesellschaft RFI auf die Errichtung von Lärmschutzwänden konzentriert. Mit einem Einvernehmensprotokoll zwischen Land und RFI wurden in einigen begrenzten Abschnitten der Eisenbahnstrecke Lärmschutzwände finanziert und errichtet.

Mit der Anbringung dieser Wände wird das Geräusch aber nicht an der Hauptquelle, d. h. am Rad-Schiene-Kontakt und am Bremssystem, bekämpft. Mittlerweile weiß man, dass sich Lärm am kosteneffizientesten an der Quelle, sprich am Ort der Lärmentstehung, verringern lässt. So kann der Lärm durch den Austausch von Gusseisen-Bremssohlen durch Verbundstoffbremssohlen um bis zu 10 dB vermindert werden.

Demnach ist es von grundlegender Bedeutung, eine Nachrüstung der Wagen mit geräuscharmer Technik voranzutreiben.

Im Juni 2015 trat die „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/429 der Kommission vom 13. März 2015 zur Festlegung der Modalitäten für die Anlastung der Kosten von Lärmauswirkungen“ in Kraft.

In dieser Verordnung werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, Anreize für Eisenbahnunternehmen zu schaffen, damit diese geräuscharmes Rollmaterial verwenden oder bereits verkehrende Wagen nachrüsten und somit zur Lärminderung beitragen. Für diejenigen Unternehmen, die hingegen weiterhin geräuschintensive Wagen oder Züge einsetzen, sollen Benachteiligungen vorgesehen werden. In der Verordnung werden sowohl die Kriterien als auch die Benachteiligungen und Anreize genau festgelegt. Im Wesentlichen handelt es sich um ein „Bonus-Malus-System“: Für Unternehmen, die geräuschintensive Züge einsetzen, ist ein erhöhter Tarif vorgesehen, wobei der entsprechende Erlös dazu verwendet wird, um Anreize zur Nachrüstung der Züge zu schaffen und Unternehmen für die Verwendung geräuscharmer Züge zu belohnen. Die Tarifierhöhungen für geräuschintensive Züge richten sich nach der „Schutzwürdigkeit der Abschnitte“ (zum Beispiel Eisenbahnabschnitte in Bergtälern) sowie nach der Bevölkerungsdichte in den betroffenen Gebieten. Dabei kommen der Grundsatz der Kostenwahrheit und das Verursacherprinzip zum Tragen.

Dieses System eignet sich besonders gut für die Brenner-Eisenbahnlinie sowohl in ihrer derzeitigen als auch und vor allem in ihrer zukünftigen Beschaffenheit, d. h. im Hinblick auf einen Anstieg des Güterverkehrs durch die Umsetzung des Projekts zum Ausbau der Eisenbahnkapazität.

Im Zusammenhang mit dieser „Verordnung“ steht unter anderem auch die „Verordnung (EU) Nr. 1316/

2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“, welche die Schaffung eines Fonds zur Nachrüstung von Eisenbahnwagen vorsieht. Deutschland hat bereits auf diesen Fonds zurückgegriffen und die Hälfte seiner Wagen nachgerüstet. Trenitalia hat stattdessen mit seinen 15.000 verwendeten Wagen noch keinen Antrag gestellt.

Aus diesen Gründen

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

für das Land das vorrangige Ziel festzulegen, den Eisenbahnlärm durch Nachrüstung und Instandhaltung des Rollmaterials, das entlang der Brenner-Achse und anderer Abschnitte in unserem Gebiet zum Einsatz kommt, zu vermindern.

Insbesondere soll sich die Landesregierung mit allen verfügbaren Mitteln und bei allen Stellen, in denen das Land vertreten ist, dafür einsetzen, dass

1. der italienische Staat und die italienische Regierung die „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/429 der Kommission vom 13. März 2015 zur Festlegung der Modalitäten für die Anlastung der Kosten von Lärmauswirkungen“ übernehmen und somit auch in Italien Anreize für Eisenbahnunternehmen zur Verwendung geräuscharmer Wagen und Züge (auch durch Nachrüstung des bestehenden Fuhrparks) schaffen sowie Benachteiligungen für diejenigen Unternehmen vorsehen, die hingegen geräuschintensive Wagen verwenden.
2. RFI soll als Netzbetreiber die genannte Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/429 der Kommission vom 13. März 2015 anwenden und somit auch in Italien das System der Anreize und Benachteiligungen im Zusammenhang mit Eisenbahnlärm umsetzen. Wenn nötig sollen dafür Abkommen und Vereinbarungen mit den autonomen Regionen und Provinzen abgeschlossen werden, insbesondere mit der Autonomen Provinz Bozen und der Region Trentino-Südtirol.
3. Trenitalia soll als größtes Unternehmen des italienischen Eisenbahnverkehrs mit öffentlicher Beteiligung (80 % der verwendeten Waggons) Lärmschutzmaßnahmen für das eigene Rollmaterial einführen und dafür auch auf die in der „Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität, Connecting Europe“, vorgesehenen Finanzierungsmöglichkeiten zurückgreifen.
4. Die Staat-Regionen-Konferenz mit den autonomen Provinzen soll sich bei der Regierung sowie bei RFI und Trenitalia dafür einsetzen, dass alle Akteure im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten die „Durchführungsverordnung (EU) Nr. 2015/429 der Kommission vom 13. März 2015“ und die „Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung der Fazilität ‚Connecting Europe‘“ umsetzen.

Il 10% della popolazione europea è esposto a un significativo inquinamento acustico dovuto al traffico ferroviario, in particolare quello merci. Il rumore colpisce soprattutto le persone che vivono in prossimità delle linee ferroviarie.

Anche in Alto Adige, lungo tutto l'asse del Brennero, il rumore causato dal traffico ferroviario è in continuo aumento a causa delle sempre maggiori movimentazioni su rotaia e rappresenta uno dei principali problemi ambientali soprattutto nelle zone densamente abitate. Le misurazioni del rumore lungo il tratto Salorno-Brennero evidenziano notevoli superamenti dei valori limite, soprattutto nelle ore notturne, poiché di notte viaggia un maggior numero di treni merci, che sono più rumorosi dei treni passeggeri.

Finora RFI, responsabile italiana della rete ferroviaria, ha concentrato i suoi interventi nella costruzione di barriere anti rumore. Con un protocollo di intesa Provincia-RFI sono state finanziate e realizzate barriere anti rumore in alcuni tratti limitati della linea ferroviaria.

Tuttavia, con le barriere non viene affrontata la sorgente principale del rumore, che è causato dal contratto ruota-rotaia e dal sistema frenante. È ormai assodato che la riduzione del rumore presenta il miglior rapporto costi-benefici quando è realizzata alla fonte, ovvero laddove il rumore è prodotto. Per esempio, la sostituzione dei freni a ceppi in ghisa con freni a ceppi costituiti da materiali compositi può consentire riduzioni del rumore fino a 10 dB.

Per questo motivo è fondamentale incoraggiare e favorire l'ammodernamento dei carri ferroviari con tecnologie a bassa rumorosità.

Dal giugno 2015 è in vigore il "Regolamento di esecuzione UE n. 2015/429 della Commissione del 13 marzo 2015, recante le modalità di applicazione dell'imposizione di canoni per il costo degli effetti acustici".

Tale Regolamento invita gli stati membri ad adottare un sistema di incentivi per le imprese ferroviarie che utilizzano carri silenziosi, o ammodernano carri già in uso per ridurre la rumorosità, e un sistema di penalizzazioni per le imprese che invece utilizzano carri o treni a rumorosità

elevata. Il Regolamento definisce precisamente criteri e entità sia delle penalizzazioni che degli incentivi: in sostanza, si tratta di un sistema di “bonus-malus” che aumenta i pedaggi per l’uso delle reti ferroviarie alle imprese che usano treni rumorosi e utilizza il ricavato per incentivare l’ammodernamento del parco ferroviario e per premiare le imprese che usano treni silenziosi. Le maggiorazioni tariffarie per i treni rumorosi possono essere commisurate alla “sensibilità delle tratte” (per esempio tratte ferroviarie in valli di montagna) e densità della popolazione dei territori interessati. Il tutto secondo il principio della verità dei costi e del “chi inquina paga”.

Questo sistema è molto adatto alle caratteristiche della linea ferroviaria del Brennero, sia nelle condizioni attuali, sia soprattutto in vista dell’aumento dei transiti merci con la realizzazione del progetto di potenziamento delle capacità della ferrovia.

A questo “Regolamento”, tra l’altro, è connesso anche il “Regolamento UE n. 1316/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce il meccanismo per collegare l’Europa” (CEF: Connecting Europa Facilities), che istituisce un fondo per finanziare la modernizzazione di vagoni ferroviari. Attingendo a questo fondo la Germania ha già risanato metà dei suoi vagoni circolanti. Risulta invece che Trenitalia, che ha 15.000 vagoni circolanti, non abbia ancora fatto domanda.

Tutto ciò considerato,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale:

ad assumere come obiettivo fondamentale della Provincia la lotta al rumore da traffico ferroviario attraverso la modernizzazione e il risanamento dei vagoni che transitano lungo l’asse ferroviario del Brennero e delle altre tratte che attraversano il nostro territorio.

In particolare a intervenire con tutti i mezzi a propria disposizione e in tutte le sedi in cui la Provincia è presente affinché:

1. Lo Stato e il Governo italiano recepiscano il “Regolamento di esecuzione UE n. 2015/429 della Commissione del 13 marzo 2015, recante le modalità di applicazione dell’imposizione di canoni per il costo degli effetti acustici”, introducendo anche sul territorio della Penisola il sistema di incentivazione per le imprese ferroviarie che utilizzano carri e treni a bassa rumorosità, anche ammodernando la flotta esistente, e di penalizzazione delle imprese che invece utilizzano ancora carri a rumorosità elevata.
2. RFI, come gestore della rete, applichi quanto previsto dal citato “Regolamento di esecuzione UE n. 2015/429 della Commissione del 13 marzo 2015”, implementando anche in Italia il sistema di incentivazione e penalizzazione contro il rumore ferroviario, stipulando se necessario intese e convenzioni con le Regioni e le Province autonome, in particolare la Provincia di Bolzano e la Regione Trentino Alto Adige Südtirol.
3. Trenitalia, come maggiore impresa a partecipazione pubblica del trasporto ferroviario in Italia (80% dei vagoni circolanti) avvii un programma di risanamento acustico della propria flotta di vagoni ferroviari, attingendo anche ai finanziamenti previsti dal “Regolamento UE n. 1316/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce il meccanismo per collegare l’Europa”.
4. La Conferenza Stato-Regioni e Province autonome si faccia parte attiva presso il Governo, RFI e Trenitalia affinché ciascuno per le proprie competenze diano attuazione a quanto previsto dal “Regolamento di esecuzione UE n. 2015/429 della Commissione del 13 marzo 2015” e dal “Regolamento UE n. 1316/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio che istituisce il meccanismo per collegare l’Europa”.

Herr Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): In questa mozione si chiede che la Provincia oltre all’opera di convinzione (convincimento) verso Rete Ferroviaria per la costruzione delle barriere antirumore, sposti e focalizzi il tema dell’ammodernamento dei vagoni e dei vagoni silenziosi e faccia tutto il possibile nei rapporti con gli interlocutori, che sono RFI, lo Stato, il Governo, Trenitalia e la Conferenza Stato-Regioni affinché questi regolamenti europei e questi finanziamenti europei che sono già a di-

sposizione e che lo Stato italiano e Trenitalia non hanno ancora utilizzato, vengano utilizzati in pieno. Questo auch in previsione del fatto che il potenziamento della linea ferroviaria, sia di passeggeri ma soprattutto di merci ci porterà nei prossimi anni all'aumento del traffico ferroviario auch sulla linea attuale.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich habe versucht, mich nach dem Kollegen Zimmerhofer vorzumerken, weil es nicht der Höflichkeit entspricht, dem eigenen Fraktionskollegen "hinterherzubeffeln" und zu sekundieren, aber der Kollege Zimmerhofer will uns trennen. Deshalb wissen wir diese Geste der Höflichkeit zu schätzen.

Dieser Beschlussantrag ist natürlich von zentraler Bedeutung. Wir haben in Südtirol im Transitbereich ständig steigende Werte, mit inzwischen über 3 Millionen Lkw's. Der Schienenanteil des Güterverkehrsaufkommens ist deutlich im Sinken und liegt bei etwa 22 bis 23 Prozent, im Vergleich zur Schweiz, wo man bei 70 Prozent liegt. Umso wichtiger ist es, dieses Problem jetzt anzugehen. Trotz sinkender Güterverkehrsanteile auf Schiene ist die Lärmentwicklung außerordentlich. Sollte es der Fall sein, dass in den nächsten Jahren ein größeres Verlagerungspotential für die Schiene entsteht, so ist diese Frage dringend anzugehen. Gnade uns Gott, wenn ein Verlagerungsziel von 50 Prozent erreicht würde, denn dann würde Südtirol längs der Transitrouten mit Gewissheit ertauben. Die Versuche, mit Lärmschutzmaßnahmen vorzugehen, waren in Vergangenheit sehr dürftig. Im Jahr 2003 hat es ein Abkommen mit RFI gegeben, das versucht hat, in einer Größenordnung von zehn Millionen Euro Abhilfe zu schaffen. Dieses Abkommen wurde neu aufgelegt, wobei es inzwischen einige Stellen gibt, die vor Lärm gesichert wurden, aber umso wichtiger wäre es, vom Sekundärschutz durch Lärmschutzwände wegzugehen, hin in Richtung Quelle des Lärms, nämlich auf die Waggons selbst. Es sollten alle Ressourcen in Anspruch genommen werden, um eine Umrüstung zu veranlassen, und zwar sowohl im Bereich von RFI, als auch im Bereich von Trenitalia. Das wird für die nächsten Jahre sehr notwendig sein, denn sofern eine Verlagerung auf die Schiene kommt – sie muss kommen, wenn der Brennerbasistunnel kommt, was wir nicht so ganz zu glauben vermögen, vor allem im Hinblick auf die Zulaufstrecken -, dann sind diese Maßnahmen bitter notwendig. Wir sehen, dass der Güterverkehr im Vergleich zum Personennahverkehr im Hinblick auf Lärmdämmung und Sicherheit – wir erleben sehr häufig Gefahrenquellen auf der Bahn – doch sehr zu wünschen übrig lässt. Deshalb ist dieses wohl artikulierte Programm, das der Kollege Dello Sbarba ausgebreitet hat, nur unterstützenswert. Dankeschön!

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Heiss, ich bin für ein kompaktes Auftreten der Grünen. Insofern geht das schon in Ordnung.

Wenn sich der Ersteinbringer des Antrages die Umsetzung einer EU-Verordnung durch Italien verhofft, dann heißt der Kollege nicht mehr "Dello Sbarba", sondern "Con la barba lunga", denn das kann ziemlich lange dauern. Sie wissen ganz genau, dass Italien hinsichtlich der der Nichtumsetzung von EU-Verordnungen Europameister ist. Deshalb denke ich, dass es auch hier nicht anders sein wird. Deutschland hat bereits die Hälfte des Rollmaterials umgestellt und Italien hat nicht einmal einen entsprechenden Antrag gestellt, und das spricht schon Bände. Wir fordern zum wiederholten Male einen Übergang der Bahn an das Land, mit Haut und Haaren, damit wir vernünftig, schnell, unbürokratisch und zum Wohle der Anrainer viele Punkte umsetzen können.

Der Beschlussantrag enthält durchaus vernünftige Punkte, die wir mittragen können. Deshalb bitten wir um eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des beschließenden Teiles.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Mein Kollege Bernhard Zimmerhofer hat ja gesagt, dass wir vor circa zwei Jahren schon einmal den Antrag eingereicht haben, dass auch die übrigen Schienennetze an das Land Südtirol übertragen werden sollen, weil man dann natürlich auch mehr Spielraum hätte, gesetzliche Maßnahmen zu erlassen, damit Güterzüge, die hauptverantwortlich für die Lärmbelastung sind, auch eingeschränkt werden. Dieser Antrag wurde damals – auch mit Unterstützung der Grünen – leider abgelehnt, was sehr bedauerlich ist, denn das nimmt uns die Möglichkeit, hier einzugreifen. Das Anliegen ist trotzdem ein sehr wichtiges. Im Eisacktal hat es ja einmal Lärmmessungen gegeben, die ergeben haben, dass kein einziger der dort verkehrenden Güterzüge die gesetzlich vorgeschriebenen Lärmwerte einhält. Jeder einzelne Güterzug rollt eigentlich gesetzeswidrig durchs Eisacktal. Es gibt internationale Studien über die Gründe, warum vor allem die Güterzüge für die Lärmbelastung verantwortlich sind. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Güterzüge wesentlich älter sind als die modernen Personenzüge, dass Güterzüge in der Regel noch nicht über Scheibenbremsen, sondern über Blockbremsen verfügen, die direkt auf den Radla-

gern bremsen, was nicht nur einen enormen Lärm produziert, sondern auch schädlich für die Schienen selbst ist. Damit ist ein möglichst reibungsloses Rollen auf der Schiene nicht mehr gegeben, weil eine mechanische Beeinträchtigung stattfindet. All das führt natürlich zu enormen Lärmbelastungen. Es gab in der Schweiz einmal ein Pilotprojekt, wie man derart alte Güterzüge sehr kostenarm nachrüsten könnte, um die Lärmbelastung vor allem bei Bremsmanövern zu reduzieren, indem man nämlich vor die Räder mit einer Art Schalldämpfer ummantelt. Es wäre notwendig, dass die Landesregierung auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen pocht. Es ist medizinisch nachgewiesen, dass Lärmbelastung gesundheitsgefährdend ist, vor allem für die Bevölkerung des Eisacktales und des Wipptales, die bereits durch die Autobahn massiv beeinträchtigt ist. Wenn die Landesregierung weiß, dass jeder einzelne Güterzug, der durch das Eisacktal rollt, die gesetzlichen Bestimmungen zur Lärmbelastung verletzt und im Grunde genommen ein Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung darstellt, dann muss etwas gemacht werden. Hier braucht es gesetzliche Verordnungen, die bis dahin gehen, dass man sagt, dass Güterzüge, die sich an nicht die gesetzlichen Bestimmungen halten, nicht mehr im Eisacktal verkehren dürfen. Entweder man rüstet diese Züge nach oder sonst müssen Trenitalia und die anderen Betreiber auf gerichtlichem Wege dazu aufgefordert werden, die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Es ist einfach nicht akzeptabel, dass die Gesetze nicht eingehalten werden. Nur zum Vergleich, ein Güterzug produziert mehr Lärm als ein Presslufthammer. Wer einmal neben einem Presslufthammer gestanden hat, der weiß, welche Lärmbelastung das ist. Wenn das kontinuierlich über den ganzen Tag in einem engen Tal passiert, dann weiß man, dass das nicht hinnehmbar ist.

AMHOF (SVP): Dieses Thema hat uns hier in diesem Landtag schon einige Male beschäftigt. Wir haben als Abgeordnete der Südtiroler Volkspartei im Jahr 2015 einen ähnlich lautenden Beschlussantrag eingebracht, der auch genehmigt worden ist und in etwa dem Wortlaut entspricht, den der Kollege Knoll gerade zitiert hat, nämlich mittelfristig auch dafür zu sorgen, dass die lärmintensiven Güterwaggons durch das Eisacktal durchdonnern dürfen. Das Tal ist nicht nur schadstoffgeplagt, sondern mittlerweile auch lärmgeschädigt. Diesbezüglich hat die EU mit dem Connecting-Europe-Programm 2015-2020 die Umrüstung von veralteten Rollmaterialien, vor allem Güterwaggons, forciert und dafür auch sehr viel Geld zur Verfügung gestellt. Die ersten Ausschreibungen für diese Logistikunternehmen sind bereits in vollem Gange und zum Teil auch schon abgeschlossen. Insgesamt hat die EU – ich habe mir die Daten noch einmal herausgesucht – für diese Umrüstung 262 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, wobei bis heute aber fast ausschließlich deutsche Logistikunternehmen an diesem Programm teilgenommen haben, um ihre veralteten Waggons und Rollmaterialien auszutauschen. Erschwerend hinzu kommt die Tatsache, dass die Schweiz entschieden hat, ab 2020 keine veralteten Waggons nicht mehr durchfahren zu lassen, was zu einer Verstärkung der Problematik in unserem Land führen wird. All jene, die nicht umgerüstet haben, werden natürlich über den Brenner Richtung Süden fahren. Wir organisieren als Südtiroler Volkspartei am 6. Juli in der Franzensfeste eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema, wobei staatliche Entscheidungs- und Interessensvertreter mit Entscheidungs- und Interessensvertretern der Europäischen Union zusammenkommen werden, um dieses Thema gemeinsam zu erörtern und ein Maßnahmenpaket zu schnüren. Wir können es uns nicht leisten, der Bevölkerung noch mehr diesem Lärm auszusetzen, vor allem deshalb, weil Gelder von Seiten der EU in diese Projekte fließen.

Wir werden diesem Beschlussantrag nicht zustimmen, wobei Landesrat Mussner die Gründe noch näher erläutern wird. Wir haben bereits viele Schritte gesetzt und in nächster Zeit stehen auch noch viele Schritte an.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Wir werden dem Beschlussantrag zustimmen. Über dieses Thema haben wir im Hohen Haus immer schon parteiübergreifend diskutiert, und es tut gut, wenn sich das Hohe Haus wieder in diese Richtung äußert. Die Kollegin Amhof hat richtigerweise erwähnt, was in der Schweiz passiert, aber wir müssen schauen, die Autonomie auszubauen und Richtung Freistaat zu gehen, denn dann könnten wir gewisse Maßnahmen setzen und müssten uns nicht dauernd mit den römischen Schlawinern alles um die Löffel schlagen lassen. Lärm macht krank, und deshalb sollten wir zum Wohle der Bevölkerung in Richtung politische Unabhängigkeit gehen.

MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mehrmals über dieses Thema gesprochen, wobei zu sagen ist, dass sich diesbezüglich auf europäischer Ebene dauernd etwas tut.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission mit dem Titel "Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum, zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem" zeigt auf, dass etwa zehn Prozent der europäischen Bevölkerung einer bedeutenden Lärmbelastung ausgesetzt sind, die durch den Eisenbahnverkehr, insbesondere jenem der Güter, hervorgerufen wird. Auf europäischer Ebene gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten, um die Verringerung des Schienenlärms zu fördern: Einmal durch die EU-Mitgliedsstaaten selbst oder über das Connecting-Europe-Programm der Europäischen Union. Die EU-Verordnung Nr. 429 vom 13. März 2015 legt die Modalitäten fest, welche die Betreiber der Eisenbahninfrastrukturen anwenden müssen, um unterschiedliche Benutzungsgebühren in Bezug auf erzeugten Lärm vorzuschreiben. Es ist der Einsatz von einem Bonus oder Malus vorgesehen, je nachdem, ob geräuscharme oder geräuschintensive Eisenbahnwagen verwendet werden. Die Differenzierung der Gebühren würde eine Nachrüstung der Eisenbahnwagen fördern. Das Gesetzesvertretende Dekret "Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums" sieht gemäß Artikel 117 eine Änderung der Gebühren je nach Lärmauswirkung seitens der Infrastrukturbetreiber vor. Absatz 6 verweist ausdrücklich auf die Anwendung der Durchführungsverordnungen der Kommission. Die Autorità di regolamentazione dei trasporti hat im Jahr 2015 einen eigenen Beschluss gefasst und Prinzipien zur Festlegung der Benutzungsgebühren der Eisenbahninfrastruktur – misure di regolazione, principi e criteri per la determinazione dei canoni di accesso e dell'utilizzo dell'infrastruttura ferroviaria – veröffentlicht. Mit der Maßnahme Nr. 22 – Bestandteile der Gebühr – ist ein zusätzlicher Bestandteil vorgesehen worden, mit welchem ein Malus für die Eisenbahnunternehmer, welche geräuschintensive Waggons verwenden, eingeführt wird. Der Hauptbetreiber der italienischen Eisenbahninfrastruktur RFI scheint diese Vorschläge aber nicht aufgenommen zu haben. Das Europäische Parlament fördert mit spezifischen Finanzmitteln die Sanierung von Eisenbahnwagen zur Lärmverminderung. Die nächste Europäische Ausschreibung ist im Gange, wobei 20 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wir hoffen, dass Italien zugreifen wird. In Deutschland hat man hingegen – das muss man anerkennen – alles getan, um zu diesen Geldern zu kommen. Dort sind in der Zwischenzeit circa 50 Prozent der Waggons mit diesen Geldern umgerüstet worden. Die Schweiz wird, so wie bereits von Kollegin Amhof erwähnt, ab dem Jahr 2020 die Durchfahrt durch die Eisenbahnhauptachse mit alten Waggons nicht mehr erlauben bzw. verbieten.

In Italien hat der Generaldirektor für den Transport und die Eisenbahninfrastrukturen des Ministeriums mitgeteilt, dass die Eisenbahnunternehmen selbst entscheiden, ob sie an der Europäischen Ausschreibung teilnehmen. Das Ministerium hat jedenfalls allen italienischen Unternehmen, welche Eisenbahnwaggons besetzen, auch jene von Trenitalia CARGO, Informationen zukommen lassen, um bei der nächsten Europäischen Ausschreibung mitzumachen. Das Institut ISPRA – Istituto Superiore per la protezione e la ricerca ambientale – hat auf der Basis der Ergebnisse des Projektes eine Studie zum Eisenbahnlärm auf staatlicher Ebene entwickelt. Die Studie beweist, dass die Eingriffe mit Lärmschutzwänden ein hohes Kosten-Nutzen-Verhältnis im Unterschied zu Eingriffen an der Quelle aufweisen. Zudem haben Lärmschutzwände eine geringere Leistungsfähigkeit, vor allem jene ab vier Metern Höhe. Die besten Kosten-Nutzen-Verhältnisse erhält man durch eine Kombination von Aktionen. Der italienische Schienennetzbetreiber RFI besetzt als Hauptbetreiber der italienischen Eisenbahninfrastrukturen Lärmschutzwände gemäß eigenem Lärmkataster. Auch in Südtirol wurden bereits viele Arbeiten durchgeführt bzw. einige stehen noch an, darunter auch hier in Bozen. Das Amt für Mobilität hat mit Schreiben vom Dezember 2015 den für Bahnverkehr und Infrastruktur zuständigen Generaldirektor des italienischen Transportministeriums ersucht, Initiativen zu ergreifen, um den vom Eisenbahnverkehr verursachten Lärm zu reduzieren. Des Weiteren wurden Hinweise über die Möglichkeit der Einschränkungen entlang der Brennerachse für Züge mit lautem Rollmaterial angefragt. Die Abteilung Mobilität hat im Jahr 2016 erneut an das Transportministerium geschrieben und ein Treffen mit den zuständigen Führungskräften des Transportministeriums einberaumt. Zusätzlich haben wir beantragt, das Thema der Lärmbelastung im Eisenbahnsektor auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Kommission für Infrastrukturen, Mobilität und Raumordnung der Konferenz der Regionen und Autonomen Provinzen zu setzen. Es läut also schon einiges und es sind auch Ergebnisse zu sehen. Logisch würden wir uns wünschen, dass alles viel schneller geht. Das geplante Treffen in Franzensfeste ist auch ein Beweis dafür, dass hier etwas im Gange ist. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen ersuchen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Für uns ist dieses Thema von zentraler Bedeutung. Il collega Dello Sbarba ha detto di focalizzare il terreno dei vagoni silenziosi. Das ist richtig, aber das machen wir schon. Wir werden uns auch weiterhin

dafür einsetzen. Nachdem schon vieles im Gange ist, ersuche ich darum, diesen Beschlussantrag nicht anzunehmen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie assessore per la lunga spiegazione. Certo, molte cose sono in movimento, anche i treni lungo l'asse del Brennero ma le orecchie delle persone che ci vivono non hanno percepito grossi cambiamenti. Hanno visto la costruzione delle barriere antirumore in alcune zone, però grossi cambiamenti sui vagoni che passano sotto il naso delle persone, soprattutto in val d'Isarco, non sono stati percepiti. La collega Amhof si riferiva alla mozione approvata nel 2015, consultabile sul sito del Consiglio provinciale e se la si legge ci si accorge che quella mozione citava solo una delle direttive europee che sono citate anche nella nostra, cioè quella della messa a disposizione per le imprese di trasporto ferroviario di fondi per rinnovare la propria flotta. Non citava invece la linea guida della Commissione europea, la 429 del 2015, a mio parere più importante, che autorizza e invita gli Stati a introdurre dei sistemi di differenziazione delle tariffe in base alla rumorosità dei vagoni che passano sulle linee ferroviarie. Sappiamo che le linee ferroviarie hanno uno statuto privatizzato, per cui chi usa la linea ferroviaria paga un pedaggio e con questa direttiva europea si autorizzano e si invitano gli Stati a introdurre pedaggi differenziati in relazione alla rumorosità dei vagoni. Per questo la mozione approvata nel 2015 al massimo corrisponde al punto 3 della nostra mozione, ma resta la questione di premere sullo Stato e su RFI, come gestrice della rete, perché si introduca questa differenziazione delle tariffe, questo principio della verità dei costi e questo principio per cui chi più inquina più paga. Noi seguiremo con attenzione il dibattito. È curioso aver respinta una mozione sulla base del fatto che si viene invitati a un'assemblea pubblica, certamente interessante ma convocata da un partito diverso dal nostro e che usa questo argomento per bocciare la nostra mozione. Vorrei riprendere le parole del collega Mussner, che ha concluso il suo intervento dicendo che ci sono molte cose che si stanno muovendo, noi siamo impegnati, siamo d'accordo su questo obiettivo e io aggiungo: e quindi approviamo questa mozione. La logica sarebbe approvarla.

Chiedo la votazione per parti separate, perché la mozione del 2005, consultabile sul sito del Consiglio provinciale, come detto, copre solo il punto 3. Potrei quindi capire se si dicesse di non votarlo perché è lo si è già votato nel 2015, però non votare vuol dire votare contro, la cosa è un po' incoerente. I punti 1 e 2, che invitano lo Stato, il Governo e RFI ad applicare un sistema differenziato delle tariffe in base alla rumorosità e alla qualità del materiale rotabile, cioè dei vagoni che passano sulla rete, fino ad ora in questo Consiglio provinciale non li ha proposti e non li ha votati nessuno.

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung, und zwar nach getrennten Teilen.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 12 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles: mit 12 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 9 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teiles: mit 12 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 4 des beschließenden Teiles: mit 10 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ich begrüße die zweite Klasse der IT Battisti Bolzano mit Professor Filippelli und die Klasse 2C der Hotelfachschule Bruneck mit Professor Kronbichler. Herzlich Willkommen, un cordiale benvenuto!

Herr Abgeordneter Schiefer, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

SCHIEFER (SVP): Ich ersuche im Namen der SVP-Fraktion um eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 11.46 UHR

ORE 11.58 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Die Behandlung von Tagesordnungspunkt Nr. 8 wird aufgrund der entschuldigten Abwesenheit der Abgeordneten Mair vertagt.

Die Behandlung von Tagesordnungspunkt Nr. 9 wird angesichts der Abwesenheit von Landesrat Tommasini vertagt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 768/17 vom 9.5.2017, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Südtiroler Regiogeld und soziale Unterstützungsmaßnahmen".**

Punto 10) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 768/17 del 9/5/2017, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante una moneta complementare per l'Alto Adige e interventi di sostegno sociale".**

1. Einleitung

In Zeiten finanzieller Krisen ist die Unterstützung der wirtschaftlich schwächeren Menschen besonders wichtig – für die Wahrung des sozialen Friedens und für die Achtung der Menschenwürde. Zu den Schwächeren gehören v. a. ältere Menschen, Familien mit Kindern, alleinerziehende Eltern und Arbeitslose. Wie in der Folge eingehend dargelegt wird, ist der Hauptgrund der Finanzkrisen systemisch, d. h. er ist auf die Struktur und Funktionsweise unseres Geldsystems selbst zurückzuführen.

Regionale, zinsfreie Geldsysteme und Komplementärwährungsmodelle sind geeignete Instrumente um die Grundversorgung zu gewährleisten und die Kaufkraft der Menschen zu stärken. Soziale Versorgungsleistungen und Zusatzeinkommen können somit durch regionales Geld erbracht werden: z. B. die Zusatzrente, das Familiengeld, die KITAS-Beiträge, die Arbeitslosenunterstützung usw.

Außerdem fördern regionale Modelle die lokale Wirtschaft und die Wertschöpfung im Sinne der Gemeinwohlökonomie: Regionales Geld kann ausschließlich regional ausgegeben werden, was bedeutet, dass hauptsächlich die partizipierenden einheimischen Unternehmen vom Regiogeld profitieren. Regionale Produkte und Dienstleistungen gewinnen aufgrund des lokalen Tauschmittels an Attraktivität. Zudem können mithilfe eines regionalen Kreditkompensationssystems etwaige Liquiditätsschwankungen der Unternehmen ausgeglichen werden.

Regionale Wirtschaftskreisläufe sind gerade in Krisen strategisch wichtig. Sie sind die Grundlage für eine funktionierende, kollektive Versorgung mit essentiellen Gütern und Dienstleistungen. D. h. Regiogeld fördert die lokale Kooperation und schützt dadurch in Krisenzeiten.

2. Hintergrund: Krisenphänomene

2.1 Eine Momentaufnahme der internationalen Wirtschaftsphänomene lässt kritische Entwicklungen erkennen. In der Folge werden einige Elemente kurz beschrieben:

Die finanzielle Übermacht der internationalen Großkonzerne führt zu einer bedenklichen Einflussnahme in die Politik. Länder, Staaten und öffentliche Institutionen werden von privatrechtlichen Unternehmen unter Druck gesetzt. Gleichzeitig bleibt in der Regel ein lokaler Rückfluss an Werten (z. B. Steuern, Realgüter) hingegen aus.

Politik und Regierungen sind durch ihre Überschuldung faktisch machtlos und können diesen Handlungsmethoden von Hochfinanz, Private-Equity-Fonds und internationalen Großkonzernen wenig entgegenzusetzen (Kartellbildung, Marktverdrängung von KMUs, ökologisch verheerende Produktionsmethoden, Steuerflucht etc.).

Der faktische Verlust der Geldschöpfungsbefugnis des Staates, die Schöpfung von Geld als Schuld und der damit verbundene Zinszwang (die Prinzipien des Schuldgeldes werden nachfolgend erklärt) bedingen eine konstant anwachsende Notwendigkeit zur permanenten Aufnahme neuer Kredite mit Überschuldung als zwingender Konsequenz. Dieses Phänomen geht mit einem stetigen Machtverlust von öffentlichen Institutionen, Regierungen und Volksvertretern einher. Der Staat kommt seiner gesellschaftsordnenden Funktion und der Betreuung kollektiver Interessen immer weniger nach. Volksvertreter sind mehr und mehr in ihrem Handlungsspiel-

raum eingeschränkt und dazu genötigt – über die Interessen der Bevölkerung hinweg – die Aktionspläne der Hochfinanz und der Konzerne durchzuwinken.

Die finanzielle Abhängigkeit ist ein günstiger Nährboden für Korruption und Machtmissbrauch. Massive Verstrickungen zwischen Vertretern der Finanzelite, der Spitzenpolitik und der Internationalen Organisationen (WHO, IWF etc.) sind erwiesen und zum Teil sogar offenkundig. Die politischen Maßnahmen, die in der Folge ergriffen werden, entsprechen nicht mehr dem Willen der Wähler. Dies stößt auf Unverständnis in der Bevölkerung und es wird der Vorwurf des systematischen Wahlbetruges laut. Politikverdrossenheit, kollektiver Unmut bis hin zu gewaltbereiter Aggression gegenüber Behörden und Politikern sind häufige Folgen. Solche Situationen sind oftmals der Grundstein für die Radikalisierung von politischen Ideologien bis hin zur Bildung von totalitären Regimen.

2.2 Ökologie und Umwelt

Die Funktionsweise von Zins und Zinseszins im Schuld-Geld-System führt automatisch zur Verknappung von Finanzmitteln und als Konsequenz zur Enteignung von Realwerten. Dieser Effekt hat zur Folge, dass Unternehmen ständig im Verdrängungswettbewerb und unter Wachstumszwang stehen. Dieser Zwang verstärkt sich im Laufe eines Schuldgeld-Zyklus' (70-90 Jahre) konstant aufgrund der systemisch anwachsenden Verschuldung. Dies bedingt die Notwendigkeit zu permanenter Kostenoptimierung und Steigerung der Produktivität: Ein Unternehmen muss ständig mehr zu einem billigeren Preis herstellen, um nicht illiquide zu werden. Und diese Menge an Produkten muss anschließend am Markt abgesetzt werden, d. h. der weltweite Konsum muss sich stetig steigern.

Diese Entwicklung führt dazu, dass Mensch und Umwelt auf der Strecke bleiben. Kostenoptimierung und Überproduktion bedeuten schlagwortartig: Auslagerung von Produktionsstätten in Schwellenländer, Sklavenarbeit, Raubbau von Naturstoffen, Einsatz von hochtoxischen Chemikalien, endgültige Zerstörung der Natur ganzer Landstriche usw.

2.3 Phänomene in Südtirol

Wirtschaft: KMUs, vor allem in den Sparten Handwerk, Handel und Dienstleistungen beschäftigen die meisten Menschen in Südtirol. Trotz guter Auftragslage, fleißiger und seriöser Arbeit der Unternehmer und Mitarbeiter stehen diese Betriebe unter einem extremen Leistungsdruck und werden zusehends illiquide. Sie können mit den internationalen Wettbewerbern nicht mithalten. Viele Unternehmen sind deshalb ebenfalls gezwungen, in neue, internationale Märkte auszuweichen. Dies kann jedoch nicht jedes Unternehmen leisten. Kollektiv betrachtet wäre diese Entwicklung ohnehin unmöglich.

Lokale Banken: Südtirols Banken, deren Hauptaugenmerk in der Verwaltung und Anlage von vergleichsweise kleinen Sparvermögen sowie der Kreditvergabe für KMUs liegen sollte, geraten in massive Schwierigkeiten (s. Beispiel der Südtiroler Sparkasse AG). Der eigene Kostendruck und die internationalen Finanzmarktentwicklungen der letzten Jahre haben dazu geführt, dass sich auch lokale Banken dazu nötigen ließen, in risikoreiche Anlagengeschäfte im Ausland zu investieren. Die Konsequenzen aus diesen Investitionen schlagen heute schwer zu Buche.

Armut: Trotz hoher Beschäftigungsrate reicht bei vielen Menschen in Südtirol das Einkommen nicht, um die laufenden Lebenshaltungskosten zu decken. Immer mehr Menschen rutschen unter die Armutsschwelle. Dabei erleiden sie und ihre Familien materielle Misere. Was jedoch noch schwerer wiegt: Es schwindet ihr Selbstwertgefühl; sie sehen sich als unfähig, wertlos und schuldig.

Migration: Ein klares Zeichen für eine nicht nachhaltige und friedenspolitisch sehr brisante Zuspitzung der allgemeinen Gesellschaftssituation ist das Phänomen der Migration. Viele Elemente zur Entstehung dieses Phänomens sind auf das Geldsystem, die internationale Geldpolitik und auf die Durchsetzung geostrategischer Interessen einiger weniger Nationen zurückzuführen. Die negativen Auswirkungen für das Alltagsleben und die Sicherheit sind auch in Südtirol spürbar. Bestehende Sozialleistungen für Einwanderer fließen zudem nicht selten in die Herkunftsländer ab, was volkswirtschaftlich gesehen schädlich ist.

3. Prinzipien des Schuldgeldes

3.1 Ausgewiesene Experten in den Bereichen Wirtschaft und Recht erklären und beweisen anhand wissenschaftlicher Studien die Kernursache der angeführten Krisenphänomene in der

Struktur und Funktionsweise unseres Geldsystems. Das weltweit angewandte Geldsystem ist das sog. verzinste Schuldgeld-System. Kurz gefasst stützt sich dieses System auf folgende Prinzipien:

Alles Geld ist Schuld, also ein negativer Wert. Staatliche Notenbanken und Privatbanken erzeugen Geld als Kreditschuld auf der Grundlage der Bewertung von realen Kreditsicherheiten. Solche Sicherheiten sind in der Regel „Assets“, sprich Immobilien, Patente, Rechte, Naturressourcen, etc. Geld ist also immer nur ein Derivat einer Bewertung. Es ist kein Produktionsmittel. Als besonders sicher gelten Immobilien. Deshalb kommt es – unabhängig von einem realen Bedarf – im Laufe eines Schuldgeld-Zyklus immer zu massiver Neuerschließung oder Erweiterung der Nutzzonen: Wohnbau, Gewerbe, Industrie u. a. (vgl. Südtirol), denn dies erlaubt wiederum die Schöpfung von neuem Geld.

Die Geldschöpfungsbefugnis liegt gemäß gesetzlicher Vorgaben allein beim Staat. Dieser erzeugt neues Geld über die Notenbanken. Dennoch ist die Geldschöpfung faktisch in privaten Händen. Die staatlichen Notenbanken gehören größtenteils privaten Eigentümern (auch die Banca d'Italia). Zudem praktizieren die privaten Kreditinstitute und Banken weltweit eine Form der Geldschöpfung, die nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht: Schöpfung von „Giralgeld“, sprich „Buchgeld“.

Über 90 % des Geldes wird als Buchgeld geschaffen. Buchgeld ist eine verzinste Schuld, die von Privatbanken v. a. im Zuge der Kreditvergabe entsteht. Geld entsteht also als Buchung einer Schuld: „Forderung gegenüber Kreditnehmer“ an „Verbindlichkeit gegenüber Kreditnehmer“. Diese Praxis bestätigen offizielle Dokumente, namhafte Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (z. B. Dossier „Geld und Geldpolitik“ der Deutschen Bundesbank; „RatingsDirect“; Standard & Poor's, August 2013; „Money Issuance“, KPMG, 2016 u. v. a.).

Bei diesem Buchungssatz der Bank wird allgemein außer Acht gelassen, dass das Schuldverhältnis zweiseitig ist. Der Kreditnehmer schuldet einer Bank den gutgeschriebenen Kreditbetrag (zzgl. der in der Zeit anreifenden Zinsen). Gleichzeitig bleibt auch die Bank im Moment der Kreditvergabe den Geldbetrag – den sie (nur scheinbar) verleiht – „schuldig“. Sie gewährt dem Kreditnehmer lediglich „Buchgeld“, d. h. ein Versprechen auf gesetzliche Zahlungsmittel (Münzen und Banknoten). Es findet hierbei aber keine Übergabe von gesetzlichen Zahlungsmitteln statt. Zudem ist diese Verbindlichkeit der Bank nicht durch Realsicherheiten gedeckt, wie die Forderung der Bank dem Kreditnehmer gegenüber. D. h., trotz eines zweiseitigen Schuldverhältnisses zwischen Bank und Kreditnehmer ist die Garantieleistung zu Gunsten der Bank einseitig.

Über 90 % dessen was wir als Geld bezeichnen ist demzufolge nur eine Forderung auf gesetzliche Zahlungsmittel. Diesen Forderungen der Kreditnehmer entsprechen die Verbindlichkeiten der Banken. Diese sind jedoch nicht gedeckt, weder mit Realwerten, noch mit Eigenkapital. Eine Bank verleiht also weder Eigenkapital, noch das Geld der Sparer, wie allgemein behauptet wird. Dieser Geldschöpfungsprozess hat also keine gesetzlichen Zahlungsmittel im Sinne der staatlichen und europäischen Normen zum Gegenstand. Allein Münzen und Banknoten der Zentralbanken sind gesetzliche Zahlungsmittel. Buchgeld ist rechtlich nicht vorgesehen bzw. normiert.

Banken erzeugen durch diese Geldschöpfungsmethode lediglich die Geldmenge für das Kreditkapital. Die Geldmenge für die Zinsen wird jedoch nicht geschaffen, d. h. es entsteht Geldmengenknappheit: Die notwendige Geldmenge für die Kreditrückzahlung (Kreditkapital plus Zinsen) ist größer als die im Markt vorhandene Geldmenge (Kreditkapital).

Nachdem alles Geld „Schuld“ ist, sind Vermögen und Schulden immer kohärent. Die Schaffung von größerem Wirtschaftsvermögen ist nur durch die Aufnahme von höheren Schulden möglich. Der Zwang zu ständig größerem Wachstum erfolgt automatisch über den Zins. Zins und Zinsezins bedingen durch die Erzeugung von Geldmengenknappheit permanentes, exponentiell ansteigendes Wirtschaftswachstum. Dies bedeutet, es müssen entsprechend neue und größere Schulden aufgenommen werden. Auf letztere fallen weitere, höhere Kapitalzinsen an, die wieder nur durch Wachstum und neuer Schuld bedient werden können. Überschuldung ist mathematisch vorprogrammiert.

Ist die Wachstumsgrenze physisch und durch Marktsättigung erreicht oder die Liquidität der Marktteilnehmer unzureichend, ist keine neue Geldschöpfung mehr möglich und die Kredite können nicht mehr bedient werden. Es kommt zu Enteignungswellen in großem Stil. Der politisch gängige Ruf nach mehr Wirtschaftswachstum verschiebt den Finanzkollaps nur in die Zukunft. Dieser fällt jedoch dann entsprechend heftiger aus, denn für weiteres Wachstum müssen weitere und höhere Schulden aufgenommen werden.

3.2 Fazit

Die vorangehend beschriebenen Krisenphänomene sind die Konsequenz aus permanent anhaltendem Wachstum in einer physisch-materiell begrenzten Welt. Diese Wirtschaftsentwicklung ist weder nachhaltig noch sinnvoll. Das verzinste Schuldgeld bewirkt permanente Vermögensumverteilung: Durch das Verstreichen von Zeit wird über den Zins und Zinseszins – automatisch und mathematisch zwingend – das Vermögen des mengenmäßig weit überwiegenden und realwirtschaftlich leistenden Teils der Menschen zu jenem verschwindend kleinen Teil transferiert, der über großes Finanzkapital verfügt und letztlich Geldschöpfung betreibt. Langfristig kommt es zur kollektiven Enteignung des gesamten Weltvermögens.

Die Ausmaße dieser Schuldgeld-Entwicklung sind heute aufgrund der internationalisierten Wirtschaft zum ersten Mal in der Menschheitsgeschichte global und total. Der Zustand ist mehr als kritisch: Die Welt-Gesamtschulden übertreffen die jährliche Welt-Wirtschaftsleistung um ein Vielfaches. Die Oxfam-Studien der letzten Jahre bescheinigen die rasante Zuspitzung dieser Entwicklung.

4. Regionale Geldsysteme

Um die Konsequenzen der vorangehend angeführten Phänomene zu lindern und um vom internationalen Finanzsystem unabhängiger zu werden, wurden in den letzten Jahrzehnten unterschiedliche, alternative Währungssysteme entwickelt und konkret etabliert. Besonders erfolgreich zeigten sich zinsfreie, umlaufgesicherte regionale Währungskreisläufe. Diese dienen vorrangig der lokalen Grundversorgung (Lebensmittel, Handwerk, Wasser, Energie, ÖPNV, etc.) und beziehen die Menschen und öffentlichen Institutionen vor Ort ein. Hauptaugenmerk dieser Systeme ist die Vermeidung der negativen Konsequenzen des Schuldgeldes: Realwerte (Güter und Dienstleistungen) werden durch ein von der Gemeinschaft positiv geschöpftes Tauschmittel regional in den Verkehr gebracht. Dies jedoch ohne, dass dabei über einen verdeckten Zinsanteil fortlaufend Werte verloren gehen. Dies erzeugt Wert- und Preisstabilität und, v. a., Autonomie: Die regionale Versorgungssicherheit ist gewährleistet, unabhängig von globalen Finanzmarktentwicklungen und Wertfluktuationen der gängigen Schuldgeld-Währungen.

Auch die italienische Politik hat realwertebasierte Alternativen zum klassischen Austausch von reinen Finanzwerten erkannt. Der sog. „baratto amministrativo“ ist ein treffendes Beispiel dafür. Menschen können durch ihre persönliche Realleistung (v. a. physische Arbeit) Schulden gegenüber öffentlichen Institutionen abbauen.

Abgesehen von den wirtschaftlich und finanziellen Vorteilen, die lokale Währungen mit sich bringen, sind diese Tauschsysteme auch gemeinschaftsstiftend und fördern die Zusammenarbeit in der Nachbarschaft, im Dorf, in der Bezirksgemeinschaft.

Die Regio-Währung „Chiemgauer“ (Bayern) ist beispielsweise ein sehr erfolgreiches Projekt. Es verzeichnet Jahr für Jahr eine konstante Zunahme des Jahresumsatzes, der in dieser Regio-Währung erzielt wird (7,4 Mio. Euro in 2014/ 600 Akzeptanzstellen). Für die Einführung eines äquivalenten, lokalen Währungssystems in Südtirol fehlen analoge staatliche Normen, die die rechtlichen Voraussetzungen dafür bilden würden.

Dennoch sind alternative Währungsmodelle möglich. Hervorzuheben sind regionale Tausch-Gutscheinsysteme. Diese sind in Italien nach geltender Rechtsordnung zulässig und vielerorts bereits installiert und etabliert. Ein weiteres, ggf. zusätzliches Regiogeld-System ist die sog. Kreditkompensation. Dieses System dient vorrangig Unternehmen, Freiberuflern (d. h. Inhabern von MwSt.-Nr.) und öffentlichen Körperschaften zum kostengünstigen Austausch von Gütern und Dienstleistungen innerhalb der Kompensationsgemeinschaft. Zudem schafft der Zusammenschluss der Inskribierten gemeinschaftsinterne Liquidität. Auf diese Weise werden Liquiditätsengpässe, die z. B. über Handelskredite entstehen, durch die Gemeinschaft ausge-

glichen. Dies schafft Zahlungssicherheit und verringert den Kapitalkostenaufwand der Unternehmen.

Es gibt bereits etablierte IT-Systeme für die entsprechende Implementierung solcher Regionwährungen. Das bisher fortschrittlichste und ausgereifteste Konzept in Italien bietet die Plattform *Rete di Mutuo Credito*. Auf dieser Plattform lassen sich Tausch-Inseln einrichten, welche wiederum in Unterinseln (z. B. für Bezirke bzw. Talgemeinschaften) untergliedert werden können.

5. Komplementärwährung für Südtirol

5.1 Auf der Grundlage des vorangehend Beschriebenen wäre die Einführung eines Regiogeldes (*Namen zu definieren) in Südtirol sehr einfach möglich. Kurz gefasst sind folgende Elemente entscheidend:

Die Einführung eines regionalen Gutschein-Systems als Komplementärwährung scheint nach gegenwärtiger Rechtslage die einfachste und praktikabelste Form des Regiogeldes zu sein. In Ergänzung mit einem Kreditkompensationsmodell könnte dieses System der lokalen Wirtschaft und den Verbrauchern beachtliche Vorteile bieten.

Das Regiogeld-System braucht eine entsprechende Struktur. Die Gründung einer Genossenschaft scheint die sinnvollste Option. An dieser können sich Private, Unternehmen, Vereine, Verbände und öffentliche Organisationen beteiligen. Auf diese Weise kann von zentraler Stelle aus die Steuerung und Verwaltung des alternativen Geldkreises vorgenommen werden.

Das Regiogeld kann unterschiedlichste Formen annehmen: idealerweise in elektronischer Form (als regionale Prepaid-Karte oder mittels der Gesundheitskarte), gegebenenfalls auch als Münzen, Banknoten. Damit könnte auch eine Hortung des Regiogeldes ausgeschlossen werden, weil der Kontostand der Prepaid-Karte am Monatsende jeweils „auf null“ gesetzt werden könnte. Die Genossenschaftsmitglieder sind die sog. Akzeptanzstellen der Währung, d. h. der Austausch von Gütern und Dienstleistungen über Regiogeld (*Namen zu definieren) kann nur von Mitglied zu Mitglied passieren. Außerdem ist somit Kapitalflucht außerhalb des Landes a priori ausgeschlossen, da das Regio-Geld nur innerhalb der Landesgrenzen ausgegeben werden kann. Zudem kann die Verwendung des Regio-Geldes – das für Grundversorgungsleistungen und Zusatzeinkommen emittiert wird – überwacht und gesteuert werden.

Das System des Gutschein-Geldes gründet auf einer steuerfreien Preisreduktion des Euro-Betrages eines Kaufgutes. Beispiel: Anstelle des Preises von 100 Euro für eine Vase in Keramik bezahlt der Käufer dem Verkäufer (beide Genossenschafts-Mitglieder) lediglich 70 Euro. Die fehlenden 30 werden in Form von Regio-Gutscheinen, also RGS 30 bezahlt. Dabei ergibt sich für den Verkäufer ein rechtlich zulässiger Steuervorteil, da seine Steuerbemessungsgrundlage allein auf den Eurobetrag angewendet wird. Andererseits gehen auf diese Weise dem Staat/Region/lokaler Körperschaft Steuereinnahmen verloren. Dieser Verlust kann ausgeglichen werden, indem die Genossenschaft periodisch (z. B. pro Quartal) neue Regio-Gutscheine in Höhe des Fehlbetrages schöpft und diese zugunsten der Provinz Bozen ausgibt. Letztere kann damit einen Teil des Landeshaushaltes finanzieren.

6. Sozialtransfers: Auszahlung von sozialen Unterstützungsmaßnahmen in Regiogeld.

Ein Teil des Landeshaushaltes für soziale Versorgungsleistungen und Zusatzeinkommen (z. B. Zusatzrente, Familiengeld, KITAS-Beiträge, Arbeitslosenunterstützung, Soziales Mindesteinkommen usw.) könnte auf diese Weise über regionales Geld, d. h. durch die Ausgabe von Gutscheinen erbracht werden. Die Mindestrentner könnten über das Gutscheinsystem effizient mit neuer Kaufkraft versorgt werden.

Die Durchführung eines Testprojekts (z. B. für bestimmte Sozialleistungen) in der Provinz Bozen wäre unkompliziert und vom Aufwand her sowie kostenmäßig überschaubar – v. a. angesichts der makroökonomischen Bedeutung des Projekts. Die Steuerung könnte über z. B. das Assessorat für Soziales oder über das Assessorat für Wirtschaft erfolgen.

Die Sozialleistungen sollen effektiv für den Einkauf von primären Gütern und Dienstleistungen verwendet werden, d. h. Lebensmittel, Energie, Kleidung, u. ä. Damit können regionale Kreisläufe treffsicher gestärkt sowie der Konsum gesteuert werden. Außerdem ist Kapitalflucht außerhalb des Landes ausgeschlossen, da das Regio-Geld nur innerhalb der Landesgrenzen ausgegeben werden kann.

Ein soziales Mindesteinkommen mittels Auszahlung eines bestimmten Betrags in Regio-Geld könnte eine Vorstufe zu einem Südtiroler Grundeinkommen darstellen.

Aus all diesen Gründen,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. innerhalb von sechs Monaten durch eine Arbeitsgruppe einen Konzeptvorschlag für eine Südtiroler Regional-Währung (*Namen zu definieren) ausarbeiten zu lassen;
2. anschließend einen Testlauf der Südtiroler-Regionalwährung (*Namen zu definieren) durchzuführen. Dabei soll das Regiogeld erstmals in einem ausgewählten Zielbereich verwendet werden, z. B. für die Aufstockung der Mindestrenten mittels Regiogeld, die Auszahlung des Familiengeldes, für Wohngeld, etc.

1. Introduzione

In periodi di crisi finanziaria il sostegno alle persone economicamente più deboli diventa particolarmente importante per garantire la pace sociale e il diritto a una vita dignitosa. Delle fasce più deboli fanno soprattutto parte le persone anziane, le famiglie con bambini, le famiglie monoparentali e i disoccupati. Come descritto di seguito con maggiori dettagli, la causa principale delle crisi finanziarie è sistemica, vale a dire che è riconducibile alla struttura e al funzionamento del nostro sistema monetario.

I sistemi monetari regionali non basati sugli interessi e i modelli di valuta complementare sono strumenti adeguati per garantire l'assistenza di base e incrementare la capacità di acquisto delle persone. Le prestazioni sociali e i redditi aggiuntivi possono essere erogati utilizzando una moneta complementare: per esempio la pensione integrativa, l'assegno al nucleo familiare, i contributi per le microstrutture per l'infanzia, l'indennità di disoccupazione ecc.

Inoltre i modelli regionali promuovono l'economia locale e fanno aumentare il valore aggiunto nell'ottica di un'economia del bene comune: la moneta complementare può essere spesa solo localmente, per cui questo sistema va essenzialmente a vantaggio delle imprese locali. E, con una moneta di scambio locale, prodotti e servizi regionali diventano più attrattivi. Inoltre attraverso un sistema regionale di compensazione creditizia si possono pareggiare eventuali variazioni di liquidità delle imprese.

È proprio in tempi di crisi che i circuiti economici regionali assumono un ruolo strategico. Essi sono la base per un approvvigionamento collettivo ben funzionante di beni e servizi essenziali. Detto in altre parole, la moneta complementare favorisce la cooperazione locale e, per questo, offre tutela in tempi di crisi.

2. Il contesto è quello di una situazione di crisi

2.1. Dal quadro economico attuale a livello internazionale emergono vari punti critici. Di seguito alcuni descritti brevemente.

Lo strapotere finanziario delle multinazionali implica anche una preoccupante influenza sulla politica. Regioni, Stati e istituzioni pubbliche subiscono le pressioni di imprese private. Nel contempo in genere però non si ha un ritorno sul territorio (per esempio tasse o beni).

La politica e i governi sono di fatto impotenti per via del loro debito eccessivo, e non riescono a contrastare le azioni dell'alta finanza, dei fondi di private equity e delle multinazionali (cartellizzazione, estromissione dal mercato di piccole e medie imprese, metodi di produzione devastanti per l'ambiente, evasione fiscale ecc.).

L'effettiva perdita della facoltà dello Stato di emettere denaro e il sistema monetario fondato sul debito e sugli interessi (i suoi principi verranno spiegati più avanti) comportano la necessità sempre crescente di contrarre nuovi debiti, la cui conseguenza inevitabile è l'indebitamento eccessivo. Questo fenomeno va di pari passo con una costante perdita di potere delle istituzioni pubbliche, dei governi e dei rappresentanti eletti. Lo Stato è sempre meno in grado di svolgere una funzione regolatrice e di tutelare gli interessi collettivi. I rappresentanti eletti hanno un margine d'azione sempre più ristretto e si fa pressione su di loro affinché avallino i piani d'azione dell'alta finanza e dei grandi gruppi industriali – a scapito degli interessi della popolazione.

La dipendenza finanziaria è un terreno fertile per la corruzione e l'abuso di potere. È stata dimostrata – e in parte è persino cosa comunemente nota – l'esistenza di collegamenti tra i rappresentanti della élite finanziaria e le organizzazioni internazionali (OMS, FMI ecc.). Le misure politiche adottate non corrispondono più al volere degli elettori. La gente non capisce e si fa sempre più forte l'accusa di mancato rispetto della volontà dell'elettorato. Ne conseguono spesso disaffezione verso la politica, scontento collettivo, fino ad arrivare all'aggressività che può facilmente sfociare nella violenza nei confronti di istituzioni e politici. Questi fattori sono spesso anche fonte di radicalizzazione di ideologie politiche fino ad arrivare alla creazione di regimi totalitari.

2.2 Ecologia e ambiente

In un sistema monetario basato sul debito, gli interessi e gli interessi sugli interessi portano automaticamente alla riduzione delle risorse finanziarie e, di conseguenza, all'espropriazione di beni. Una conseguenza di ciò è che le aziende sono costantemente alle prese con una concorrenza agguerrita e con l'imperativo della crescita. Il seguito al costante aumento dell'indebitamento, nell'arco di un ciclo del sistema moneta debito (vale a dire 70-90 anni) questo obbligo diventa sempre più forte. Ne deriva la necessità di ottimizzare continuamente i costi e di aumentare la produttività: per non ritrovarsi in crisi di liquidità un'impresa deve produrre sempre di più a un prezzo sempre più basso. E tutti questi prodotti devono poi anche essere venduti. Questo significa che a livello mondiale i consumi devono aumentare costantemente.

Così facendo l'uomo e l'ambiente non sono considerati, o almeno sono lasciati in secondo piano. In poche parole, l'ottimizzazione dei costi aziendali e la sovrapproduzione portano a delocalizzare nei Paesi emergenti, al lavoro in condizioni di schiavitù, allo sfruttamento eccessivo delle risorse naturali, all'impiego di sostanze chimiche altamente tossiche, alla definitiva distruzione della natura in vasti territori ecc.

2.3. La situazione in Alto Adige

Economia. In provincia le piccole e medie imprese, soprattutto nei settori di commercio, artigianato e servizi, sono i maggiori datori di lavoro. Anche se gli ordini non mancano e imprenditori e collaboratori lavorano sodo e con serietà, queste aziende sono sottoposte a forti pressioni in termini di rendimento e devono fare i conti con crescenti problemi di liquidità. Inoltre non riescono a stare al passo con la concorrenza internazionale. Per questo motivo numerose aziende sono a loro volta costrette a cercare nuovi mercati di sbocco, cosa che non tutte sono in grado di fare, e nell'insieme questo tipo di sviluppo non è comunque realizzabile.

Banche locali. Le banche altoatesine, che dovrebbero soprattutto occuparsi di gestire e investire capitali o risparmi relativamente piccoli, e di concedere prestiti alle piccole e medie imprese, incontrano sempre maggiori difficoltà (vedi l'esempio della Cassa di Risparmio di Bolzano SpA). La pressione che le banche stesse subiscono per il contenimento dei costi così come lo sviluppo dei mercati finanziari internazionali degli ultimi anni hanno portato anche le banche locali a effettuare investimenti rischiosi all'estero. Le conseguenze di queste operazioni hanno un costo tutt'altro che trascurabile.

Povertà. Nonostante l'alto tasso di occupazione, in Alto Adige molte persone non hanno un reddito sufficiente per coprire il costo della vita. Sempre più persone scivolano così sotto la soglia di povertà e con le loro famiglie vivono in situazioni di miseria. Ma cosa ben più grave è che queste persone perdono l'autostima e si sentono colpevoli, incapaci e senza valore.

Immigrazione. Un chiaro segno dell'inasprimento della situazione generale nella società – non sostenibile e alquanto delicata dal punto di vista del mantenimento della pace – è il fenomeno dell'immigrazione. Le cause sono riconducibili al sistema monetario, alla politica monetaria internazionale e al prevalere degli interessi geostrategici di un ristretto numero di nazioni. Gli effetti negativi sulla vita quotidiana e sulla sicurezza si sentono anche nella nostra provincia. Le prestazioni sociali a favore degli immigrati vanno spesso a finire nei loro Paesi d'origine, il che è deleterio dal punto di vista macroeconomico.

3. Come funzionano i sistemi monetari fondati sul debito

3.1. Rinomati esperti di economia e diritto spiegano e dimostrano sulla base di studi scientifici che la vera causa dei succitati problemi sta nella struttura e nel modo di funzionamento del no-

stro sistema monetario. Il sistema applicato in tutto il mondo è quello della moneta debito con l'applicazione di interessi. In breve questo sistema si basa sui seguenti principi:

Tutto il denaro è debito e quindi un valore negativo. Le banche centrali e quelle commerciali emettono denaro come credito sulla base della valutazione di reali garanzie. Queste garanzie sono in genere "asset", vale a dire immobili, brevetti, diritti, risorse naturali ecc. Il denaro è quindi sempre solo un derivato di una valutazione e non un mezzo di produzione. Gli immobili sono considerati particolarmente sicuri. Per questo motivo – indipendentemente da un bisogno reale – in un ciclo del sistema moneta debito si cerca sempre di trovare nuovi settori di utilizzo o di espanderli: edilizia abitativa, attività produttive, industria e altro (vedi Alto Adige), perché ciò consente di creare nuovo denaro.

In base alla legge solo lo Stato può emettere banconote e monete, e lo fa tramite la banca centrale. La creazione di denaro è però di fatto nelle mani dei privati. Questo perché le banche centrali sono in gran parte di proprietà privata (anche la Banca d'Italia). Inoltre le banche e gli istituti di credito privati praticano in tutto il mondo una forma di creazione di denaro che non corrisponde ai dettami di legge: il cosiddetto denaro girale o scritturale.

Più del 90% del denaro viene generato come denaro scritturale. Il denaro scritturale è un debito sul quale si pagano gli interessi, creato dalle banche commerciali soprattutto nell'ambito della concessione di un prestito. Il denaro nasce quindi come registrazione di un debito: "richiesta nei confronti del creditore" e "impegno del debitore". Questa pratica è confermata da documenti ufficiali di importanti agenzie di rating e società di revisione (per esempio il dossier "Geld und Geldpolitik" (denaro e politica monetaria) della Deutsche Bundesbank; "RatingsDirect" di Standard & Poor's, agosto 2013; "Money Issuance", KPMG 2016 e molti altri ancora).

In questo passaggio contabile della banca in genere si tralascia che vi è un'obbligazione per entrambe le parti. Il debitore deve a una banca l'importo registrato come prestito concesso (a cui vanno aggiunti gli interessi che maturano nel tempo). Nel contempo, al momento della concessione del prestito anche la banca è "debitrice" della somma che (solo all'apparenza) dà in prestito. Al debitore concede solo "denaro scritturale", vale a dire una promessa di mezzi di pagamento in corso legale (monete e banconote), in quanto non avviene un passaggio effettivo. Inoltre questo impegno della banca non è coperto da garanzie, che la banca invece chiede ai debitori. Ciò significa che, nonostante il rapporto di reciproco debito tra la banca e il debitore, la richiesta di garanzia è unilaterale a favore della banca.

Di conseguenza più del 90% di ciò che definiamo denaro è solo una richiesta di mezzi di pagamento in corso legale. A queste richieste dei debitori corrispondono le passività delle banche che però non sono coperte, né con beni né con proprio capitale. Una banca non dà in prestito il suo capitale e nemmeno i soldi dei risparmiatori, come si crede generalmente. Questo processo di creazione di denaro non ha come oggetto mezzi di pagamento legali ai sensi delle norme statali ed europee. Solo le monete e banconote delle banche centrali sono mezzi di pagamento ufficiali. Il denaro scritturale non è previsto per legge e non è regolamentato.

Con questo metodo di creazione del denaro le banche generano semplicemente la quantità di denaro che serve per il capitale creditizio. Il capitale necessario per il pagamento degli interessi non viene invece creato, il che comporta una scarsità di moneta: la quantità necessaria per restituire il prestito (capitale più interessi) è più grande della quantità di denaro presente sul mercato (capitale dato in prestito).

Poiché tutto il denaro è "debito", patrimonio e debito sono sempre in rapporto tra di loro. La creazione di patrimoni economici consistenti è possibile solo con l'assunzione di ingenti debiti. Gli interessi comportano necessariamente l'obbligo di una crescita costante. Dato che generano scarsità di moneta, gli interessi e gli interessi sugli interessi comportano una crescita economica esponenziale. Di conseguenza bisogna contrarre sempre nuovi e maggiori debiti, che a loro volta comportano altri e maggiori interessi sul capitale, per pagare i quali ci vogliono crescita e nuovi debiti. Le situazioni di sovraindebitamento ne sono l'inevitabile conseguenza.

Se il limite di crescita economica viene raggiunto fisicamente e per saturazione del mercato oppure se la liquidità è insufficiente, non è più possibile creare nuovo denaro e non si è più in grado di pagare i debiti. Si arriva così a ondate di espropri. Il diffuso appello a livello politico per una maggiore crescita economica non fa che spostare in avanti il collasso finanziario. E questo

avrà conseguenze ancor più ampie, perché per un'ulteriore crescita si devono chiedere nuovi e maggiori prestiti.

3.2. Riassumendo

Le criticità qui descritte sono la conseguenza di una crescita costante in un mondo fisicamente e materialmente limitato. Questo tipo di sviluppo economico non è sostenibile né ragionevole. Il sistema basato sul debito e sugli interessi comporta una costante redistribuzione patrimoniale: attraverso il calcolo degli interessi e degli interessi sugli interessi, con l'andare del tempo il patrimonio della parte della società numericamente prevalente e operante nell'economia reale viene pian piano trasferito, automaticamente e in modo matematicamente certo, a quella piccolissima parte della società che dispone di cospicui capitali finanziari, e in ultima analisi induce la creazione di denaro. Alla lunga si arriverà all'espropriazione collettiva dell'intero patrimonio mondiale.

Per la prima volta nella storia dell'umanità, a causa dell'economia internazionalizzata, le dimensioni dello sviluppo del sistema basato sul debito sono globali e totali. La situazione è più che critica: il debito globale mondiale supera di molte volte i risultati economici realizzati in un anno a livello mondiale. I rapporti Oxfam degli ultimi anni confermano l'inasprirsi della situazione.

4. Sistemi monetari regionali

Per ridurre le conseguenze negative di quanto descritto e per una maggiore indipendenza rispetto al sistema finanziario internazionale, negli ultimi decenni sono stati elaborati, e poi anche introdotti sistemi monetari alternativi. Particolarmente efficaci si sono dimostrati i circuiti monetari regionali non basati sugli interessi e con demurrage (tasso di interesse negativo). Questi servono anzitutto per i servizi pubblici di base a livello locale (alimentari, artigianato, acqua, energia, trasporto pubblico locale ecc.) e coinvolgono le persone e le istituzioni pubbliche presenti sul posto. Lo scopo principale è evitare le conseguenze negative dei sistemi monetari fondati sul debito: beni e servizi reali sono messi in circolazione in ambito regionale attraverso un mezzo di scambio di cui la comunità si avvale, ma senza continua perdita di valore dovuta agli interessi. Questo crea stabilità del valore commerciale e dei prezzi, e soprattutto autonomia. È così garantita la sicurezza dell'approvvigionamento, indipendentemente dall'andamento globale dei mercati finanziari e dalle fluttuazioni delle valute del sistema moneta debito.

Anche la politica italiana ha individuato alternative basate su servizi e beni reali rispetto al classico scambio di meri strumenti finanziari. Il cosiddetto baratto amministrativo è un ottimo esempio. Esso consente alle persone di estinguere i propri debiti con le istituzioni pubbliche attraverso una prestazione personale (consistente soprattutto in lavoro fisico).

A parte i vantaggi economici e finanziari delle monete complementari, questi sistemi di scambio favoriscono la coesione sociale e la collaborazione tra vicini, in paese e nel territorio comunale.

Anche la moneta regionale tedesca "Chiemgauer" (introdotta in Baviera) è un progetto che ha riscosso grande successo. Di anno in anno si registra un costante aumento del fatturato in questa moneta complementare (nel 2014 7,4 milioni di euro in 600 esercizi aderenti). In Alto Adige mancano analoghe norme statali che costituirebbero i presupposti giuridici per introdurre un sistema monetario equivalente.

Esistono però anche altri modelli. E qui bisogna citare i sistemi regionali di scambio di buoni che in Italia, secondo il vigente ordinamento, sono ammissibili e in molti luoghi già introdotti e affermati. Un altro sistema monetario complementare regionale è la compensazione creditizia. Con questo sistema imprenditori, liberi professionisti (vale a dire titolari di partita IVA) ed enti pubblici possono scambiarsi in compensazione multilaterale beni e servizi a costi limitati. Inoltre l'unione degli iscritti crea una liquidità interna che consente di superare, grazie al gruppo, momenti di scarsità di liquidità, per esempio con l'ausilio di crediti commerciali. Questo comporta la garanzia di pagamento e riduce il costo del capitale per le imprese.

Per l'implementazione di queste monete complementari esistono già consolidati sistemi informatici. In Italia il progetto più avanzato e completo è costituito dalla piattaforma Rete di Mutuo Credito, sulla quale si possono creare isole di scambio, a loro volta eventualmente suddivise in sottogruppi (per esempio per comprensori o comunità di valle).

5. Una moneta complementare per l'Alto Adige

5.1. Sulla base di quanto descritto sarebbe molto facile introdurre in Alto Adige una moneta complementare (*nome da definire). Questi in breve gli elementi importanti:

Considerata la situazione normativa attuale, l'introduzione di un sistema locale basato sul meccanismo dei buoni o voucher come moneta complementare pare la forma più semplice e praticabile. Integrato con un modello di compensazione creditizia questo sistema potrebbe portare notevoli vantaggi all'economia locale e ai consumatori.

Per il sistema di moneta complementare ci vuole una struttura adeguata. La creazione di una cooperativa, a cui possono aderire privati, imprese, associazioni e organizzazioni pubbliche, risulta essere l'opzione migliore che consente di coordinare il circuito monetario alternativo.

La moneta complementare può avere svariate forme: quella ideale sarebbe elettronica (come carta regionale prepagata oppure attraverso la tessera sanitaria), ma sono anche possibili monete e banconote. Con questo si potrebbe escludere un accumulo della moneta, perché il conto della carta prepagata potrebbe essere regolarmente azzerato a fine mese.

I soci della cooperativa sono gli esercizi in cui la valuta è accettata, vale a dire che lo scambio di beni e servizi per mezzo della moneta complementare (*nome da definire) può avvenire unicamente da socio a socio. In questo modo la fuga di capitale fuori provincia è a priori esclusa, in quanto la moneta complementare può essere spesa unicamente nel territorio provinciale. Inoltre l'utilizzo della moneta complementare – emessa per le prestazioni di base e i redditi aggiuntivi – può essere controllato e gestito.

Il sistema di buoni o voucher si basa su una riduzione esentasse del prezzo in euro della merce da acquistare. Per fare un esempio: invece di 100 euro, per un vaso di ceramica l'acquirente paga al venditore (entrambi soci della cooperativa) solo 70 euro. I 30 euro mancanti sono corrisposti in forma di buoni o voucher locali per questo valore. Per il venditore risulta così un vantaggio fiscale autorizzato, visto che la base imponibile è calcolata sull'importo in euro. D'altro canto però Stato/Regione/ente locale perdono entrate fiscali. Questa perdita può essere compensata se la cooperativa emette periodicamente (per esempio ogni tre mesi) nuovi buoni o voucher per un ammontare equivalente alla somma persa e li spende a favore della Provincia, andando così a finanziare una parte del bilancio provinciale.

6. Prestazioni sociali – misure di sostegno sociale pagate in moneta complementare

Una parte del bilancio provinciale destinato alle prestazioni sociali e ai redditi aggiuntivi (per esempio pensione integrativa, assegno al nucleo familiare, contributi per le microstrutture per l'infanzia, indennità di disoccupazione, reddito minimo di inserimento ecc.) potrebbe essere erogato usando la moneta locale, vale a dire con l'ausilio di buoni o voucher. Attraverso questo sistema chi percepisce una pensione minima potrebbe essere aiutato in modo efficace e vedersi così aumentare la propria capacità di acquisto.

Non sarebbe complicato avviare una sperimentazione nella provincia di Bolzano (per esempio per determinate prestazioni sociali), i cui costi e oneri sarebbero senz'altro sostenibili, soprattutto in considerazione dell'importanza macroeconomica del progetto. L'assessorato ai servizi sociali o quello all'economia potrebbero assumere il coordinamento.

Le prestazioni di assistenza sociale devono effettivamente servire all'acquisto di beni primari e servizi, ovvero prodotti alimentari, energia, vestiario e simili. Così facendo si rafforzerebbero in modo mirato i circuiti regionali e si potrebbero gestire i consumi. Inoltre si esclude la fuga di capitale fuori provincia, in quanto la valuta locale può essere spesa unicamente nel territorio provinciale.

Un reddito minimo di inserimento con l'erogazione di una parte della somma in valuta locale potrebbe essere un primo passo verso un reddito di base per l'Alto Adige.

Tutto ciò considerato,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale,

1. a incaricare un gruppo di lavoro di elaborare entro sei mesi la proposta di un progetto per una moneta complementare in Alto Adige (*nome da definire),
2. a verificare successivamente il funzionamento di questa moneta (*nome da definire). Inizialmente la moneta complementare va utilizzata per finalità e in ambiti selezionati,

per esempio per aumentare le pensioni minime, per erogare l'assegno al nucleo familiare, per il sussidio casa ecc.

Herr Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Danke, Herr Präsident! Ich möchte vorweg eines klarstellen, damit der Titel hier nicht in die Irre leitet. Es geht hier keinesfalls um eine Träumerei oder um die Einführung neuer Zahlungsmittel in Südtirol, denn für so etwas fehlen uns die gesetzlichen Voraussetzungen.

Die Grundidee dieses Beschlussantrages ist folgende: Das Land Südtirol soll beginnen, einige Sozialtransfers – Erhöhung der Mindestrenten, Arbeitslosenunterstützung, Familiengeld – mit einem Landesgutscheinsystem abzuwickeln. Das hat einige Vorteile. Es ist erstens treffsicher und stärkt zweitens die lokalen Kreisläufe. Außerdem verhindert es einen Abfluss der durch Sozialtransfers neu generierten Kaufkraft ins Ausland. Solche Sachen hatten wir ja schon hier im Landtag. Ich kann mich an einen Beschlussantrag der Freiheitlichen erinnern, der in diese Richtung gegangen ist.

Wenn man so ein Gutscheinsystem einmal eingeführt und etabliert hat, dann kann man auch einen Schritt weiterdenken, nämlich hin zu einem regionalen oder landesweiten Gutscheinsystem. Solche Systeme existieren bereits; das ist keine Neuigkeit. Das bekannteste Beispiel in Italien ist höchstwahrscheinlich der Sardex, der so ähnlich geboren wurde, wie ich es hier vorschlage, nämlich als ein Gutscheinsystem, das sehr gut gestartet ist, weil die Regierung Sardinien beschlossen hat, 20 Millionen Euro an Sozialleistungen über dieses Gutscheinsystem abzuwickeln. Das war der Startschuss zum Sardex, der sich anschließend auch noch als Kreditkompensationssystem zwischen den Firmen etablierte und zu einem Erfolgsmodell wurde. Mittlerweile wurde es von Banca Sella aufgekauft. Ich sehe es zwar mit einem weinenden Auge, dass die Banken das wieder einvernehmen, aber es beweist zumindest, dass das System nicht nur funktioniert, sondern auch Früchte getragen hat.

Das prominenteste Beispiel in Europa wird wahrscheinlich das WIR– Kreditkompensations- und Gutscheinsystem in der Schweiz - sein, das mittlerweile einen Umsatz von 50 Milliarden Schweizer Franken hat. Solche Gutscheinsysteme können zwischen Personen, zwischen Personen und Firmen und zwischen Firmen funktionieren. Bei Letzterem sind wir bei der Kreditkompensation. Beispiele dafür gibt es schon. Mit so einem System kann man ein innovatives Steuerungsinstrument für Sozialhilfe und Wirtschaftsförderung machen. Das Ganze ist also keine Spinnerei oder Träumerei, denn es gibt bereits Beispiele, bei denen es funktioniert. Gutscheinsysteme haben im Vergleich zum reinen Geldtransfer durchaus ihre Vorteile. Damit zu beginnen, einen kleinen Teil der Sozialtransfers abzuwickeln, ist etwas, was ohne große Investition und relativ schnell möglich ist. Wir sprechen hier durchaus von etwas Konkretem und nicht von einer Träumerei.

Der Beschlussantrag holt etwas weiter aus und spricht auch davon, wie heute die Geldschöpfung funktioniert. Das sind Themen, die man sich meistens nicht so vor Augen hält. Die Geldschöpfungsbefugnis, die eigentlich beim Staat lag, liegt heute de facto in privaten Händen, weil sämtliche staatliche Notenbanken mittlerweile den Banken selbst gehören. Es hat sich etabliert, dass alles Geld Schuld ist. Dem war bis vor einigen Jahren nicht so. Das nur, um sich einmal vor Augen zu halten, wohin sich das Geldsystem heute entwickelt hat. An dem wird Südtirol kaum etwas ändern können.

Zinsfreie, umlaufgesicherte, regionale Währungskreisläufe existieren und haben durchaus Vorteile bei Wert- und Preisstabilität und auch bei der Autonomie, vor allem bei der Frage, wie man Wirtschafts- und Sozialförderungen einsetzen will, unabhängig von globalen Finanzmarktentwicklungen. Ein Beispiel, das immer gerne zitiert wird, ist der "Chiemgauer" in Bayern, den es bereits seit langer Zeit gibt, und die "rete di mutuo credito in Italia", die übrigens auch die gesamte IT-Plattform zur Verfügung stellt und an der Basis des Sardex in Italien war. Der Sardex – das habe ich ja schon erwähnt – ist genauso gestaltet, wie ich es hier vorschlage. Der wirkliche Erfolgslauf begann dann, als die Regionalregierung Sardinien beschloss, zwanzig Millionen Euro an Sozialtransfers über den Sardex abzuwickeln. Barto-Systeme: In Italien ist das BXB aus Brescia bekannt, das durchaus Ähnlichkeiten aufweist und komplementär zu einem Gutscheinsystem gesehen werden kann. Das beste Beispiel ist die Währung WIR in der Schweiz.

Für Südtirol geht es darum, dieses regionale Gutscheinsystem in einer Arbeitsgruppe auszuleuchten, ein Modell zu erstellen und einen Testlauf zu machen. Wir sind also noch nicht soweit zu sagen: "Führen wir es ein." Bewerten wir es, da ich glaube, dass die Vorteile überwiegen und es nicht so viele sachliche Argumente gibt, um das hier abzukanzeln. Ein regionales Gutscheinsystem in Südtirol sollte idealerweise von

einer Genossenschaft verwaltet werden, an der sich das Land durchaus beteiligen kann, als zentrale Annahmestelle, aber auch als Trader, der die Kreditkompensation zwischen den Unternehmen vornimmt. Dieses Gutscheinsystems, das laut Abstimmung eines Südtiroler Portals den Namen "Minz" tragen könnte – diesen Namen finde ich sehr sympathisch – kann zu so etwas ausgebaut werden, wie es der Sardex in Sardinien ist, mit evidenten Vorteilen für unsere Autonomie, denn ein lokales wertstabiles Verrechnungssystem würde uns durchaus Vorteile bieten, vor allem für die lokalen Geschäfte, die Südtiroler Waren verkaufen. Natürlich könnte sich ein Steuervorteil ergeben, wenn die Unternehmen einen Teil der Waren und Dienstleistungen mit einem alternativen Gutscheinsystem verrechnen. Dies ist vordergründig zulässig, genauso wie jede Rabatt- oder Gutscheinitiative der privaten Geschäfte heute ja schon zulässig ist. Natürlich hat man die studi di settore zu beachten und natürlich muss die Arbeitsgruppe, die ich hier fordere, einen eventuellen weiteren Schritt zu einem Zahlungsmittel sehr gut durchleuchten. Dazu sind unsere normativen Voraussetzungen nicht gegeben bzw. zweifelhaft. Wenn es ein Zahlungsmittel ist, dann muss man natürlich durchleuchten, ob dieser Steuervorteil von der Agentur der Einnahmen überhaupt toleriert wird. Über allem gibt es die studi di settore, und deshalb sind diese Sachen durchaus zulässig. Hier ist sicher noch einige Arbeit zu leisten, die aber Finanzexperten in einer Arbeitsgruppe machen sollten. Ich würde anregen, die Leute von Human Economy, die mir bei diesem Beschlussantrag geholfen haben, einzuladen, da sie über ein fundiertes Wissen, auch von Seiten von Rechtsanwälten, die mit ihnen zusammenarbeiten, verfügen.

Was könnte man als Start in Südtirol machen? Man könnte einen Teil der sozialen Unterstützungsmaßnahmen über ein regionales Gutscheinsystem abwickeln. Als erstes würden einem hier die Mindestrente und die Zusatzrente einfallen. Wir wissen, dass die Wahlversprechen dahin gingen, dass wir die Mindestrenten und die Kaufkraft der Mindestrentner stärken wollen. Wenn wir an der Mindestrente arbeiten und eine Zusatzrente einführen, dann wissen wir, dass der Staat seine Quote zurückfordern würde. Schlussendlich würde es ein Unsummen-Spiel sein. Mit einem Voucher- bzw. Gutscheinsystem wäre das aber durchaus zu schaffen. Man könnte Synergien mit dem Family-Plus, also mit dem Familiengeld und mit den Kita-Beiträgen finden. Man könnte die Arbeitslosenunterstützung teilweise so austragen und das soziale Mindesteinkommen so sichern. Wenn das Land mitspielt, könnte man durchaus die Bezahlung von Teilen der Stromrechnungen oder auch des Tickets beim Sanitätsbetrieb ins Auge fassen. Ich glaube, dass das Amt für Gesundheitsökonomie ein gewisses Interesse haben könnte, ...

PRÄSIDENT: Kollege Köllensperger, darf ich Sie kurz unterbrechen? Ich möchte die Papis und Mammis mit den Kindern recht herzlich in der Aula begrüßen. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass die Tribüne nur für 36 Leute kollaudiert ist, weshalb ich Sie bitte, sich aufzuteilen, damit wir nicht eine Überlastung haben. Außerdem würde ich Sie bitten, ein bisschen leiser zu sein, denn sonst können wir uns nur sehr schwer verständigen und die Arbeiten fortsetzen.

Kollege Köllensperger, bitte.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Danke, Herr Präsident!

Die Mindestrenten könnten, wie gesagt, davon profitieren, und so könnte man das Wahlversprechen der Erhöhung der Mindestrenten einlösen. Damit hätten wir ein effizientes Mittel, um die Mindestrenten bzw. die Kaufkraft der Mindestrentner zu erhöhen, ohne dass der Staat seine Quote zurückfahren würde. Ich glaube, dass das mit einem überschaubaren Aufwand verbunden wäre und mit der Steuerung über das Assessorat für Soziales oder für Wirtschaft erfolgen könnte. Meines Erachtens würde es dazu beitragen, dass regionale Kreisläufe treffsicher gestärkt werden und Kapitalflucht von Sozialtransfers ins Ausland unterbunden wird. Auch gäbe es die Möglichkeit, soziales und kulturelles Engagement zu honorieren.

Zu was verpflichtet dieser Beschlussantrag? Zunächst einmal eigentlich nur dazu, in den nächsten sechs Monaten eine Arbeitsgruppe einzurichten, die einen Konzeptvorschlag für dieses Gutscheinsystem ausarbeitet und die rechtlichen Möglichkeiten auslotet, wie weit wir überhaupt gehen können. Anschließend sollte ein Testlauf dieser Südtiroler Regionalwährung durchgeführt werden, wobei das Regiogeld in einem ausgewählten Zielbereich zum Einsatz kommen könnte.

Gutscheinsysteme, Kreditkompensationssysteme und Zahlungsmittel sind drei Aspekte, die parallel und auch unabhängig voneinander existieren können. Beim Zahlungsmittel bestehen durchaus Zweifel, ob wir hier die normativen Grundlagen haben, aber wohl eher nicht. Gutscheinsysteme und Kreditkompensationssysteme sind hingegen möglich, und diese gibt es auch schon. Der Sardex ist, wie erwähnt, ein Bei-

spiel, wie es funktionieren kann. Wie könnte das starten? Als multilaterale Kreditkompensation, eventuell auch euregiowweit. Dieser zentrale Trader, an dem sich das Land beteiligen könnte, könnte die zentrale Anlaufstelle des Bartosystems für die Kredite der Firmen sein. Das wäre durchaus eine dritte Säule für die Liquidität der Mittel der Firmen, die auf dem Markt mittlerweile ziemlich Probleme haben. Die Genossenschaft würde aus Mitgliedern bestehen, die mit diesem Regiogeld und Gutscheinsystem verkaufen, ohne Gewinnabsichten, eventuell auch als PPP-Projekt, die momentan ja ziemlich in Mode sind. Auch CONFIDI könnte hier mitspielen. Ich sehe das übrigens nicht als eine Konkurrenz zur Kreditvergabe der Banken, sondern bestenfalls als Ergänzung. Als Kompensationssystem hätte es den positiven Effekt, dass der Anteil an faulen Krediten zurückgestuft wird. Landesbetriebe könnten und sollten mitmachen. Die Kaufkraft würde im Land bleiben und ein innovatives Steuerungsinstrument für die Wirtschaftsförderung und die Sozialtransfers im Land entstehen. Ich glaube, dass es wert ist, zumindest darüber nachzudenken, und hoffe auf eine rege Debatte und dass dieser Beschlussantrag mit der Seriosität behandelt wird, die er sich verdient. Danke!

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Der Kollege Köllensperger hat mehrmals vorausgeschickt, dass es sich hier nicht um ein Monopoli-Spiel handelt. Ich glaube, dass es sich sehr wohl um ein seriöses Anliegen handelt. Wer sich damit befasst hat, der weiß, dass solche Regionalwährungen einen durchschlagenden Erfolg haben. Das gilt auch für den Sardex, der schon erwähnt wurde. In diesem Zusammenhang gibt es vor allem die Absicht, eine bestimmte Erhaltung der Kaufkraft zu haben und den Wert des Geldes im Umlaufverfahren, das stattfinden muss, zu erhalten. Genau dieses Umlaufverfahren hat bringt einige Probleme mit sich, denn da gibt es dann dieses Entwertungssystem. Wenn man das Geld weitergibt, dann verliert es an Wert oder wie auch immer. Es gibt verschiedene Systeme, damit garantiert ist, dass dieser Regionalgutschein nicht gehortet wird. Wenn man den Gutschein nicht verwendet, dann gibt es ja einen Zwangsverlust. Damit soll garantiert werden, dass dieses Geld nicht zu Spekulationszwecken gehortet wird, sondern dass es tatsächlich zu Konsumationszwecken in Umlauf gehalten wird. Wenn man eine entsprechende Methodik findet, dann wäre es durchaus sinnvoll. Mit diesem Beschlussantrag wird ja nicht gefordert, es heute oder morgen einzufordern, sondern es wird lediglich gefordert, das System auf unsere Realität herunterzubrechen und zu schauen, ob es bei uns möglich wäre. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir eine Tourismusregion sind, in die viel Geld von außen hereingetragen wird. Uninteressant ist es auf alle Fälle nicht. Rechtlich gesehen ist es auf jeden Fall anwendbar und umsetzbar. Es stellt sich die Frage, ob es bei uns einen positiven Effekt für den Erhalt der Kaufkraft und für eine Ankurbelung des regionalen Wirtschaftskreislaufes gibt. Ob das ausdehnbar wäre, weiß ich nicht, wobei es mit den beiden rechtlichen Realitäten Trentino und Südtirol sicher möglich wäre.

Auf alle Fälle ist dieser Vorschlag sehr interessant, und ich werde diesem Beschlussantrag zustimmen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Was hier recht technisch vorgetragen wurde und sich etwas schwierig liest, ist in Wirklichkeit ein spannendes Modell, um aus größeren Finanzsystemen auszusteigen. Es wurde vielerorts schon erprobt, und man muss es als das sehen, was es ist, nämlich eine Art anders aufgezoogene Zeitbank. Es hört sich immer an wie eine Spielerei oder eine Abschottung oder ein Rückzug auf das Lokale, aber das ist es in Wirklichkeit nicht. Da, wo es erprobt wurde, hat man gesehen, dass ganz neue Kreisläufe neue soziale Austauschsysteme in Gang gekommen sind. Man investiert also in das, was vor Ort geleistet wird und ausgetauscht werden kann. Das ist die einfache Übersetzung einer Operation, die natürlich viele praktische Aspekte mit sich bringt: Wie verzahnt man diese regionale Währung mit der allgemeinen Währung, mit den verschiedenen Systemen der Förderung usw.? Da gibt es diverse Ansätze. Das, was auf jeden Fall sehr positiv ist, ist, dass man sich rückbesinnen kann, wie sehr wir dafür verantwortlich sind, wie Wirtschaft und ein Finanzsystem gestaltet wird. Im Großen haben wir natürlich sehr wenig Spielraum, aber im Kleinen können wir uns diesen Spielraum nehmen, und das ist das Interessanteste an Regionalgeld-Konzepten. Deshalb haben auch immer schon ökologische Bewegungen dieses Thema pioniermäßig aufgezoogen und Versuche gestartet. Es hat immer dann gut funktioniert, wenn es von vielen getragen wurde. Ich weiß nicht, wie es in einer größeren Region oder mit einer grenzüberschreitenden Maßnahme auswirken würde. Das Konzept auszuprobieren und diesen Weg in unserer Region zu beschreiten, fänden wir auf jeden Fall sehr interessant. Deshalb werden wir diesem Beschlussantrag gerne zustimmen.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Ich möchte an das anschließen, was der Kollege Köllensperger in seiner Einführung gesagt hat. Es stimmt, dass wir bereits in der vorhergehenden Legislatur einen ähnlichen Beschlussantrag zwecks Einführung von Gutscheinen eingebracht haben, vor allem, was die Problematik der Einwanderer betrifft, also dass das Geld nicht in die Ursprungsländer geschickt wird, sondern im einheimischen Kreislauf bleibt. Ich kann mich gut daran erinnern, dass der damalige Landesrat Theiner gemeint hat, dass das ein interessantes System wäre, das es zu prüfen gilt. Jetzt wollte ich nachfragen, ob man so eine Prüfung bereits gemacht hat - es ist doch einige Jahre her -, effektiv ein Gutscheinsystem einzuführen. Wie ist der Stand der Dinge?

Für uns sind einige Fragen offen, weshalb wir uns der Stimme enthalten werden, Kollege Köllensperger.

Wie gesagt, plant man ein Gutscheinsystem zwecks Treffsicherheit vor allem in Bezug auf die Einwanderungsfrage einzuführen?

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Meine Vorredner haben bereits Beispiele genannt, bei denen derartige Ersatzwährungen oder Tauschwährungen recht gut funktionieren. Ich glaube, dass so etwas durchaus Sinn machen würde. Wir haben im Landtag ja bereits mehrfach darüber diskutiert, ob die Landesregierung ihre Förderungen, die sie bisher ja in monetärer Form auszahlt, nicht beispielsweise vermehrt in Form von Gutscheinen auszahlen könnte. Ich denke an das klassische Beispiel der Mietbeihilfe oder an die Stromrechnung. Warum sollte man einen gewissen Anteil nicht in Form eines Gutscheins ausbezahlt bekommen, der dann bei der Stromgesellschaft eingelöst werden kann? Das wären Bereiche, in denen so etwas Sinn machen würde.

Skeptisch bin ich hingegen in Bezug auf die Geschichte, dass die Währung praktisch im eigenen Land bleibt. Das ist etwas, was weder unserem Land gut tut, noch für die Wirtschaftlichkeit des Landes sinnvoll ist. Wir sind ein Tourismusland. Wenn plötzlich alle Gäste denken würden, dass sie in Südtirol nichts mehr kaufen, dann könnte Südtirol sehr schnell einpacken. Wenn die Vase in Südtirol hergestellt würde, dann würde das ja einen Sinn machen, aber wenn sie in Thailand produziert wird und es sie in ganz Europa zu kaufen gibt und man mit dem Gutschein die Vase nur in Südtirol kaufen kann, obwohl sie dort zehn Euro mehr kostet als beispielsweise in Innsbruck, dann ist weder dem Produzenten der Vase noch dem Konsumenten geholfen. Wennschon, dann müsste ein solches Projekt im Sinne der Europaregion gestaltet werden. Ich bin froh, dass wir die Lira nicht mehr haben, sondern dass wir in Innsbruck und Bozen dieselbe Währung haben. Hier eine Art Ersatzwährung aufzubauen, die wieder nur einschränkend auf einen Teil anwendbar wäre, halte ich nicht für zielführend, aber diese Gutschein bezogene Förderung von Seiten des Landes würde in vielen Bereichen einen Sinn ergeben und wäre daher auch unterstützenswürdig. Wir stimmen also jenem Teil zu, der die Prüfung einer solchen Zusatzwährung vorsieht. Es ist wert, dass man so etwas prüft. Dann sieht man ja, welche gesetzlichen Möglichkeiten man hat, so etwas eventuell auf die Europaregion Tirol auszuweiten.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Komplementärwährungsmodelle bzw. Projekte mit verschiedensten Formen hat es in Vergangenheit sehr oft gegeben, auch aus verschiedensten Gründen. Seit 2002 gibt es in Deutschland circa 40 Regionalwährungen. Viele dieser Projekte sind inzwischen schon wieder versandet oder eingeschlafen. Der genannte "Chiemgauer" – die erfolgreichste Regionalwährung – hat einen Anteil am Währungsumsatz der betroffenen Region von 0,001 Prozent. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen. Das erfolgreichste Projekt findet in Wirklichkeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es wird immer wieder auf das Wunder von Wörgl verwiesen – das war nach der großen Wirtschafts- und Finanzkrise -, wo der Bürgermeister der Stadt Wörgl aufgrund der Zahlungsunfähigkeit seine Mitarbeiter bezahlt hat, indem er ihnen Gutscheine gegeben hat. Das hat eine Zeit lang funktioniert. Die Regionalwährung hat ja den Sinn, regionale Kreisläufe zu stützen und zu stärken, ein Ziel, das durchaus geteilt wird. In Vergangenheit hat es sich aber als wenig wirksam erwiesen. Interessant ist, dass inzwischen die Vertreter der Regionalwährungen sagen, dass das daran liege, dass man als Einsatzgebiet zu klein sei, um sich durchsetzen zu können. Auch die Umtauschgarantie ist gegeben. Deshalb auch dieses Wertminderungssystem, was dann natürlich wieder dazu führt, dass die Leute das gerne nicht haben. Zuerst leiht man 10 Euro, muss aber nur 9 Euro zurückgeben. Diese Logik muss man den Menschen erst einmal erklären. Das ist notwendig, damit das Geldhorten vermieden wird und ein Umtausch stattfindet. Dann sagt man, dass man den Umtausch dadurch herstellen könnte, indem man größere Einzugsgebiete schafft. Ich sage einmal

salopp, dass wir das schon gemacht haben, denn wir haben die europäischen Regionalwährungen in den Euro umgewandelt. Die Idee ist in Bezug auf das Ziel, regionale Kreisläufe zu schützen, zwar grundsätzlich nachvollziehbar, ist aber in seiner Umsetzung bisher ... Kollege Stocker, wir können nur schauen, was europaweit stattfindet und mit wie viel Erfolg das letztlich auch langfristig umgesetzt wird. Der Erfolg hat sich nicht eingestellt, abgesehen davon, dass wir auch in Bezug auf die fiskalischen Aspekte einige Besonderheiten zu berücksichtigen hätten, was die Besteuerung der Transaktionen anbelangt. Wir haben steuermäßig ja eine abgeleitete Finanzierung.

Aus diesen Gründen stimmen wir diesem Beschlussantrag nicht zu. Wir stimmen aber dem Ziel zu, regionale Kreisläufe noch stärker zu schützen. Das Thema der Voucher ist noch einmal ein anderes. Wir verfolgen das Ziel, Menschen für Leistungsbezug Gutscheine zu geben.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich habe mir natürlich die verschiedenen Modelle von Regiogeld angesehen. Es war oft auch in den Händen von Leuten, die eher einen philosophischen und nicht unbedingt einen unternehmerischen Ansatz hatten. Das trug natürlich dazu bei, dass es vom unternehmerischen Gesichtspunkt nicht unbedingt alles Erfolgsmodelle waren. Wenn man aber die Sache professionell aufgezogen hat, wie im Falle des Sardex, der, wie gesagt, von Banca Sella gekauft worden ist, dann haben sie durchaus funktioniert. Das beste Beispiel ist der WIR in der Schweiz, der sehr gut funktioniert. Warum hat der Sardex funktioniert? Weil die Regionalregierung Sardiniens beschlossen hat, einen Teil der Transferleistungen mit diesem System abzuwickeln. Dadurch hat sich dieses System etabliert und ist gewachsen. Der größte und erfolgreichste Teil des Sardex ist die Kreditkompensation zwischen den Unternehmen und wurde gerade deshalb zu einem Unternehmen, das nicht nur die regionalen Kreisläufe gestärkt hat, sondern auch als Genossenschaft selber sinnvoll gearbeitet hat. Ich glaube, dass das Genossenschaftsmodell mit einer Teilnahme des Landes Südtirol durchaus sinnvoll wäre. Das wäre eine sinnvolle Ergänzung zu Initiativen, die das Land bereits macht: Mietbeiträge, Wohngeld, Family-Plus-Paket. Natürlich braucht es eine Arbeitsgruppe, die einen Konzeptvorschlag macht und vor allem die fiskalischen Aspekte beleuchtet.

Ich verstehe die Zweifel, aber ich glaube, dass ein Antrag, der im Grunde genommen nur fordert, dass eine Arbeitsgruppe einen Konzeptvorschlag erarbeiten soll, durchaus die Unterstützung verdient. Dann könnte man über den Konzeptvorschlag diskutieren und gegebenenfalls ablehnen oder weiterführen. Das von vorneherein abzulehnen, bevor überhaupt ein ausgefeilter Vorschlag auf dem Tisch liegt, ist verfrüht. Die Sache verdient es, etwas mehr vertieft zu werden. Deshalb hoffe ich auf Unterstützung dieses Antrages.

Danke!

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab, und zwar nach getrennten Teilen.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 5 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles: mit 8 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 5 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 9 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 763/17 vom 20.4.2017, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend Unterkünfte für getrennte Väter**".

Punto 9) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 763/17 del 20/4/2017, presentata dal consigliere Urzì, riguardante alloggi per padri separati**".

In Italien wächst die Zahl der Trennungen und Scheidungen ständig. Parallel dazu steigt auch die Zahl der getrennten Väter, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind und ihr Leben umwälzen müssen. Die eheliche Wohnung wird in der Regel dem Elternteil zugewiesen, dem das Sorgerecht für die minderjährigen Kinder zugesprochen wird. In den meisten Fällen ist das die Mutter, auch wenn kürzlich ein Gesetz zum gemeinsamen Sorgerecht verabschiedet wurde. Der Vater muss natürlich auch für den Unterhalt der Kinder sowie der Ex-Frau aufkommen, wenn diese nicht finanziell unabhängig ist.

Die Kosten für ein zuvor aufgenommenes wohnungswirtschaftliches Darlehen, für den Unterhalt und für den Aufbau eines neuen Lebens (Miete, Spesen) führen in vielen Fällen zu großer wirtschaftlicher Unsicherheit und Armutrisiko. Hinzu kommt noch, dass wer keinen angemessenen Wohnraum zur Verfügung hat, auch weniger Chancen hat, die eigenen Kinder kontinuierlich zu sehen und bei sich unterzubringen.

In letzter Zeit haben verschiedene Verwaltungen auf Regional- und Gemeindeebene begonnen, sozialpolitisch zu intervenieren, um getrennte Eltern zu unterstützen – und dabei sind nicht unbedingt die Väter gemeint. Es handelt sich um Beihilfen bei der Suche nach einer vorübergehenden Unterkunft oder um die Möglichkeit Unterhaltskosten abzuziehen, um in eine niedrigere Einkommensklasse eingestuft zu werden und entsprechende Zuschüsse zu erhalten. In Rom wurde ein Kondominium der Väter gegründet, das sich aus 20 Wohneinheiten zusammensetzt. Diese bestehen aus einer Kochnische, einem kleinen Wohnzimmer mit Fernseher, einem Zimmer und einem Bad mit Waschmaschine. Die Mietdauer ist auf ein Jahr beschränkt und der Mietbeitrag beläuft sich auf 200 € pro Monat. Auch in Mailand ist ein solcher Gebäudekomplex geplant. Dieser besteht aus 160 Wohnungen und Gemeinschaftsräumen wie eine Mensa, eine Bibliothek und Gärten. In der lombardischen Hauptstadt wurden einigen Vätern unentgeltlich Wohnungen zur Verfügung gestellt, die der organisierten Kriminalität beschlagnahmt wurden, sofern die Väter selbst die Renovierung übernehmen.

Von dieser schwierigen Lage bleibt auch Südtirol nicht verschont. Dringlichkeitsmaßnahmen sind notwendig, die den hilfsbedürftigen Südtiroler Vätern unter die Arme greifen, auch wenn nur vorübergehend. Das ganze sollte von den lobenswerten Initiativen der ehrenamtlichen Vereine begleitet werden.

Dies alles vorausgeschickt und berücksichtigt,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. Weiterhin wichtige Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um getrennte Eltern zu unterstützen und ihnen ein würdiges Dasein sicherzustellen, das für die Ausübung der Elternrolle unerlässlich ist;
2. Zusammen mit dem Wohnbauinstitut angemessene Wohnlösungen für getrennte Väter vorzusehen, die den Schutzbedürfnissen von normalerweise nicht zusammenlebenden Eltern und Kindern gerecht werden;
3. Dafür zu sorgen, dass alle oder auch nur einige der 12 leer stehenden Wohnungen in der Landesberufsschule für soziale Berufe „E. Lévinas“ am Nikoletti-Platz in Bozen (an der nur 6 von den 18 Wohnungen von Studenten besetzt sind) getrennten und hilfsbedürftigen Vätern als Notunterkünfte zur Verfügung gestellt werden.

Il numero delle separazioni e dei divorzi in Italia è in costante aumento e parallelamente è in aumento il numero dei padri separati molti dei quali si trovano ad affrontare gravi se non gravissime difficoltà economiche e di riorganizzazione della propria vita. L'abitazione coniugale di norma viene infatti assegnata al genitore affidatario dei figli minori, che quasi sempre è la madre, nonostante recentemente sia stata approvata la legge sull'affido condiviso. Il padre deve farsi doverosamente carico anche dell'assegno di mantenimento per i figli ma anche per la ex moglie se questa non risulta economicamente autosufficiente.

La somma del vecchio mutuo, in molti casi, e del mantenimento oltre alle spese per iniziare una nuova vita (affitto, utenze) creano situazioni di grande precarietà economica con il rischio di lambire la soglia della povertà, senza considerare che l'indisponibilità di un'abitazione decorosa, preclude la possibilità di accogliere e vedere in modo continuativo i propri figli.

Negli ultimi tempi diverse amministrazioni regionali e comunali hanno iniziato ad inserire tra le voci della propria politica sociale quella di assistenza ai genitori separati, non necessariamente i padri, con interventi atti a facilitare la ricerca di un alloggio temporaneo in attesa di una sistemazione definitiva o permettendo la detrazione delle spese di mantenimento, in modo da raggiungere livelli di reddito più bassi a ottenere gli aiuti disponibili per tali fasce.

A Roma è sorto il Condominio dei papà, un complesso di 20 alloggi, costituiti da angolo cottura, saloncino con tv, camera e bagno con lavatrice, accessibile con un contributo di 200 euro al mese per il tempo massimo di un anno. Anche a Milano è in fase di progettazione una struttura con 160 appartamenti e spazi comuni, come mensa, biblioteca, giardini, mentre sempre nel capoluogo lombardo alcuni padri hanno ottenuto in comodato gratuito alcuni appartamenti sequestrati alla criminalità organizzata, a patto che provvedessero essi stessi a ristrutturarli.

La situazione di disagio non risparmia ovviamente la nostra provincia: sono quindi opportuni interventi urgenti che possano sostenere i tanti padri altoatesini alle prese con situazioni difficili, ancorché temporanee, affiancando iniziative meritorie avviate dall'associazionismo.

Tutto questo premesso e considerato

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna la Giunta provinciale

- 1. a continuare a prevedere, con mezzi sempre più importanti, la realizzazione di interventi di sostegno ai genitori separati assicurando loro la possibilità di un'esistenza dignitosa, presupposto necessario per l'esercizio del loro ruolo genitoriale;*
- 2. a prevedere, anche di concerto con l'Ipes, soluzioni abitative adeguate a favore dei padri separati, che tengano conto della necessità di tutelare il rapporto tra genitori e figli non abitualmente conviventi;*
- 3. a prevedere che, considerato che presso l'Istituto di Economia domestica Levinas di piazza Nikoletti a Bolzano sono disponibili 18 appartamenti, e che di questi solo 6 risultano occupati da studenti, che i 12 appartamenti liberi – o una parte di essi, siano adibiti ad alloggi di emergenza da assegnare a padri separati in gravi difficoltà abitative.*

Herr Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Questa mozione intende sensibilizzare su un tema, che è già stato frequentemente oggetto di dibattito sia in Consiglio provinciale che nell'opinione pubblica, riguardo alle difficoltà connesse alla fase di transizione a cui sono spinte le persone che si trovano a dover affrontare il difficile percorso della separazione, percorso costellato di difficoltà di ordine pratico oltre a quelle di ordine sentimentale. Ordine pratico in conseguenza a una serie di obblighi e doveri definiti con chiarezza dall'ordinamento e connessi alle garanzie di mantenimento dei figli attraverso gli assegni da garantire in seguito a sentenze dei tribunali al coniuge separato, al quale vengono assegnati i figli, ciò a prescindere dall'approvazione della recente legge sull'affido condiviso, che dal punto di vista pratico e organizzativo lascia ancora molti aspetti insoluti. Una delle difficoltà più significative per un genitore separato – abbiamo scritto padre separato, ma il ragionamento deve essere generale e non può essere ristretto solamente a un solo genere – è legata al doversi organizzare la vita e quindi dover trovare un alloggio, dato che normalmente l'alloggio in cui viveva il nucleo familiare, per sentenza del tribunale ma anche per logica, viene assegnato al coniuge a cui vengono affidati i figli. Quindi il percorso comincia con il dover trovare un alloggio adeguato alle proprie esigenze, garantirne il pagamento, tenendo conto anche dell'esborso economico per il mantenimento del coniuge e dei figli. Sostanzialmente è necessaria una riorganizzazione generale della propria vita.

In alcune realtà virtuose a livello nazionale, ma esistono esempi importanti anche al di fuori dei nostri confini e indubbiamente anche in provincia di Bolzano, ci si è mossi nella direzione di offrire soluzioni temporanee di assistenza e di riorganizzazione della propria vita per il coniuge separato e questo attraverso un sussidio, un sostegno da parte della Provincia e delle istituzioni pubbliche, che dovrebbe consistere nella messa a disposizione di un alloggio il cui canone sia calcolato in base alle disponibilità economiche, detratte le somme che servono a garantire il pagamento dell'assegno di mantenimento. Ci sono altri strumenti, come interventi temporanei di natura economica, affinché questa prima fase possa essere affrontata se non con una maggiore serenità, almeno con la possibilità di un ritorno graduale alla vita ordinaria.

Questa mozione ha l'intenzione di proporre degli interventi mirati ed è divisa in tre punti che riassumo: innanzitutto si vuole impegnare la Giunta provinciale a continuare a prevedere con mezzi sempre più importanti la realizzazione di interventi di sostegno ai genitori separati, assicurando loro la possibilità di un'esistenza dignitosa, presupposto necessario per l'esercizio del ruolo genitoriale che dopo la separazione

non si perde, anzi dopo l'approvazione della legge sull'affido condiviso è un ruolo che viene ritarato e riorganizzato, ma deve essere garantito a tutela non solo del coniuge separato ma soprattutto dei figli.

In secondo luogo si impegna la Giunta a prevedere anche di concerto con l'IPES soluzioni abitative adeguate a favore dei padri separati, che tengano conto della necessità di tutelare il rapporto tra genitori e figli non abitualmente conviventi. La possibilità poi di poter garantire un percorso di condivisione dell'affido o la custodia e la cura dei figli, nasce dalla garanzia di poter mettere a disposizione un alloggio. Un genitore separato che si trova in una situazione di difficoltà oggettiva, che non ha disponibilità economiche perché deve rispettare il suo obbligo di pagamento degli alimenti al coniuge separato e di mantenimento dei figli e che non ha la possibilità di poter entrare in un alloggio la cui metratura e le cui caratteristiche siano adeguate ad ospitare i figli, paradossalmente deve rinunciare ad accoglierli nel periodo che la legge o la sentenza del giudice gli garantirebbe; non può tenerli il finesettimana perché l'alloggio è troppo piccolo o perché magari è dovuto tornare a casa dei genitori, in un alloggio non adeguato e senza gli spazi opportuni. Questo incide sulla possibilità di poter assistere e curare i propri figli nonostante la sentenza favorevole. Quindi a prevedere questi interventi anche di concerto con l'IPES per un intervento temporaneo – abbiamo citato i casi di microalloggi che però abbiano gli spazi adatti a ospitare i figli – durante le prime fasi di riorganizzazione della vita.

Infine nel terzo punto, considerato che presso l'Istituto di economia domestica Levinas di piazza Ninkoletti a Bolzano sono disponibili 18 appartamenti, di cui solo 6 risultano occupati da studenti e 12 liberi, si impegna la Giunta a prevedere che almeno una parte di essi siano assegnati a padri o genitori separati in gravi difficoltà abitative. Riteniamo che sia una soluzione che potrebbe essere applicata in brevissimo tempo, data la disponibilità già esistente della struttura. È una misura concreta che va a integrare i primi due punti della mozione. Chiedo la votazione separata dei tre punti della parte deliberativa, affinché li si possano considerare in forma distinta e considerare il terzo punto come integrativo rispetto ai due precedenti.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Wir können diesem Beschlussantrag einiges abgewinnen. Auch Männer bzw. Väter können durch eine Trennung in eine schwierige Situation geraten. Deshalb ist es richtig, hier unterstützend einzuwirken.

In Punkt 3 schlägt der Kollege Urzì bereits ein bestimmtes Haus vor, wobei ich nicht weiß, ob das gut ist oder nicht. Deshalb ersuche ich um eine getrennte Abstimmung über Punkt 3. Die anderen Punkte gehen für uns in Ordnung.

TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei): Io condivido lo spirito della mozione, però purtroppo non possiamo approvare i diversi punti per una serie di ragioni che proverò a spiegare. Ovviamente ci siamo accorti anche noi che uno dei fenomeni che esistono in maniera sempre più marcata nella società è non solo l'aumento dei divorzi e delle separazioni, ma soprattutto le conseguenze sociali che comporta. Vediamo che ci sono situazioni di difficoltà di tipo economico che si sommano alle difficoltà sociali di ricostruzione di un percorso di vita personale. Anche quando si ha un lavoro e uno stipendio, la separazione può portare in alcuni casi a difficoltà economiche, se poi c'è di mezzo un alloggio condiviso uno dei due genitori può trovare difficoltà. In caso di separazione statisticamente avviene più spesso che sia l'uomo ad essere in difficoltà abitativa, ma non è un regola generale, decide il giudice di volta in volta considerando le condizioni della famiglia. Questo è un fatto privato che ha però anche riflessi pubblici, perché dove c'era una casa, un appartamento, una famiglia c'è l'esigenza di un ulteriore alloggio ed effettivamente ci sono alcune contraddizioni o alcuni elementi rispetto ai quali la legge originariamente non aveva tenuto conto, come per esempio quello di poter avere il sussidio-affitto nel caso in cui si abbia una casa di proprietà. Si può risultare proprietari o comproprietari di una casa che però non si ha la possibilità di abitare perché c'è stata una separazione ed è stata assegnata a uno dei coniugi e facendo domanda ai distretti per un contributo, il reddito risulta alto e si risulta proprietari di una casa, ma di fatto una parte di quel reddito va all'ex nucleo familiare e non si ha la possibilità di accedere a un contributo. Questo tema però non riguarda solo i padri separati, ma riguarda le coppie in generale quando si separano e quindi c'è una sensibilità, tanto è vero che alcune cose sono state fatte anche in termini abitativi perché da qualche anno l'IPES ha assegnato alcuni alloggi a Bolzano al centro ASDI, il cento di assistenza separati e divorziati e anche centro di mediazione familiare. Questi alloggi vengono gestiti dall'ASDI perché si è visto che in alcuni casi la situazione di separazione o divorzio può durare per tutta la vita, solo per alcuni mesi, oppure si forma una nuova

famiglia. Dalle statistiche risulta che una parte dei nuclei famigliari che si dividono formano poi nuove famiglie. Spesso l'esigenza di questi alloggi è un'esigenza temporanea e quindi l'ASDI mette a disposizione questi alloggi – dati dall'IPES all'ASDI – e allo stesso tempo offre un servizio di orientamento, di supporto psicologico e di sostegno che è altrettanto importante anche rispetto ai figli perché per esempio nelle case-albergo non c'è la possibilità di portare i figli. E l'affidamento congiunto dei figli è un ulteriore tema. Come il primo punto riconosce, si è fatto e si vuole andare avanti ma il problema sono le parole “con mezzi sempre più importanti” perché in questo momento non siamo in grado di garantire che vengano messi a disposizione mezzi più importanti *ex ante*, anche perché a fronte di questo fenomeno delle separazioni e in particolare dei padri separati che è in aumento esistono nella società, e in questo Consiglio viene sottolineato spesso, altre tipologie di famiglie e o situazioni personali che 20, 30, 40 anni fa erano pressoché inesistenti e oggi sono molto presenti. Per esempio quello delle mamme sole è un altro tema che è stato sottoposto al Consiglio. Gli anziani soli sono un altro fenomeno contemporaneo che magari una volta non c'era o era meno diffuso perché l'anziano veniva accudito nell'ambiente famigliare. Quindi padri separati o soli, ma anche madri che allevano da sole i propri figli, anziani, sono tutte nuove forme di nuclei monofamigliari che esistono nella società e che dobbiamo prendere in considerazione e dobbiamo bilanciare le varie esigenze. In passato abbiamo respinto altre mozioni che riguardavano madri sole o separate, non perché non sia un tema fondamentale anche quello, ma perché se la coperta è una non possiamo dare l'impressione che la spostiamo di volta in volta sul problema su cui si accendono i riflettori. Dobbiamo affrontare complessivamente questo tema anche perché cambiando le graduatorie e i punteggi qualcuno avrà più alloggi e qualcuno ne avrà meno e chi ne avrà meno farà un intervento, anche giusto, dicendo che sono stati diminuiti gli alloggi per anziani, per esempio. Spero che nella nuova legge, che è in fase di elaborazione e che sarà discussa nei prossimi mesi, questo tema venga affrontato nel complesso, dicendo che non c'è solo la famiglia classica, ma ci sono vari cambiamenti possibili nel corso della vita e dobbiamo dare un'opportunità a tutte le varie fasi della vita delle persone. Per quanto riguarda il secondo punto, come dicevo esiste questo progetto e sarebbe interessante farne il punto anche con il dott. Cirimbelli, per capire come sta funzionando perché inizialmente su richiesta dell'ASDI erano stati assegnati degli appartamenti multipli e poi si è visto che era meglio avere dei minialloggi e quindi è stato riconvertito in minialloggi. L'idea è quella di non destinare degli edifici tutti a una tipologia di esigenza sociale e familiare, ma distribuire in termini di mixing sociale le persone con le loro esigenze nei vari contesti in modo che si formi anche una rete di comunità.

Sul terzo punto, quell'edificio è stato già destinato dalla delibera della Giunta del 18/4/2017 a un progetto di co-housing – mi impegno e prendo casa – a favore dei giovani, che è un'altra tipologia che ricorre. Giovani che non sono bamboccioni ma che fanno fatica ad uscire dal nucleo famigliare perché affittare un alloggio sul mercato libero è problematico. Il tema dei padri separati è un tema importante, decisivo però non ce la sentiamo di approvare oggi una mozione specifica su questo per poi approvarne domani una sulle madri separate poi una sui giovani, ecc. perché rischieremmo per ogni tipologia di creare aspettative di maggiori risorse. Dobbiamo prevedere un ragionamento complessivo che preveda per tutte queste tipologie di nuove famiglie opportunità e possibilità. Questo è il motivo per cui, pur condividendo lo spirito dell'iniziativa, riteniamo opportuno non votarla.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Una domanda all'assessore: ho seguito con attenzione il filo del Suo ragionamento. Lei ha fatto riferimento anche al futuro disegno di legge proposta di riforma dell'edilizia sociale; siccome compito della politica è quello di una dare soluzione al problema e l'assessore Tommasini ha condiviso che esistono tanti problemi alla pari, posso anche concordare sul filo del ragionamento. Si sente di dire che entro questa legislatura saranno poste le basi perché si possano individuare le opportune soluzioni a una pluralità di problemi – padri separati, anziani, situazioni di difficoltà di vario altro genere?

Se c'è questa disponibilità, io sono il primo a chiedere la sospensione della trattazione della mozione. La rinviemo agli ultimi due mesi della legislatura e, laddove si fosse creato quel ventaglio di opportunità e di risposte, la mozione non avrebbe più senso e io sarò lieto di ritirarla. Chiedo quindi se posso sospendere le mozioni con la certezza che prima della fine della legislatura questo pacchetto di misure arriverà? Perché se non dovesse arrivare allora il problema politico rimarrebbe e questa mozione avrebbe il dovere di essere proposta. Spero di avere risposta in modo da poter decidere come agire.

TOMMASINI (assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere edili e patrimonio - Partito Democratico - Demokratische Partei): È anche il mio auspi-

cio che entro la fine della legislatura il Consiglio possa affrontare questo tema, perché nonostante la legge e la politica abitativa della Provincia abbiano negli anni investito moltissimo, a mio avviso c'è bisogno di un adeguamento proprio per dare gli strumenti ai vari attori, fra cui anche l'IPES, per far fronte alle nuove esigenze sociali. Quindi auspicarei che si discutesse una nuova legge entro la fine della legislatura che ponesse le basi per dare gli strumenti all'IPES, ma anche gli strumenti legislativi per aumentare quei progetti che chiameremo anche di mixing sociale per introdurre gli strumenti per l'acquisto e l'affitto che possano andare incontro a nuove tipologie di famiglie che si sono sviluppate negli ultimi anni e che hanno bisogno di pensare a nuove soluzioni.

Direi che su questo possiamo prendere l'impegno di presentare entro la fine della legislatura questo testo, nel quale, magari non facendo l'elenco delle categorie ma individuando l'esigenza di introdurre questi percorsi per le nuove tipologie familiari, si possano dare alcune delle risposte. Direi anche che sarebbe comunque il caso di fare il punto rispetto all'esperienza fatta per esempio da ASDI su come funzionano nella pratica questi modelli che sono già in essere, quali problematiche ci sono e quali miglioramenti si possono avere.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Io chiederei la sospensione della trattazione di questa mozione sino alla sessione di maggio 2018, in modo che nella sessione di giugno 2018 possa essere discussa e, laddove l'impegno fosse stato onorato da parte della Giunta provinciale, anche ritirata.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Die Behandlung des Beschlussantrages wird bis Mai 2018 ausgesetzt. Die Sitzung ist bis 14.30 Uhr unterbrochen.

ORE 13.00 UHR

ORE 14.31 UHR

Namensaufruf – appello nominale

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 772/17.

Herr Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! Nachdem die Eltern auf den Antrag zum Thema "Impfen" warten, der der nächste auf der Tagesordnung wäre, würde ich meinen inzwischen zurückstellen und dem Kollegen Pöder den Vorrang lassen.

PRÄSIDENT: Nachdem die Kollegin Stocker noch nicht hier ist, würde ich vorschlagen, dass wir doch mit Ihrem Antrag beginnen, Kollege Knoll.

Kollege Urzì, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): In considerazione del fatto che a breve andremo a trattare un punto particolarmente sensibile come quello delle vaccinazioni, volevo chiedere se questo Consiglio ritenga opportuno un incontro del collegio dei capigruppo con una rappresentanza di una delegazione di coloro che si sono fatti portavoce di riflessioni e valutazioni circa l'introduzione delle novità legislative, per valutare un approfondimento circa i temi trattati, a testimonianza di adesione a una campagna che ha coinvolto tutti noi, credo che nessuno ne sia rimasto immune. È vero che in molte circostanze siamo sollecitati ad avere momenti di riflessione aperta e di confronto con diversi gruppi di interesse e spesso questo Consiglio ha ritenuto di non dover aderire in via ufficiale a queste richieste, ma si tratta molto spesso di richieste di gruppi di interesse circoscritti. In questo caso invece assistiamo a una mobilitazione importante, che ha coinvolto l'intero Consiglio, i singoli consiglieri e l'intera Giunta provinciale, quindi io riterrei che i capigruppo avrebbero la necessità prima di fare una valutazione sull'opportunità della discussione ampia e articolata delle proposte presentate a quest'aula, di raccogliere ulteriori elementi di riflessione, affinché possa essere formato un giudizio che ciascuno di noi ha già consolidato, ma che un confronto più diretto con le delegazioni che hanno voluto testimoniare la loro presenza in questo Consiglio provinciale potrebbe rendere più solido. Quindi io

propongo una sospensione dei lavori per una valutazione da parte dell'ufficio di presidenza sull'opportunità di un incontro con una delegazione di coloro che si sono fatti portavoce di riflessioni e valutazioni circa l'introduzione delle novità legislative, affinché si possa procedere nel dibattito anche sulla base di questo tipo di apporto che io riterrei, in questa circostanza, ineludibile.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich bestehe auf die Behandlung meines Antrages, unabhängig davon, ob irgendwelche Anhörungen oder was auch immer ausgemacht werden. Wir sind jetzt an einem Punkt angelangt, an dem dieses Dekret in Kraft tritt. Wir haben die Problematik, dass dieses Dekret bereits ab dem kommenden Schuljahr Anwendung findet. Wenn der Landtag etwas sagen will, dann sollte er bereits jetzt eine deutliche Aussage treffen. Man kann dafür oder dagegen sein, aber wenn es um diese Zwangsmaßnahmen geht, dann sollen wir jetzt etwas sagen und nicht wieder zwei, drei oder vier Monate zuwarten und uns mit Anhörungen usw. beschäftigen. Das kann man machen, aber ich bestehe auf die Behandlung meines Antrages.

STEGER (SVP): Herr Präsident, ich möchte um eine Unterbrechung der Sitzung von zwanzig Minuten für eine Sitzung der SVP-Fraktion bitten.

PRÄSIDENT: Ich möchte kurz zusammenfassen: Sollte es nicht der Einbringer selber verlangen, dann wird der Antrag auf jeden Fall behandelt. Der Antrag vom Kollegen Pöder kommt also sowieso zur Behandlung.

Es steht aber auch Antrag des Kollegen Urzì zur Diskussion, wofür es die Mehrheit der Fraktionssprecher braucht.

Außerdem hat der Kollege Steger um eine Unterbrechung der Sitzung für eine Sitzung der SVP-Fraktion gebeten. Dem wird natürlich stattgegeben.

Bitte, Kollege Urzì.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): La richiesta è quella di riunire i capigruppo, ammesso che questi siano d'accordo, per valutare al loro interno un incontro oggi – così da mettere poi il collega Pöder nella condizione di discutere il suo documento voto – con una delegazione del gruppo di interesse che si è creato intorno a questo argomento per da potersi confrontare con alcuni ragionamenti e motivazioni che legittimamente vengono proposti a questo Consiglio. Quindi la mia richiesta è di interrompere per una riunione dei capigruppo, incontro dei capigruppo per 20 minuti con una delegazione del gruppo di interesse che si è creato, e poi discussione del documento voto del collega Pöder. Concordo sul fatto che debba essere discusso oggi.

PRÄSIDENT: Falls sich die Mehrheit der Kollegen und Kolleginnen Fraktionssprecher treffen möchte, ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Ich sehe nur vier Hände, was nicht die Mehrheit ist.

Ich unterbreche die Sitzung auf Antrag des Abgeordneten Steger. Für wie lange, Kollege Steger?

STEGER (SVP): Für 20 Minuten.

PRÄSIDENT: In Ordnung. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 14.41 UHR

ORE 15.11 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Punkt 13 der Tagesordnung: "**Begehrensantrag Nr. 83/17 vom 22.5.2017, eingebracht von den Abgeordneten Pöder und Artioli, betreffend nein zu exzessiven Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Impfpflicht**".

Punto 13) all'ordine del giorno: "**Voto n. 83/17 del 22/5/2017, presentata dai consiglieri Pöder e Artioli, riguardante no a misure coercitive per imporre le vaccinazioni**".

Mit dem am 19. Mai 2017 genehmigten Dekret hat der Ministerrat unter anderem folgende Zwangsmaßnahmen bzw. Sanktionen zur Durchsetzung der Impfpflicht beschlossen:

Zulassungsverbot für Kinder in Kinderhorten/Kitas und Kindergärten

Die Eltern schulpflichtiger Kinder müssen die Dokumentation zum Nachweis der Impfungen vorlegen

Sanktionen bis zu 7.500 Euro

Entzug des elterlichen Sorgerechtes

Zudem wurde die Zahl der Pflichtimpfungen für Kinder in Italien auf 12 erhöht.

Demgegenüber ein Vergleich mit einigen anderen europäischen Ländern:

0 Pflichtimpfungen in EU-Ländern: Österreich, Deutschland, Dänemark, Estland, Zypern, Finnland, Irland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Schweden, (Noch-EU-Land) Großbritannien

0 Pflichtimpfungen in den Nicht-EU-Ländern Norwegen und Island

4 Pflichtimpfungen in Frankreich

3 Pflichtimpfungen in Portugal und Griechenland

1 Pflichtimpfung in Belgien

Die Maßnahmen sollen mit Beginn des kommenden Schuljahres in Kraft treten.

Bei Impfungen handelt es sich um einen medizinischen Eingriff mit Krankheitserregern oder Teilen davon am gesunden kindlichen Körper. Ein Impfstoff, auch die Vakzine oder das Vakzin genannt ist ein biologisch oder gentechnisch hergestelltes Antigen, meist bestehend aus Protein- oder Erbgutbruchstücken oder abgetöteten bzw. abgeschwächten Erregern. Ein Impfstoff kann sowohl aus einem Antigen eines einzigen Erregers wie auch aus einer Mischung mehrerer Antigene verschiedener Erreger oder Erregerstämme und eventuell weiterer Zusatzstoffe bestehen. Der Impfstoff dient im Rahmen einer Impfung zur spezifischen Aktivierung des Immunsystems hinsichtlich eines bestimmten Erregers bzw. einer Erregergruppe.

Dies vorausgeschickt,

richtet

der Südtiroler Landtag

folgendes Begehren an das italienische Parlament sowie die italienische Regierung:

- 1. Die genannten Zwangsmaßnahmen – Zulassungsverbot in Kinderhorten und Kindergärten, drastische Erhöhung der Bußgelder und Entzug der elterlichen Sorgerechte – sollen aus dem Dekret gestrichen werden und somit nicht zur Anwendung kommen.*
- 2. Die Zahl der Pflichtimpfungen soll auf den Stand vor der Genehmigung des Dekretes zurückgeführt werden.*
- 3. Die Aufklärungskampagne der Behörden zur Steigerung der Durchimpfungsrate soll umfassend und ausgewogen sein.*

Con l'approvazione, il 19 maggio 2017, del relativo decreto, il Consiglio dei Ministri ha deliberato le seguenti misure obbligatorie e sanzioni riguardo alle vaccinazioni:

divieto di accesso per i bambini ad asili nido, microstrutture per l'infanzia e scuole dell'infanzia.

i genitori dei bambini soggetti all'obbligo scolastico devono presentare la documentazione comprovante le vaccinazioni

sanzioni fino a 7.500 euro

sospensione della potestà genitoriale

Inoltre, il numero delle vaccinazioni obbligatorie per i bambini in Italia è stato elevato a 12.

Confronto con alcuni altri Paesi europei:

0 vaccinazioni obbligatorie nei seguenti Paesi UE: Austria, Germania, Danimarca, Estonia, Cipro, Finlandia, Irlanda, Lituania, Lussemburgo, Paesi Bassi, Spagna, Svezia, Gran Bretagna (ancora Paese UE)

0 vaccinazioni obbligatorie nei Paesi extra-UE Norvegia e Islanda

4 vaccinazioni obbligatorie in Francia

3 vaccinazioni obbligatorie in Portogallo e Grecia

1 vaccinazione obbligatoria in Belgio

I provvedimenti entreranno in vigore con il prossimo anno scolastico.

La vaccinazione è un intervento medico che consiste nell'immettere agenti patogeni o frammenti di essi nel corpo di un bambino sano. Un vaccino è un antigene creato biologicamente o geneticamente, nella maggior parte dei casi composto da frammenti proteici o genetici ovvero da agenti patogeni uccisi o attenuati. Un vaccino può essere costituito sia dall'antigene di un unico agente patogeno, sia da una combinazione di antigeni di diversi agenti patogeni o ceppi di agenti patogeni, e da eventuali altri additivi. Somministrando un vaccino viene attivato il sistema immunitario rispetto a un determinato agente patogeno ovvero a un gruppo di agenti patogeni.

Ciò premesso,

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

sottopone

al Parlamento e al Governo

il seguente voto:

1. *Le suddette misure coercitive – divieto di accesso ad asili nido e scuole dell'infanzia, aumento drastico delle multe e sospensione della potestà genitoriale – vanno stralciate dal decreto e, quindi, non applicate.*
2. *Il numero delle vaccinazioni obbligatorie va riportato allo status precedente l'approvazione del decreto.*
3. *La campagna di sensibilizzazione da parte delle autorità per aumentare la copertura vaccinale deve essere ampia ed equilibrata.*

Ersetzungsantrag/emendamento sostitutivo

Mit dem am 19. Mai 2017 genehmigten Dekret hat der Ministerrat unter anderem folgende Zwangsmaßnahmen bzw. Sanktionen zur Durchsetzung der Impfpflicht beschlossen:

Zulassungsverbot für Kinder in Kinderhorten/Kitas und Kindergärten

Die Eltern schulpflichtiger Kinder müssen die Dokumentation zum Nachweis der Impfungen vorlegen

Sanktionen bis zu 7.500 Euro

Entzug des elterlichen Sorgerechtes

Zudem wurde die Zahl der Pflichtimpfungen für Kinder in Italien auf 12 erhöht.

Demgegenüber ein Vergleich mit einigen anderen europäischen Ländern:

0 Pflichtimpfungen in EU-Ländern: Österreich, Deutschland, Dänemark, Estland, Zypern, Finnland, Irland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Schweden, (Noch-EU-Land) Großbritannien

0 Pflichtimpfungen in den Nicht-EU-Ländern Norwegen und Island

4 Pflichtimpfungen in Frankreich

3 Pflichtimpfungen in Portugal und Griechenland

1 Pflichtimpfung in Belgien

Die Maßnahmen sollen mit Beginn des kommenden Schuljahres in Kraft treten.

Bei Impfungen handelt es sich um einen medizinischen Eingriff mit Krankheitserregern oder Teilen davon am gesunden kindlichen Körper. Ein Impfstoff, auch die Vakzine oder das Vakzin genannt ist ein biologisch oder gentechnisch hergestelltes Antigen, meist bestehend aus Protein- oder Erbgutbruchstücken oder abgetöteten bzw. abgeschwächten Erregern. Ein Impfstoff kann sowohl aus einem Antigen eines einzigen Erregers wie auch aus einer Mischung mehrerer Antigene verschiedener Erreger oder Erregerstämme und eventuell weiterer Zusatzstoffe bestehen. Der Impfstoff dient im Rahmen einer Impfung zur spezifischen Aktivierung des Immunsystems hinsichtlich eines bestimmten Erregers bzw. einer Erregergruppe.

Dies vorausgeschickt,

richtet

der Südtiroler Landtag

folgendes Begehren an das italienische Parlament sowie die italienische Regierung:

1. Die genannten Zwangsmaßnahmen – Zulassungsverbot in Kinderorten und Kindergärten, drastische Erhöhung der Bußgelder und die Einschaltung des Jugendgerichtes samt eventueller Folgemaß-

nahmen bis hin zum Entzug der elterlichen Sorgerechte – sollen aus dem Dekret gestrichen werden und somit nicht zur Anwendung kommen.

2. Die Aufklärungskampagne der Behörden zur Steigerung der Durchimpfungsrate soll umfassend und ausgewogen sein.

Con l'approvazione, il 19 maggio 2017, del relativo decreto, il Consiglio dei Ministri ha deliberato le seguenti misure obbligatorie e sanzioni riguardo alle vaccinazioni:

divieto di accesso per i bambini ad asili nido, microstrutture per l'infanzia e scuole dell'infanzia.

i genitori dei bambini soggetti all'obbligo scolastico devono presentare la documentazione comprovante le vaccinazioni

sanzioni fino a 7.500 euro

sospensione della potestà genitoriale

Inoltre, il numero delle vaccinazioni obbligatorie per i bambini in Italia è stato elevato a 12.

Confronto con alcuni altri Paesi europei:

0 vaccinazioni obbligatorie nei seguenti Paesi UE: Austria, Germania, Danimarca, Estonia, Cipro, Finlandia, Irlanda, Lituania, Lussemburgo, Paesi Bassi, Spagna, Svezia, Gran Bretagna (ancora Paese UE)

0 vaccinazioni obbligatorie nei Paesi extra-UE Norvegia e Islanda

4 vaccinazioni obbligatorie in Francia

3 vaccinazioni obbligatorie in Portogallo e Grecia

1 vaccinazione obbligatoria in Belgio

I provvedimenti entreranno in vigore con il prossimo anno scolastico.

La vaccinazione è un intervento medico che consiste nell'immettere agenti patogeni o frammenti di essi nel corpo di un bambino sano. Un vaccino è un antigene creato biologicamente o geneticamente, nella maggior parte dei casi composto da frammenti proteici o genetici ovvero da agenti patogeni uccisi o attenuati. Un vaccino può essere costituito sia dall'antigene di un unico agente patogeno, sia da una combinazione di antigeni di diversi agenti patogeni o ceppi di agenti patogeni, e da eventuali altri additivi. Somministrando un vaccino viene attivato il sistema immunitario rispetto a un determinato agente patogeno ovvero a un gruppo di agenti patogeni.

Ciò premesso,

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano sottopone
al Parlamento e al Governo
il seguente voto:

1. Le suddette misure coercitive – divieto di accesso ad asili nido e scuole dell'infanzia, aumento drastico delle multe e ricorso al tribunale dei minori con relativi provvedimenti fino alla sospensione della potestà genitoriale – vanno stralciate dal decreto e, quindi, non applicate.
2. La campagna di sensibilizzazione da parte delle autorità per aumentare la copertura vaccinale deve essere ampia ed equilibrata.

Herr Abgeordneter Pöder, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Vielen Dank! Wir haben jetzt dankenswerter Weise einen gemeinsamen Änderungsantrag mit Landesrätin Stocker eingebracht. Es geht darum, dass wir uns gegen die Zwangsmaßnahmen des Impfdekretes der Regierung aussprechen. Sie sind dermaßen überzogen, dass die Bürger und Eltern entmündigen und bevormunden. Im Prinzip müssen wir uns fragen, wohin das führen soll. Man ist mit diesem Impfdekret weit über das Ziel hinausgeschossen. Bisher gab es bekanntlich vier Pflichtimpfungen, jetzt soll es zwölf geben. Die Zwangsmaßnahmen gehen von einer obligatorischen Mitteilung an das Jugendgericht, das Folgemaßnahmen treffen soll bis hin zum zeitweiligen Entzug der elterlichen Rechte. Geldstrafen bis zu 7.500 Euro sind vorgesehen. Das sind Maßnahmen, die in dieser Heftigkeit im Prinzip das genau Gegenteil von dem bewirken werden, was man eigentlich beabsichtigt hätte, nämlich eine Erhöhung der Durchimpfungsraten. Das weckt jetzt natürlich den Widerstand, zu Recht! Wenn der Landtag sagt, dass er sich gegen diese Zwangsmaßnahmen im Impfdekret ausspricht, bei gleichzeitigen alternativen Maßnahmen für die Einhaltung der WHO-Vorgaben und umfassender und ausgewogener Information, dann ist das ein richtiger Ansatz. Wir führen hier nicht eine Grundsatzdiskussion über Für oder Gegen das Impfen. Jeder hat da seine Position. Wenn wir über diese Zwangsmaßnahmen gegen Eltern reden,

dann sollte sich der Landtag schützend vor die Familien und Bürger dieses Landes stellen und sagen: "So geht es nicht!" In den meisten Ländern Europas herrschen ganz andere Regeln bzw. dort gibt es diese Zwangsimpfungspflicht nicht. Dort gibt es andere Vorschriften und dort sind auch sehr hohe Durchimpfungsraten zu verzeichnen. Dass wir jetzt quasi einen medizinischen Notstand hätten, der diese Maßnahmen rechtfertigt, kann uns niemand erzählen. Man kann hier vieles hineininterpretieren, ...

Ich muss jetzt vorwegnehmen, was der Landtagspräsident wahrscheinlich sagen möchte. Es sind weder Beifalls- noch Missfallsbekundungen erlaubt, zumindest von den Zuschauertribünen aus. Herr Präsident, ich glaube, Ihren Blick richtig interpretiert zu haben.

PRÄSIDENT: Danke!

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Wir haben mit diesem Impfdekret natürlich eine ganz neue Situation. Es gibt Zwangsmaßnahmen und das Verbot der Einschreibung in Kindergärten, Kitas oder Kinderhorte. Diese Zwangsmaßnahmen greifen im Übrigen auch bei Privatschulen, wobei ich mich frage, wie das durchgesetzt werden soll. Ich persönlich bin gegen die Aufstockung von vier auf zwölf Pflichtimpfungen. Ich bin grundsätzlich gegen diese Zwangsmaßnahmen und gegen diese Fristsetzung, die da erfolgt und gegen diese fast schon Verfolgung von Bürgern über ein Dekret, mit dem man die Schulen zwingt, festzustellen, ob der Impfnachweis vorhanden ist. Im letzten Text des Dekretes hat man dann noch ein besonderes Gustostückerl miteingebaut, das ich auch für perfide halte, nämlich, dass man eine sogenannte Eigenerklärung abgeben kann, wobei man dann einige Monate später aber trotzdem den Nachweis vorlegen muss. Was passiert dann, wenn jemand in Not lügt und in der Eigenerklärung erklärt, die Impfungen durchgeführt zu haben, was er allerdings nicht nachweisen kann? Also das sind perfide Maßnahmen. Gleichzeitig herzugehen und die Sanitätsbetriebe regelrecht zu zwingen, die Geldstrafen auszustellen und – laut letztem Text – noch einmal eine Frist zu setzen, innerhalb der man nachimpfen kann, ... Lässt man diese Frist verstreichen, dann ergeht automatisch eine Mitteilung an das Jugendgericht, das dann die Folgemaßnahmen einleiten soll. Um Gottes Willen, wo leben wir und wo endet diese ganze Zwangspolitik des Staates gegen die Bürger? Wohin soll das führen? Das hätte man das vernünftiger lösen können. Zu allererst hätte man nicht mit einem Holzhammer vorgehen müssen, denn es ist klar, dass ein Holzhammer den Widerstand weckt, vor allem bei jenen Eltern, die sich bisher relativ wenig Gedanken darüber gemacht und gesagt haben: "Ich impfe, weil ich der Meinung bin, dass diese Pflichtimpfungen durchgeführt werden sollen." Den Widerstand jener, die den Impfungen gegenüber immer schon sehr skeptisch eingestellt waren, hat man ohnehin schon, aber jetzt wächst natürlich auch der Widerstand der anderen. Wo sind wir denn? So ein Notstand kann gar nicht herrschen, dass eine solche Maßnahme gerechtfertigt ist. Deshalb sollten wir uns gegen diese Zwangsmaßnahmen aussprechen und uns schützend vor die Bürger stellen. So kann es nicht funktionieren. Wenn wir uns heute in diesem Bereich nicht wehren, dann frage ich mich, wohin das dann morgen führt. Welches Dekret wird morgen erlassen, mit dem zwangsweise Bürger zu irgendeiner Maßnahme gezwungen werden, die man in dieser Form nicht nachvollziehen kann? Das ist nicht mit dem Rauchverbot vergleichbar, das man ja auch sehr rigide durchgesetzt hat. Beim Rauchverbot ist man hergegangen und hat ein Gesetz gemacht, um etwas zu verbieten, das klar gesundheitsschädlich ist. Hier geht man her und trifft Zwangsmaßnahmen, um einen medizinischen Eingriff am gesunden Körper durchzusetzen. Das ist ein großer Unterschied, und dass sich Eltern Sorgen machen, ist klar. Seriöse Mediziner sagen, dass unter diesen zwölf Pflichtimpfungen das eine und andere Unsinnige dabei sei. All diese Diskussionen führen wir jetzt nicht, denn hier geht es um die Zwangsmaßnahmen. Alles andere wird dann in weiterer Folge auf wissenschaftlicher Ebene diskutiert werden. Hier geht es um Bürger- und um Elternrechte.

STEGER (SVP): Herr Präsident, vielleicht wäre es sinnvoll, den Ersetzungsantrag, den die Kollegin Stocker gemeinsam mit dem Kollegen Pöder unterzeichnet hat, zu verlesen. Es geht darum, dass die genannten Zwangsmaßnahmen - Zulassungsverbote in Kinderhorten, Kindergärten, drastische Erhöhung der Bußgelder und Einschaltung des Jugendgerichtes samt eventueller Folgemaßnahmen bis hin zum Entzug der elterlichen Sorgerechte - aus dem Dekret gestrichen und durch andere geeignete Maßnahmen ersetzt werden, welche die Einhaltung der Impfvorgaben der WHO für einen effizienten Schutz vor gefährlichen Infektionskrankheiten gewährleisten. Außerdem soll die Aufklärungskampagne der öffentlichen Stellen zur Steigerung der Durchimpfungsrate umfassend und ausgewogen gemacht werden.

Ich habe diesen Änderungsantrag verlesen, ...

ABGEORDNETE: *(unterbrechen)*

STEGER (SVP): Das war der Grund, warum ich mir erlaubt habe, ihn vorzulesen. Er ist gerade in Übersetzung bzw. in Vervielfältigung. Sie bekommen ihn sicher gleich.

Nun zum Inhalt. Grundsätzlich finde ich, dass eine höhere Durchimpfungsrate die Volksgesundheit erhöht. Gleichzeitig finde ich aber auch, dass die Proteste zum geplanten Impfdekret legitim sind. Hier werden Maßnahmen gesetzt, die zu drakonischen Strafen führen, die unverhältnismäßig sind. Die Maßnahmen gehen ja bis hin zum Entzug der Elternschaft, und das ist extrem, wie es bei gesetzlichen Maßnahmen in Italien leider oft der Fall ist. Da stellt sich die Frage nach der Umsetzung. Wir sind der Auffassung, dass die Erhöhung der Durchimpfungsrate für die Volksgesundheit wichtig ist. Wir alle sind Eltern. Ich habe drei Kinder und habe lange damit gerungen, ob ich sie impfen soll. Jeder hat die Verantwortung selbst zu tragen. Es gibt aber auch eine Verantwortung in Bezug auf die Gesellschaft, denn niedrige Durchimpfungsraten können zu einer Einschleppung von Krankheiten, die man eigentlich bekämpft geglaubt hat, führen. Deshalb bin ich der Meinung, dass man massiv auf Sensibilisierung und Beratung und weniger auf Strafmaßnahmen setzen soll. Wenn Strafmaßnahmen gesetzt werden, dann müssen diese angemessen und verhältnismäßig sein.

Die Fraktion der Südtiroler Volkspartei wird dem geänderten Beschlussantrag zustimmen, und zwar mit Überzeugung. Wir werden bei den Entscheidungsträgern intervenieren, wenngleich zu sagen ist, dass Südtirol in diesen Fragen leider keine primäre Gesetzgebungsbefugnis hat. Wir werden uns aber bemühen, dass dies im Sinne dessen geändert wird, was ich zuvor gesagt habe.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Il collega Steger ha dato lettura di un emendamento proposto dall'assessora Stocker che noi ancora non abbiamo ricevuto. Se questo emendamento venisse approvato dal collega Pöder, la discussione dovrebbe ricominciare, quindi chiedo che ci venga messo a disposizione questo emendamento in modo da poter capire di che cosa stiamo parlando, perché tra il testo proposto e quello emendato stiamo parlando di testi diversi. Se abbiamo il testo definitivo è più facile articolare il dibattito.

PRÄSIDENT: Kollege Urzì, deshalb war es ja korrekt, dass der Kollege Steger den Text vorgelesen hat. Sie sind der deutschen Sprache bestens mächtig, aber sie bekommen sofort den übersetzten Text.

Herr Kollege Stocker, bitte.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, als Freiheitliche sind wir gegen ein Impfwang, und ich bin froh, dass es gelungen ist, einen gemeinsamen Text zu formulieren. Ich glaube, sehr wohl sagen zu können, dass es eine Einstimmigkeit geben wird, was für ein Zeichen nach außen sehr wichtig ist. Wir erkennen aber auch die Wichtigkeit einer hohen Impfquote. Impfen ist wichtig, aber die Entscheidung, zu impfen oder nicht, soll freigestellt werden. Meines Erachtens ist dieses Dekret des Staates eine Erpressung von Eltern, und zwar in einem Ausmaß, was es bisher noch nicht gegeben hat: Nicht Teilnahme an Kinderhorten, extrem hohe Strafen usw. Hier hat der Staat wirklich die Klinge an die Kehle jener Eltern gesetzt, die nicht impfen lassen wollen. So können eine freiheitliche Gesellschaft und ein Staat nicht leben. Man muss Vertrauen in die Bevölkerung haben, besonders in der heutigen Zeit, wo man sich informieren kann, wie gewisse Abläufe funktionieren. Diese Maßnahmen sind zu verurteilen, und ich freue mich, dass hier alle an einem Strang ziehen. Ich würde mir solche Maßnahmen in der Einwanderungsfrage wünschen. Das sage ich ganz bewusst. Dort passiert nie nichts in diesem Zusammenhang. Wenn jemand etwas anstellt, braucht er keine Angst zu haben. Hier wird immer wieder mit zweierlei Maß gemessen. Die Bevölkerung verliert zu Recht das Vertrauen in den Staat und in die politische Gesellschaft bzw. in deren Vertreter. Deshalb ist es mir wichtig, dass wir heute einen Konsens finden. Wir werden diesem Antrag zustimmen, und ich bin froh darüber, dass wir ihn diese Woche behandeln.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich bedauere es, dass wir uns heute nicht dazu durchgerungen haben, eine Anhörung zu machen. Ich wünsche mir immer noch, dass der Landtag ein offenes Haus ist, in dem die Menschen angehört werden, die, wie im heutigen Fall, mit Kind und Kegel hier herkommen. Wir hätten nachzählen sollen, Herr Präsident, denn vier von sieben Fraktionssprechern hätten

Ja gesagt. Wir hätten uns ruhig einen Ruck geben und die Menschen anhören können und nicht nur sie uns zuhören lassen. Das wäre heute ganz besonders wichtig gewesen.

In dieser ganzen Debatte treffen natürlich verschiedene Tonlagen aufeinander, wer sehr hart und wer sehr sachlich spricht. Uns ist eines wichtig, nämlich, zu sagen, dass es hier nicht um die Frage geht, ob impfen gut ist oder nicht. Hier geht es um die Wahlfreiheit der Familien und der Eltern. Das sind zwei völlig verschiedene Dinge. Hier kommt die Wahlfreiheit der Eltern unter die Räder. Zu dieser Einigkeit werden wir heute kommen, und es ist wichtig, dass dieses Signal ganz deutlich nach Rom dringt, wenn dieser Begehrensantrag abgesendet wird.

Es wurde schon auf die völlig unverhältnismäßigen Strafen und auf die Reaktion einer angeblich zu niedrigen Durchimpfungsrate hingewiesen. Man sagt: "Die Leute impfen nicht gegen vier Krankheiten, also müssen sie gegen zwölf impfen." Das ist völlig widersinnig und einzig dastehend in ganz in Europa, wo man überall ganz andere Wege beschreitet.

Ich möchte dieser Debatte eine andere Nuance hinzufügen. Als meine Kinder klein waren, ist die vierte Pflichtimpfung hinzugekommen, nämlich Hepatitis B. Damals gab es eine allgemeine Entrüstung darüber, dass Hepatitis B zu einer Pflichtimpfung geworden ist, denn es gab sehr wenige Fälle, einige wenige isolierte Fälle in Süditalien. Deretwegen wurde in ganz Italien die Pflichtimpfung gegen Hepatitis B eingeführt. Es war aber nicht wegen dieser wenigen Fälle, sondern es war Minister Francesco De Lorenzo, der gemeinsam mit Paolo Cirino Pomicino, Carmelo Conte und Giovanni Prandini – das sind keine großen Namen - ... Die wurden als die "banda dei quattro" definiert. Francesco De Lorenzo ist im Nachhinein wegen Tangentopoli verurteilt worden. Das war der Minister, der die Pflichtimpfung gegen Hepatitis B in ganz Italien eingeführt hat, und die ist bis heute gültig. Das soll uns vielleicht erklären, was manchmal hinter diesen politischen Entscheidungen steht. Das, was wir hier kritisieren müssen, neben der Tatsache, dass es eine gewaltsame Aktion ist, ist auch das, dass die Wahlfreiheit der Familien hergenommen wird, um politische Machtkämpfe im Parlament auszuüben. Ich hoffe, dass wir heute wirklich zu einer einstimmigen Aussage kommen. Wir wissen, dass Begehrensanträge immer nur eine bestimmte Wirksamkeit haben, aber es ist wichtig, dass wir ganz klar sagen, dass es so nicht geht. Vielen Dank!

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Unabhängig davon, wie man zu Impfungen steht, ist es nicht zulässig, dass man den Eltern einen Zwang auferlegt, das heißt, dass sich der Staat in die Erziehungs- und Entscheidungsfreiheit von Eltern einmischt, die über ihre Kinder und deren Gesundheit entscheiden. Es kann nicht sein, dass man hergeht und in Familien eingreift und ihre Entscheidungsfreiheit sogar soweit beschneiden will, indem man ihnen das Recht auf Besuch der Schule und sogar das Erziehungsrecht aberkennen will. Soweit geht dieser Staat! Das hat nichts mehr mit Entscheidungsfreiheit oder mit Menschenrechten zu tun. Das ist Diktatur!

Wenn man die Durchimpfungsrate erhöhen möchte, so sollte man sich in anderen Ländern umschauen, in denen auf Information und Aufklärung gesetzt wird. In anderen Ländern funktioniert es, dadurch höhere Durchimpfungsraten zu erreichen. Der Weg, der in Italien gegangen wird, kann nicht der richtige sein, nämlich, dass man hergeht und die Menschen dazu zwingt und ihnen horrenden Strafen androht, darunter auch der Entzug des Erziehungsrechtes. Da spielen sich in meinem Kopf als Mutter Horrorszenerien ab. Soll die Polizei kommen und mir das Kind entreißen, dann bringt sie es zum Arzt, der es impft und dann bringt es mir das Kind wieder zurück? Das Kind hat danach einen psychischen Schaden, wenn es so aus dem familiären Umkreis gerissen wird. Wie stellt sich das der Staat vor? Es ist wichtig, dass der Südtiroler Landtag zeigt, dass er mit diesem Dekret nicht einverstanden sein, denn die Entscheidungsfreiheit soll bei den Eltern liegen. Wenn schon, dann sollen Aufklärung und Information das Ziel sein, so wie es auch in anderen Ländern der Fall ist.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich glaube, dass wir gut daran tun, wenn wir uns als Landtag nicht auf eine Glaubensdiskussion darüber einlassen, ob Impfungen gut oder schlecht sind. Die Kollegin Foppa hat die Hepatitis-B-Impfung angesprochen. Ich selbst hatte in meinem Umfeld eine gute Freundin, die die Hepatitis-B-Impfung lassen machen hat und bis zum heutigen Tage schwere körperliche Schäden davon getragen hat. Ich stelle dem aber auch die Frage gegenüber, wie viele Kinder gestorben wären, wenn es keine Pocken-Impfung, keine Impfung gegen Kinderlähmung usw. gegeben hätte. Das sind natürlich Dinge, die mit in die Waagschale gelegt werden müssen. Jedes Elternteil überlegt sich sehr sorgfältig das Für und Wider eine Impfung, denn nichts wäre schlimmer als, wenn man das Kind nicht impfen lässt und dann etwas

passiert. Es ist aber etwas anderes, wenn man diese Entscheidungsfreiheit nicht mehr hat, das heißt, wenn man gar nicht mehr die Möglichkeit hat, das Für und Wider abzuwägen. Um das geht es heute! Es geht um die Wahlmöglichkeit, das heißt auch um die Möglichkeit, sich darüber zu informieren, welche Impfungen Sinn machen, in welchem Alter Impfungen Sinn machen, ob die Impfung zum jetzigen Zeitpunkt gut ist oder ob es besser wäre, noch ein Jahr zu warten. Diese Aspekte müssen hier miteinfließen, die aber nicht mehr miteinfließen können, wenn dieses Dekret durchgeht. Ich habe in den letzten Tagen mit sehr vielen Eltern darüber gesprochen, wobei ich es sehr bedauere, dass diese ganze Diskussion von einigen Medien so gespielt wird, als ob die Eltern radikale Impfgegner wären. Die meisten Eltern, mit denen ich gesprochen habe, haben ganz klar zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht prinzipiell gegen Impfungen seien, sondern gegen die Art und Weise, wie hier vorgegangen wird. Dem schließen wir uns an. Wie das hier durchgeführt wird, ist nicht zulässig.

Wir werden das jetzt wahrscheinlich einstimmig beschließen, aber das wird sehr wenig ändern. Das muss man den Eltern auch sagen. Dieser Begehrensantrag ist an das Parlament gerichtet, und wahrscheinlich wird ihn sich in Rom kein Mensch durchlesen. Nur, weil wir dagegen stimmen, dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass es nicht zu diesem Impfdekret kommen wird. Im Gegenteil, dieses Impfdekret wird durchgesetzt werden, und ich bedauere, dass die Südtiroler Volkspartei nicht im Parlament interveniert hat, als es noch die Möglichkeit gab. Hier hätte man schon vorher massiv auf die Regierung Druck ausüben können, dass dieses Dekret so nicht verabschiedet wird. So etwas zu machen, wenn es eh schon zu spät ist, ist auch nicht ganz ehrlich. Außerdem bekommen wir ein zweites Problem, Kollegin Stocker. Wir haben einen Generaldirektor, der sich schon einmal medienwirksam impfen lassen hat - das hinterfrage ich - und ganz offen gesagt hat: "Wenn sich der Südtiroler Landtag gegen dieses Impfen ausspricht, dann bin ich in Südtirol der falsche Mann." Das muss man ganz offen ansprechen, nämlich, dass die Politik plötzlich umschwenkt. Nichts anderes ist das. Ich bin natürlich froh, dass es jetzt soweit kommt und sich eine Mehrheitsmeinung dafür findet, dass dieses Dekret so nicht umgesetzt werden soll. Ich bin davon überzeugt, dass dieses Dekret letzten Endes genau das Gegenteil von dem erreichen wird, was es eigentlich erreichen möchte. Jetzt erst recht wird der Widerstand gegen jede Art von Impfung steigen und man wird noch skeptischer gegenüber Impfungen sein, vielleicht auch gegenüber Impfungen, die durchaus sinnvoll und notwendig wären. Deshalb würde ich es für wesentlich sinnvoller erachten, die Bevölkerung über die Vor- und Nachteile von Impfungen aufzuklären, aber auch darüber, welche Nachteile Nicht-Impfungen haben. Auch das gehört zur Aufklärung der Gesellschaft, die hier leider völlig unterlassen wurde. Man geht hier mit der Brechstange vor, und das kann nicht der richtige Weg sein. Deshalb ein entschiedenes Nein zu diesem Impfdekret.

PRÄSIDENT: Ich verlese den Änderungsantrag von Landesrätin Stocker und dem Abgeordneten Pöder: "Die folgenden Zwangsmaßnahmen – Zulassungsverbot in Kinderhorten und Kindergärten, drastische Erhöhung der Bußgelder und die Einschaltung des Jugendgerichtes samt eventueller Folgemaßnahmen bis hin zum Entzug der elterlichen Sorgerechte – sollen aus dem Dekret gestrichen und durch andere geeignete Maßnahmen ersetzt werden, welche die Einhaltung der Impfvorgaben der WHO für einen effizienten Schutz vor gefährlichen Infektionskrankheiten gewährleisten. Die Aufklärungskampagne der öffentlichen Stellen zur Steigerung der Durchimpfungsrate soll umfassend und ausgewogen sein".

"Le seguenti misure coercitive – divieto di accesso ad asili nido e scuole dell'infanzia, aumento drastico delle multe e ricorso al tribunale dei minori con relativi provvedimenti fino alla sospensione della potestà genitoriale – vanno stralciate dal decreto e sostituite da altre misure idonee a garantire il rispetto delle indicazioni dell'OMS per un'efficace protezione da pericolose malattie infettive.

La campagna di sensibilizzazione da parte degli organi pubblici per aumentare la copertura vaccinale deve essere ampia ed equilibrata".

Herr Abgeordneter Köllensperger, bitte.

KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Ich möchte als erstes deponieren, dass wir hier über den Zwang reden und nicht so sehr über die Frage Impfen ja oder nein. Diese Maßnahmen sind doch etwas überzeugen. Genauso klar möchte ich aber auch sagen, dass das Impfen genauso wie das Antibiotika zu den großen Errungenschaften der Medizin gehört. In diesem Sinne gehöre ich absolut zu den Impfbefürwortern. Die Frage ist, wie man die Durchimpfungsraten erzielen kann, die laut Wissenschaft nötig sind, um die sogenannte Herdenimmunität zu erzielen, die sehr wohl ein öffentliches übergeordnetes Interesse darstellt. Wollen wir die Kinderlähmung zurück oder eine Masernepidemie?

Dann gibt es Tote, auch in Südtirol, und das kann ja nicht unser Ziel sein. Bedenken wir auch, dass das Impfen in diesem Sinne eine soziale Pflicht ist. Wenn wir nicht impfen, dann geht das zu Lasten der Schwächsten, denn wenn es zu einer Epidemie kommt, dann sind vor allem die Kinder, die man nicht impfen kann, weil sie es nicht vertragen, am meisten gefährdet. In diesem Sinne ergeht mein Aufruf an alle Eltern, verantwortungsbewusst zu sein.

Es wäre viel besser – das ist auch die Position der Fünf-Sterne-Bewegung staatsweit -, ein System anzuwenden, wie es beispielsweise Deutschland und Belgien vorgemacht haben, nämlich, dass man zunächst Überzeugungsarbeit leistet. Ideale Figuren wären hier die Hausärzte, die für viele Familien eine Bezugs- und Vertrauensperson darstellen, damit man einmal über medizinische, belegte wissenschaftliche Fakten und über die Vorteile reden kann, die uns das Impfen bietet. Modelle, die funktionieren, sehen wir beispielsweise in den United States mit dem ACIP, dem Advisory Committee on Immunization Practices oder auch in den skandinavischen Ländern, die viel höhere Impfraten haben als wir und ohne einen Zwang auskommen. Gleichzeitig bieten diese "Committees", die Überzeugungsarbeit leisten, auch noch weitere Vorteile, weil man mit den Familien auch noch über ganz andere Aspekte der Gesundheit reden kann, darunter über gesunde Ernährung, Stillen der Kinder usw.

Abschließend möchte ich sagen, dass es Modelle gibt, die besser funktionieren als Zwangsmodelle. Diese haben dazu geführt, dass die Durchimpfungsraten so hoch sind, dass man gar nicht mehr über einen Zwang reden muss. Dass wir in Italien auf Zwang setzen müssen, ist auch eine Bankrotterklärung der Politik, die die Bevölkerung offensichtlich nicht davon überzeugen kann, dass Impfen einen Vorzug bietet. In diesem Sinne lassen Sie mich noch einmal betonen, dass ich absolut für Impfungen bin. Ich halte es für eine große Errungenschaft der Medizin in diesem Jahrhundert. Man kann aber nicht gegen diesen Beschlussantrag stimmen, denn die Zwangsmaßnahmen gehen eindeutig zu weit. Das übergeordnete Ziel, hohe Durchimpfungsraten zu erzielen, bleibt für mich und für die Fünf-Sterne-Bewegung ein Ziel, das es zu erreichen gilt, aber man sollte es nicht mit solchen Maßnahmen erzielen. Solche Maßnahmen haben nur einen Sinn, wenn wirklich ein Notfall wie beispielsweise eine große Epidemie vorliegt. Dann greift das übergeordnete Interesse der öffentlichen Gesundheit. Wie gesagt, ich halte diese Maßnahmen für überzogen, unterstreiche aber noch einmal, dass ich durchaus zu jenen gehöre, die für eine maximale Impftrate eintreten, allerdings mit anderen Methoden.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Il decreto è insopportabile da un punto di vista stilistico e del messaggio che dà. Chi lo legge può rendersi conto che dietro c'è l'idea che c'è una società di irresponsabili, che i genitori sono tutti delle persone incoscienti che qualcuno dall'alto deve guidare e deve illuminare. Credo che questa sia veramente un'umiliazione per una società come quella italiana e come quella nostra qui in Sudtirolo, dove la coscienza democratica sui propri diritti e sulle libertà e anche la preoccupazione per i propri figli e per i figli degli altri è molto alta. Tutti siamo stati figli e ricordavo proprio in questi giorni una mia esperienza personale. Io sono nato in un paese di 15.000 abitanti in Toscana, i miei genitori erano figli della modernizzazione degli anni '50, quindi erano assolutamente favorevoli ai vaccini però a quei tempi c'era il vaccino del vaiolo e cominciarono a vedere che i loro amici medici erano gli ultimi che vaccinavano i propri figli e, anzi, si facevano a vicenda dei certificati falsi per poter attestare una vaccinazione che non avevano fatto. Allora io ero un bambino, dovevo essere vaccinato e i miei genitori mi fecero fare un certificato falso, con cui potei frequentare le scuole senza avere il timbro sul braccio. Andavo piuttosto fiero di non avere il timbro sul braccio e ne vado ancora fiero, ma è una fierezza abbastanza malata perché quello era un privilegio: il timbrino non lo aveva chi si era potuto permettere di farsi fare il certificato dall'amico medico. Questa era la situazione degli anni '50 e '60, poi si è sviluppato un nuovo modello di consapevolezza e queste cose non c'erano più fino a questo decreto, che ci rimanda a quando la sanità prima del '58 in Italia era di competenza del Ministero degli interni perché il Ministero della sanità non c'era ed è stato istituito nel 1958. Prima la malattia era una questione di ordine pubblico e non di diritto e nel 1958 si istituisce il Ministero della sanità perché si riconosce che la salute è un diritto e, in accordo con l'articolo 32 della Costituzione, si stabilisce anche la libertà di scegliere i trattamenti sanitari. Nell'articolo 32 c'è scritto che nessuno può essere sottoposto a un trattamento obbligatorio che non sceglie. Naturalmente nella Costituzione ci sono due principi, uno è il diritto alla salute e il diritto all'autodeterminazione dei trattamenti sanitari e l'altro è l'interesse della collettività. Se ci fosse l'esplosione di un'epidemia, ci sarebbe un interesse della collettività prevalente, ma le cose sono due: o questa questione dei vaccini è un problema di diritto e di consapevolezza, oppure è l'interesse della collettività che lo Stato impone. Se il caso è quest'ultimo, io non

credo che allora le multe sarebbero ammissibili, perché dovremmo essere tutti obbligati a vaccinarci e invece ancora una volta saranno i ricchi che si possono permettere di salvaguardare i propri figli da trattamenti che non vogliono. A mio parere i genitori sono persone coscienti e consapevoli, che vogliono bene ai propri figli e anche ai figli degli altri e quindi se ci fossero delle argomentazioni valide, credo che queste verrebbero recepite in primo luogo dagli stessi che si oppongono a far vaccinare i propri figli. Nella sanità c'è un concetto che si chiama consenso informato e credo che un Ministero della sanità, un assessorato alla sanità, un ospedale o un medico dovrebbero puntare al consenso informato. Sull'informazione e non sull'obbligatorietà c'è molto lavoro da fare. Infine voglio dire che secondo me qui c'è anche una questione politica, non a caso questo decreto viene fatto da un Governo che va verso le elezioni e in una fase in cui c'è qualcuno che in base alla paura e all'insicurezza per il terrorismo e per i cambiamenti pensa che le persone vadano convinte a rinunciare alla propria libertà e ad affidarsi a qualche despota illuminato, che ci guida e sa meglio di noi qual è il nostro bene. In difesa della nostra libertà e della nostra democrazia spero che questa deriva venga fermata.

PRÄSIDENT: Kollege Dello Sbarba, ich habe zwei Mal geläutet. Sie haben fast drei Minuten überzogen. Ich bitte Sie, sich an die Zeiten zu halten.

Kollege Urzì, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Noi quindi andremo a votare un testo che non cancella l'obbligo della vaccinazione, ma interviene esclusivamente sulle sanzioni che vengono applicate, ne chiede una moderazione e chiede maggiore informazione. Non chiede che si dica che le vaccinazioni sono libere, rimane l'obbligo di vaccinazione. Credo che si debba avere un po' più di coraggio nel dire le cose quando si sostiene l'idea della libertà di giudizio del genitore nel decidere per i propri figli e per la collettività. Si dovrebbe avere la coerenza di trasformare questo documento in un documento che esplicitamente richiede questa libertà di giudizio da parte delle famiglie. Dato che il collega Dello Sbarba l'ha buttata in politica, dato che questo documento è stato sottoscritto anche dalla Volkspartei, mi verrebbe da dire che il voto verrà approvato e portato all'archivio del Parlamento, dopodiché rimarrà assolutamente inascoltato, come lo sono tutti i voti che vengono approvati in Consiglio provinciale. Dato che quel decreto ministeriale è stato votato dalla Sua maggioranza, presidente Kompatscher, la maggioranza su cui la Volkspartei si è impegnata, che il Governo sostiene, la maggioranza del Governo Gentiloni-Renzi con cui la Volkspartei sta stabilendo le regole del gioco e dei futuri assetti di governo, forse sarebbe più produttivo che Lei o l'assessora Stocker da parte della maggioranza faceste valere le vostre buone ragioni, se avete delle ragioni da far valere. L'ho buttata in politica, ma la questione è questa; non si può giocare al gioco delle tre carte, cioè far credere una cosa e poi farne un'altra. Detto questo, credo che non si debba aggiungere altro rispetto a ciò che anche altri colleghi hanno ribadito sulla conquista sociale, civile e medica dei vaccini alla pari degli antibiotici. Però è anche vero che esistono, e su questo si chiede che ci sia un'ampia informazione e capacità di analisi e di critica, allarmi importanti come quello dell'Istituto superiore della sanità che si riferisce alla ridotta copertura vaccinale a livello nazionale e quindi al riaffiorare di antiche malattie di cui avevamo perso memoria. Peraltro l'Italia in questo momento, più di altri Paesi europei, è sottoposta a un'aggressione drammatica da parte di nuovi elementi di contaminazione e di questo bisogna prendere atto e averne consapevolezza, bisogna difendere i propri figli e la collettività. Anche il collega Dello Sbarba ha fatto riferimento a questo valore assoluto. C'è certamente il proprio diritto individuale, ma c'è anche il dovere di tutela dei livelli di sicurezza generale. I punti spinosi sono emersi: il numero di vaccinazioni obbligatorie, le sanzioni assolutamente irragionevoli, fino alla sottrazione della patria potestà, ma è evidente che tutto questo è sfasato rispetto al senso della ragione e questo va denunciato. Però uniamo a questo anche una forte campagna di informazione rispetto al momento di pericolo che in questo momento il nostro Paese sta affrontando. Ragionevolezza e gradazione nelle misure da introdurre, ma ricordiamoci che questo documento che andiamo a votare non elimina l'obbligo delle vaccinazioni, non riduce l'obbligo delle sanzioni ma dice genericamente che bisogna graduare le sanzioni applicate.

STIRNER (SVP): Ich möchte darauf hinweisen, dass ich voll und ganz diesen Kompromiss mittragen kann, der zwischen Landesrätin Stocker und Andreas Pöder formuliert worden ist. Auch ich bin der Meinung, dass ein Zwang, der sich negativ auf das Recht auf Bildung auswirkt und mit horrenden Geldstrafen droht, keineswegs mitgetragen werden kann. Ich möchte aber, auch, weil der Kollege Dello Sbarba darauf hinge-

wiesen hat, dass es in seinen Augen keine Gründe geben könnte, weshalb eine Impfung sinnvoll bzw. notwendig ist, etwas erzählen. Mein Sohn ist im Alter von zwei Jahren an Leukämie erkrankt, was bedeutete, dass er keine Impfungen mehr bekommen konnte. Für ihn war es aber auch sehr gefährlich, mit anderen Kindern zusammenzukommen, die nicht geimpft waren. Nachdem er drei Jahre lang Chemotherapie machen musste, war es mir ein Anliegen, dass er dennoch den Kindergarten besuchen konnte, um Sozialkontakte zu haben. Damals – es war in den Jahren 1998, 1999 - habe ich mich mit der zuständigen Kindergarteninspektorin zusammengesetzt und wir haben gemeinsam einen Kindergarten in Meran ausfindig gemacht, in dem es möglich war, eine Gruppe mit nur geimpften Kindern zu bilden. Für meinen Sohn wäre eine solche Krankheit tödlich gewesen. Natürlich war ein Restrisiko da, denn es gab da ja auch noch andere Gruppen, aber zumindest war das Risiko reduziert. Mir waren die sozialen Kontakte meines Kindes wichtig. Ich möchte das erzählen, um auf das Statement von Riccardo Dello Sbarba zu antworten, der gemeint hat, ihm Gründe zu nennen, wo eine Impfung ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): (*interrompe*)

STIRNER (SVP): Ich habe es so verstanden. Mir war es wichtig, meine persönliche Erfahrung zu erwähnen, damit das Bild, das wir hier haben, etwas abgerundeter ist. Nichtsdestotrotz stehe ich voll und ganz hinter diesem Beschlussantrag.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor allem geschätztes Auditorium. Abschließend eigentlich nur ein kurzes Wort des Dankes dafür, dass sich in den letzten Tagen so viele Eltern – Väter, Mütter – gemeldet haben und damit einen wichtigen Prozess eingeleitet haben, auch für den Südtiroler Landtag. Danke auch für die zahlreiche Anwesenheit über so viele Stunden hinweg von Seiten der Eltern und Kinder. Das ist keine geringe Leistung und hat auch dazu geführt, dass in diesem Saal eine sehr intensive, anregende und vielfältige Debatte stattgefunden hat. Das ist wesentlich der Verdienst, dass Sie solange ausgeharrt und den Landtag in seine ureigensten Aufgaben der Demokratie veranlasst haben. Dieser Dank soll sich auch dahingehend erstrecken, dass wir darum bitten, auch bei anderen Angelegenheiten zu erscheinen und sich so zu engagieren und einzubringen. Das ist – möchte ich sagen – die beste Impfung gegen die Krankheit der Demokratie, gegen Populismus und Politikmüdigkeit. Herzlichen Dank!

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vielen herzlichen Dank für die verschiedenen Stellungnahmen, die zu diesem Begehrensantrag vorgebracht worden sind, vor allem zum abgeänderten Text, den Kollege Pöder und ich gemeinsam formuliert haben. Ich glaube, dass wir damit all jenen Anliegen Rechnung tragen, die zu Recht als Anliegen der Einzelnen, aber auch als Anliegen der Gemeinschaft gesehen werden. Ich glaube, dass wir uns nicht anmaßen dürfen, nur von uns selber und von der Eigenverantwortung auszugehen, sondern wir müssen auch von der Gesamtverantwortung ausgehen, die wir alle haben, letztendlich auch von einer sozialen Pflicht nicht nur sich selber, sondern auch der Gemeinschaft gegenüber. Dieser Begehrensantrag trägt diesen beiden Anliegen Rechnung. Wir haben eine Verantwortung uns selber, den Kindern und der Gemeinschaft gegenüber.

Wir haben in diesem Hohen Haus verschiedentlich über Impfungen diskutiert, und zwar auch in anderen Zusammenhängen und auch aufgrund einer meiner Meinung nach überhasteten Aktion der römischen Regierung. Kollege Urzi, mir ist möglicherweise etwas entgangen, denn dass wir in Rom an der Regierung beteiligt wären, ist mir nicht bekannt, aber es kann ja sein, dass ich hier irgendetwas übersehen habe. Spaß beiseite, wir sind uns der Realitäten durchaus bewusst.

Zurück zu dem, was ich vorher gesagt habe. Wir hatten alle Schwierigkeiten mit dieser überhasteten Reaktion der römischen Regierung. Wir sind davon ausgegangen, dass der Gesetzentwurf, der ganz normal im Senat eingebracht worden ist, den normalen parlamentarischen Iter nimmt und nicht davon, dass es eine plötzliche Entscheidung der Regierung gibt, die mit Unterschrift der Ministerin Gesetzeskraft erlangt, allerdings innerhalb von 60 Tagen vom Parlament angenommen werden muss. Es ist so, dass wir jetzt den provisorischen und nicht den endgültigen Text haben. Letzteren werden wir noch genauer sichten, und dann wird man sehen, welche Übergangsregelungen enthalten sind. Eines ist klar: Wenn man eine solche drastische Maßnahme trifft, dann wird diese nicht unmittelbar umsetzbar sein. Selbstverständlich wird es Über-

gangsregelungen brauchen und auch Regelungen, die die Situationen von Krankheit und Gesundheit berücksichtigen. Das spielt in diesem Zusammenhang auch eine große Rolle.

Was uns auch allen sehr wichtig ist – das ist im Text auch enthalten –, ist, dass man möglichst breit gestreut informiert, und zwar auch im Verständnis für die Ängste und Sorgen der Eltern. Eines ist aber auch klar, nämlich, dass es wichtig ist, dass wir bei Infektionskrankheiten mit großen Auswirkungen auf die Volksgesundheit alle Maßnahmen treffen müssen, um für Letztere sorgen zu können. Dafür braucht es eine entsprechende Durchimpfungsrate. Wenn wir uns Daten und Fakten von Infektionskrankheiten anschauen, bei denen es Zehntausende Tote gegeben hat und es durch die Pflichtimpfungen dazu gekommen ist, dass es diese Infektionskrankheiten nicht mehr gibt, dann haben wir auch von diesem Gesichtspunkt her eine Verantwortung und eine Verpflichtung. Für uns ist es klar, dass es hinsichtlich der Umsetzung dieser Maßnahmen Spielraum geben muss. Diesen Spielraum fordern wir mit diesem Begehrensantrag ein. Gleichzeitig fordern wir dazu auf, dass entsprechend Aufklärungsarbeit betrieben wird. Zu dem stehen wir, aber wir stehen auch dazu, dass es eine Verantwortung der Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und gegenüber der Gesellschaft gegenüber den Einzelnen ist.

PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien): Ich möchte nur noch einige Ausführungen zum Begehrensantrag machen, der sich an das Parlament und an die Regierung richtet und sagt: "So nicht!" Es ist aber auch ein Signal an uns selbst und an die zuständigen Stellen in diesem Land. Wir müssen alle möglichen Spielregeln ausnützen, um diese Zwangsmaßnahmen nicht so greifen zu lassen, wie es die Frau Landesrätin gerade gesagt hat. Die besorgten Eltern wissen den Landtag an ihrer Seite, wenn dieser Antrag beschlossen wird. Kollege Urzi, ich stimme Ihnen zu, wenn Sie sagen, dass es absolut nicht in Ordnung ist, dass Südtirol nicht die primäre Zuständigkeit für das Gesundheitswesen hat. Leider Gottes ist es gerade Ihr Staat, der uns diese Zuständigkeit noch nicht gewährt hat. Ich will nicht auf weitere Diskussionen in diese Richtung einsteigen, aber für einen Staat ist es eigentlich beschämend, dass er zu solchen Mitteln greifen muss, weil er nicht imstande ist, seine Bürger in irgendeiner anderen Form zu erreichen oder mit seinen Bürgern in anderer Form zu kommunizieren. Es ist beschämend, dass man mit dem juristischen Knüppel gegen die Bürger vorgehen muss, um irgendetwas zu erreichen, was der eine ablehnt, der andere befürwortet. Ich halte es, wie gesagt, für richtig, dass auch Sie bemängeln, dass wir für diesen Bereich nicht die primäre Zuständigkeit haben und nicht direkt sagen können: "So ein Dekret gilt für uns nicht." Wir können gerne einen gemeinsamen Begehrensantrag einreichen, mit welchem wir diese Zuständigkeit für Südtirol einfordern. Machen wir das! Einen solchen Antrag würden wahrscheinlich mehrere hier im Landtag unterstützen und unterschreiben. Wir sagen heute Stopp an Rom und sagen für uns selbst und auch dem Sanitätsbetrieb, dass wir uns in dieser Frage, ... Der Schael ist ja gerne auf Twitter, also können wir ihm das auch twittern. Kollege Knoll, Sie haben ja angemerkt, dass Schael gesagt hat: "Wenn sich der Landtag dagegen ausspricht, dann bin ich hier am falschen Platz." Diesen Deal würden mehrere unterschreiben. Im Ernst, die Eltern wissen den Landtag in diesem Kampf an ihrer Seite.

STEGER (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich würde um eine getrennte Abstimmung über die Prämissen und den beschließenden Teil ersuchen.

PRÄSIDENT: Es ist ein Ersetzungsantrag ohne Prämissen eingebracht worden, weshalb sich eine getrennte Abstimmung erübrigt.

Ich eröffne über den so geänderten Begehrensantrag: mit 31 Ja-Stimmen genehmigt.

Punkt 12 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 772/17 vom 22.5.2017, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz Tammerle und Zimmerhofer, betreffend staufreie Brennerautobahn**".

Punto 12) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 772/17 del 22/5/2017, presentata dai consiglieri Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer, riguardante autostrada del Brennero senza code**".

An den vergangenen Wochenenden ist es wiederholt zu massiven Staus auf der Süd-Tiroler Seite der Brennerautobahn gekommen, die den Verkehr über Stunden lahm gelegt haben. Durch die zeitgleiche Einrichtung von Baustellen auf der Staatsstraße kam der Verkehr auch dort völlig zum Erliegen.

Bereits letzten Sommer haben sich Bürgermeister, Touristiker und Anrainer im gesamten Wipptal und Eisacktal über diese untragbaren Zustände beschwert, doch die Situation verschlimmert sich zusehends.

Insbesondere vor der Mautstelle in Sterzing und vor Baustellen kommt es immer häufiger zu kilometerlangen Staus, die oftmals bis über den Brenner zurückreichen und den Verkehr im gesamten Wipptal zusammenbrechen lassen.

Sich ständig wiederholende Staus sind nicht einfach nur ein Ärgernis für die Autofahrer, sondern verursachen volkswirtschaftliche Schäden durch Zusatzkosten und sind für den Tourismus in ganz Tirol im höchsten Maße schädigend. Vor allem aber sind die staubedingten Belastungen für die Bevölkerung entlang der Brennerautobahn nicht länger hinnehmbar.

Die ständige Zunahme des Verkehrs auf der Autobahn – bei einer gleichbleibenden Struktur – führt zwangsläufig zu Problemen. Auch die Bauweise der Autobahn (viele Tunnel und Viadukte) bringt einen erhöhten Sanierungsbedarf mit sich. Dennoch ist festzustellen, dass sich Staus fast immer nur auf der Süd-Tiroler Seite der Brennerautobahn bilden. Dafür gibt es mehrere Gründe:

Mautsystem und Mautstelle Sterzing

Das Mautsystem auf der A22 ist technisch veraltet und dauert in der Abwicklung sehr lange (Karte ziehen, Karte abgeben, in bar oder beim Automat zahlen). Das elektronische Mautsystem mit den Lesegeräten im Auto ist für Fahrzeuglenker außerhalb Italiens kaum interessant und wird daher selten verwendet.

Die Mautstelle Sterzing reguliert den Verkehr in Richtung Süden. Um zu verhindern, dass sich am Kreuzungspunkt der A22 in Modena Staus bilden, werden bei starkem Verkehrsaufkommen Mauthäuschen in Sterzing geschlossen, um so pro Stunde nur eine bestimmte Anzahl von Autos über die Autobahn zu lassen. Dadurch bilden sich riesige Staus, die oft bis nach Steinach zurückreichen. Diese Regulierung an einem einzigen Punkt ist höchst ineffizient, zumal ein großer Teil der Autofahrer (vor allem Einheimische und viele Gäste) gar nicht bis Modena weiterfahren, sondern in Süd-Tirol bleiben.

An der Mautstelle Schönberg bilden sich zum Vergleich viel seltener Staus als in Sterzing, obwohl dort mehr Autos die Mautstelle passieren. Aus den Daten einer Landtagsanfrage geht hervor, dass z. B. am Samstag, den 28. Mai 2016 (Fronleichnamswochenende) in Schönberg 39.818 Fahrzeuge die Mautstelle passierten, ohne dass es zu Beeinträchtigungen kam, während in in Sterzing nur 36.000 Fahrzeuge die Mautstelle passierten, der Verkehr dort aber völlig zusammenbrach.

2. Baustellen

Verengungen der Fahrspur und Fahrspurwechsel auf die Gegenseite verlangsamen den Verkehr ruckartig. An starken Reisetagen bilden sich dort Staus. Auf Nord-Tiroler Seite fand unlängst die Sanierung des Wiltener-Tunnels und des Bergisel-Tunnels sowie des davor liegenden Viadukts statt. Die Arbeiten wurden dort nur in den Nachtstunden durchgeführt und die Streckenabschnitte am Tag wieder für den Verkehr freigegeben, damit sich keine Staus bilden. Auf Süd-Tiroler Seite werden solch große Arbeiten hingegen auch tagsüber durchgeführt, mit teils wochenlangen Sperren einer Spur. Bei der Sanierung der Dehnungsfugen auf Viadukten werden in Österreich oftmals sogenannte Fly-overs eingesetzt. Das sind Stahlrampen, über die der Verkehr weiterfließen kann. In Süd-Tirol wird hingegen die Spur während der Bauarbeiten gesperrt.

3. Unterschiedliche Verkehrsregeln

Auf Nord-Tiroler Seite der Brennerautobahn, in Deutschland und anderen europäischen Ländern gilt bei stockendem Verkehr die Rettungsgasse. Das heißt, die Autofahrer auf der linken Spur fahren ganz nach links und jene auf der rechten Spur ganz nach rechts auf den Pannestreifen. Dadurch bildet sich in der Mitte eine Rettungsgasse für Einsatzfahrzeuge. Auf Süd-Tiroler Seite gilt diese Regel nicht und stattdessen nur der Pannestreifen. Dies führt zu chaotischen Situationen die zusätzlich zur Staubildung beitragen, da einige Autofahrer eine Rettungsgasse bilden und andere hingegen in die vermeintlich freie Mittelspur hineinfahren. Auch für Einsatzfahrzeuge gibt es dann überhaupt kein Durchkommen mehr.

4. Fehlende Koordinierung zwischen A22 und A13

Insbesondere für die A22 hört die Welt am Brenner auf. Ein koordiniertes Vorgehen der beiden Autobahnabschnitte (A13 und A22) in punkto Verkehrsplanung, Stauvermeidung und Ausweichrouten ist nicht vorhanden. Staus, Unfälle, Behinderungen durch Schneefall usw. werden auf den digitalen Anzeigen nur bis zum Brenner angezeigt. Man lässt Autofahrer damit oft blind in Staus hinter dem Brenner hineinfahren. Laut Auskunft des ehemaligen Präsidenten der Brennerautobahngesellschaft wurde vor einigen Jahren zwar ein Konzept für die Absprache von Baustellen zwischen München und Verona ausgearbeitet, dieses wurde aber nie umgesetzt.

5. Überlastung zu Stoßzeiten

Ein erheblicher Teil der Staubildung ist auch auf die Überlastung der Autobahn zu Stoßzeiten zurückzuführen. An starken Reisetagen haben viele Autofahrer die Angewohnheit, zur selben Zeit in den Urlaub zu fahren. Eine Verschiebung um wenige Stunden würde eine bessere Verteilung des Verkehrsflusses über den gesamten Tag bringen und somit die überlastungsbedingte Staubildung massiv reduzieren.

Der Süd-Tiroler Landtag hat vor einiger Zeit mit einer Delegation die Verkehrsleitzentrale in Hessen besichtigt. Die hessische Landesregierung hat ein eigenes Programm (Staufreies Hessen) zur Vermeidung von Staus entwickelt. Kern dieses Programms ist die Verbesserung des Verkehrsflusses und dabei besonders die verkehrstechnische Planung und Koordinierung von Baustellen. Jede Baustelle wird dort vorab einer verkehrstechnischen Bewertung unterzogen, um zu prüfen, wie und wann diese eingerichtet werden kann, ohne dass es zur Staubildung kommt. An reisestarken Tagen und bei Staubildung werden Baustellen sogar zurückgebaut.

Nach diesem Vorbild sollte auch die Planung eines verkehrstechnischen Gesamtkonzeptes für eine staufreie Brennerautobahn (A13 und A22) angegangen werden, denn Staus kennen keine Staatsgrenzen und verkehrstechnische Planungen machen dann nur einen Sinn, wenn sie für die gesamte Brennerautobahn gelten.

Gesamtkonzept:

Staufreie Brennerautobahn (A13 & A22)

Dabei sollten zuvörderst folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Einführung eines einheitlichen Mautsystems für die gesamte Brennerautobahn. Auf den Autobahnen der Europaregion Tirol gelten heute drei verschiedene Mautsysteme (Vignette, Maut Europabrücke, Maut Brennerautobahn). Durch eine Vereinheitlichung würde die Staubildung vor den Mautstellen wegfallen. Wenn es heute möglich ist, mit einem Skipass mehrere Skigebiete zu nutzen und mit einem Zugticket in mehreren Ländern zu reisen, muss dies auch auf der gesamten Strecke der Brennerautobahn möglich sein.
2. Koordinierung und gemeinsame Planung aller Baustellen auf und entlang der Brennerautobahn. Bauarbeiten auf der A22, der Brennerstaatsstraße, der A13 und der Brennerbundesstraße müssen vorab einer gemeinsamen verkehrstechnischen Bewertung unterzogen und aufeinander abgestimmt werden. Parallele Baustellen in bestimmten Streckenabschnitten sowie Bauarbeiten an starken Reisetagen sollen damit vermieden werden.
3. Nachtbaustellen. Die Unterbrechung einer Spur für Bauarbeiten sollte nur mehr in den Nachtstunden erfolgen. Tagsüber müssen Baustellen zurückgebaut werden oder wo möglich durch sogenannte Fly-over überbrückt werden, damit der Verkehrsfluss besonders an starken Reisetagen nicht behindert wird.
4. Koordinierte Verkehrsbeeinflussungsanlage. Die gesamte Brennerautobahn (A13 und A22) sollte mit einer einheitlichen und koordinierten Verkehrsbeeinflussungsanlage (digitale Anzeige über der Fahrbahn) ausgestattet werden, die den Verkehr z. B. durch eine Temporeduzierung bei Staugefahr reguliert. Internationale Studien belegen, dass Temporeduzierungen zu Stoßzeiten den Verkehr flüssiger machen und Unfälle reduzieren. Diese Regulierung des Verkehrs über die gesamte Strecke wäre wesentlich effektiver, als einfach nur in Sterzing Mauthäuschen zu schließen und dahinter ein Verkehrschaos zu verursachen. Zudem könnten mit diesen Verkehrsbeeinflussungsanlagen Informationen über Schneefall, Unfälle, Ausweichrouten usw. für die gesamte Strecke vermittelt werden.
5. Einheitliche Verkehrsregeln. Für die gesamte Strecke der Brennerautobahn (A13 und A22) müssen dieselben Verkehrsregeln gelten. Insbesondere in den Bereichen Tempolimits, LKW-Überholverbot und Rettungsgasse.

6. *Tourismusgesteuerte Verteilung der Stoßzeiten. Über eine gezielte und aufeinander abgestimmte Kampagne der Tourismuswerbung in den einzelnen Tiroler Landesteilen, sollten Gästeschichten dazu angeregt werden, bestimmte Tageszeiten für die An- und Abreise zu vermeiden. Die Gefertigten stellen daher den Antrag:*

Der Südtiroler Landtag

wolle beschließen:

Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol, der ASFINAG und der Brennerautobahngesellschaft (A22) ein verkehrstechnisches Gesamtkonzept für eine staufreie Brennerautobahn auszuarbeiten, welches zuvörderst folgende Punkte beinhaltet:

- 1. Einführung eines einheitlichen Mautsystems für die gesamte Brennerautobahn,*
- 2. Koordinierung und gemeinsame verkehrstechnische Bewertung aller Baustellen auf und entlang der Brennerautobahn,*
- 3. Einrichtung von Nachtbaustellen,*
- 4. Koordinierte Verkehrsbeeinflussungsanlage für die gesamte Brennerautobahn,*
- 5. einheitliche Verkehrsregeln.*

Negli scorsi fine settimana sul versante in provincia di Bolzano dell'autostrada del Brennero si sono formate a più riprese lunghissime code che hanno paralizzato il traffico per ore. La contemporanea apertura dei cantieri sulla strada statale ha fatto sì che anche su quest'ultima la circolazione fosse completamente bloccata.

Già la scorsa estate i sindaci, gli operatori turistici e gli abitanti dell'Alta Val d'Isarco e della Val d'Isarco si sono lamentati di queste condizioni insostenibili, ma la situazione continua a peggiorare.

Soprattutto prima del casello di Vipiteno e nei pressi dei cantieri si formano con sempre maggiore frequenza code chilometriche, che spesso iniziano ben oltre il Brennero e mandano in tilt il traffico nell'intera Alta Val d'Isarco.

I ripetuti ingorghi non sono soltanto un motivo d'irritazione per gli automobilisti, ma arrecano danni all'economia perché comportano costi aggiuntivi e notevoli svantaggi per il turismo in tutto il Tirolo. Ma soprattutto non è più accettabile l'inquinamento da polveri sottili cui è sottoposto chi vive lungo l'autostrada del Brennero.

Il costante aumento del traffico sull'autostrada, nella sua configurazione attuale, crea inevitabilmente problemi. Le caratteristiche strutturali dell'autostrada (numerose gallerie e tanti viadotti) fanno sì che vi sia un maggior bisogno di risanamenti. Tuttavia si può constatare che le code si formano sempre quasi esclusivamente sul versante dell'autostrada del Brennero in provincia di Bolzano. I motivi sono molteplici:

Il sistema di pedaggio e il casello di Vipiteno

Il sistema di pedaggio dell'A22 è obsoleto e il suo funzionamento richiede molto tempo (ritirare il biglietto, introdurre il biglietto, pagare in contanti o all'apparecchio automatico). Il sistema di pedaggio elettronico con lettore a bordo interessa poco gli automobilisti non provenienti dall'Italia e viene per questo usato raramente.

Il casello di Vipiteno regola il traffico in direzione sud. Quando il traffico è particolarmente intenso, vengono chiuse alcune porte di pedaggio al casello di Vipiteno per prevenire ingorghi all'incrocio dell'A22 a Modena, facendo così transitare sull'autostrada soltanto un determinato numero di autoveicoli l'ora. In questo modo si formano lunghissime code, che spesso arrivano fino a Steinach. Regolare il traffico in un unico punto è estremamente inefficiente, poiché la maggior parte degli automobilisti (soprattutto i locali e molti turisti) non prosegue fino a Modena ma resta in provincia di Bolzano.

Nonostante dal casello di Schönberg transiti un maggior numero di automobili, le code sono meno frequenti rispetto a Vipiteno. Dai dati di un'interrogazione consiliare si evince che sabato 28 maggio 2016 (fine settimana del Corpus Domini) dal casello di Schönberg sono transitate 39.818 autovetture senza causare ingorghi, mentre dal casello di Vipiteno sono passate soltanto 36.000 automobili, che hanno però paralizzato completamente il traffico.

2. Cantieri

I restringimenti della carreggiata e il cambio di corsia sul lato opposto rallentano il traffico in modo discontinuo. Nelle giornate ad alta intensità di traffico in quei punti si formano code. Sul versante austriaco sono stati risanati di recente la galleria di Wilten e quella del Bergisel così come il viadotto antistante. I lavori sono stati eseguiti soltanto nelle ore notturne e le tratte sono state aperte al traffico durante il giorno per evitare la formazione di code. Sul versante in provincia di Bolzano lavori di una tale portata sono svolti anche durante il giorno con parziali chiusure di una corsia per settimane. Per risanare i giunti di dilatazione sui viadotti in Austria si utilizzano spesso le cosiddette fly-over. Si tratta di rampe in acciaio su cui il traffico può continuare a scorrere. In provincia di Bolzano invece si chiude la corsia durante i lavori.

3. Norme stradali diverse

Sul versante austriaco dell'autostrada del Brennero, in Germania e in altri Paesi europei gli automobilisti in caso di congestione del traffico liberano la strada in modo da creare una corsia di soccorso. Questo vuol dire che gli automobilisti sulla corsia di sinistra devono guidare più a sinistra possibile e chi viaggia sulla corsia di destra si deve spostare più a destra possibile servendosi della corsia d'emergenza. In questo modo si forma al centro una corsia di soccorso per ambulanze e simili. In provincia di Bolzano non vige questa norma, esiste soltanto la corsia d'emergenza. Il disordine che ne deriva contribuisce alla formazione di code, poiché alcuni automobilisti aprono la corsia di soccorso mentre altri percorrono la corsia centrale in apparenza libera. Neanche i mezzi di soccorso riescono poi più a passare.

4. Mancanza di coordinamento tra A22 e A13

Per quanto riguarda l'A22 in particolare, il mondo finisce al Brennero. Non vi è alcuna azione coordinata nella gestione delle due tratte autostradali (A13 e A22) per quanto riguarda la pianificazione del traffico, le misure per evitare la formazione di code e i percorsi alternativi. Code, incidenti, intasamenti del traffico dovuti a precipitazioni nevose ecc. sono segnalati sui tabelloni digitali soltanto fino al Brennero. Gli automobilisti si ritrovano così in coda dopo il Brennero senza essere stati avvisati prima. Stando a quanto comunica l'ex presidente della società Autostrada del Brennero alcuni anni fa è stato sviluppato un progetto che prevede un accordo tra Monaco e Verona per quanto riguarda i cantieri, ma questo non è mai stato messo in pratica.

5. Congestione nelle ore di punta

Buona parte delle code è dovuta alla congestione dell'autostrada nelle ore di punta. Nelle giornate di partenza per le vacanze molti automobilisti hanno l'abitudine di mettersi in viaggio alla stessa ora. Uno spostamento della partenza di poche ore renderebbe il traffico più scorrevole per tutto l'arco della giornata e ridurrebbe significativamente la formazione delle code dovute alla congestione.

Una delegazione del Consiglio provinciale qualche tempo fa ha visitato la centrale di controllo del traffico in Assia. L'esecutivo dell'Assia ha sviluppato un proprio programma, "Assia senza code", per evitare questo problema. Tale programma si propone di migliorare la fluidità della circolazione e, in particolare, la pianificazione del traffico e il coordinamento dei cantieri. In via preliminare la centrale sottopone ogni cantiere a una valutazione di tipo tecnico per verificare come e quando questo possa essere allestito senza causare la congestione del traffico. Nelle giornate ad alta intensità di traffico e nel caso di formazione di code i cantieri vengono perfino rimossi.

Anche la pianificazione di un approccio congiunto per un'autostrada del Brennero (A13 e A22) senza code dovrebbe seguire il citato esempio, perché le code non conoscono confini di Stato e le pianificazioni di tipo tecnico hanno senso soltanto se si applicano all'intera autostrada del Brennero.

Approccio congiunto:

Autostrada del Brennero (A13 & A22) senza code

Devono essere considerati in particolare i seguenti punti:

1. Introduzione di un sistema di pedaggio unitario per l'intera autostrada del Brennero. Sulle autostrade della regione europea del Tirolo vigono attualmente tre diversi sistemi di pedaggio (vignetta, pedaggio Ponte Europa, pedaggio autostrada del Brennero). Attraverso l'unificazione si eviterebbe la formazione di code ai caselli. Se oggi è possibile accedere a più aree sciistiche

con un unico skipass e viaggiare in più Paesi con un unico biglietto del treno allora questo deve essere possibile anche sull'intera tratta dell'autostrada del Brennero.

2. *Coordinamento e pianificazione congiunta di tutti i cantieri allestiti sull'autostrada del Brennero e lungo il suo tracciato. I lavori sull'A22, sulla strada statale del Brennero – sia sul versante in provincia di Bolzano sia su quello austriaco – e sull'A13 devono d'ora in poi essere sottoposti a una valutazione congiunta ed essere coordinati fra loro. In questo modo si vogliono evitare cantieri paralleli in certe tratte così come i lavori durante le giornate ad alta intensità di traffico.*

3. *Cantieri notturni. Le interruzioni di una corsia per lavori dovrebbero avvenire soltanto durante le ore notturne. Di giorno i cantieri dovrebbero essere smantellati oppure bypassati, laddove possibile, con le cosiddette fly-over, affinché il traffico possa continuare a scorrere soprattutto durante le giornate ad alta intensità di traffico.*

4. *Sistema coordinato di gestione e di controllo del traffico. L'intera autostrada del Brennero (A13 e A22) dovrebbe essere fornita di un sistema coordinato e unitario di gestione e di controllo del traffico (tabellone digitale posto al di sopra della carreggiata) che regoli il traffico per esempio segnalando la necessità di ridurre la velocità quando c'è pericolo di code. Studi internazionali dimostrano che ridurre la velocità nelle ore di punta rende il traffico più fluido e riduce gli incidenti. Regolare il traffico su tutta la tratta sarebbe molto più efficace rispetto alla semplice chiusura delle porte di pedaggio al casello di Vipiteno con conseguente paralisi del traffico dall'altra parte. Inoltre attraverso un sistema di gestione e di controllo del traffico potrebbero essere trasmesse informazioni su nevicate, incidenti, percorsi alternativi ecc. riguardanti l'intera tratta.*

5. *Norme stradali unitarie. Per l'intera tratta dell'autostrada del Brennero (A13 e A22) devono valere le stesse norme stradali. In particolare per quanto riguarda i limiti di velocità, il divieto di sorpasso per i TIR e la corsia di soccorso.*

6. *Sollecitare i turisti a evitare le ore di punta. Attraverso una campagna pubblicitaria turistica mirata e uniforme nelle singole parti del Tirolo storico i turisti devono essere sensibilizzati a evitare certe fasce orarie per l'arrivo o la partenza.*

Per questo motivo i sottoscritti chiedono

*al Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
di deliberare quanto segue:*

Si incarica la Giunta provinciale di elaborare insieme al Land Tirolo, l'ASFINAG e la società Autostrada del Brennero (A22) un approccio congiunto per un'autostrada del Brennero senza code, che includa in particolare i seguenti punti:

- 1. introduzione di un sistema di pedaggio unitario per l'intera autostrada del Brennero,*
- 2. coordinamento e valutazione tecnica congiunta di tutti i cantieri allestiti sull'autostrada del Brennero e lungo il suo tracciato,*
- 3. allestimento di cantieri notturni,*
- 4. sistema coordinato di gestione e controllo del traffico sull'intera autostrada del Brennero,*
- 5. norme stradali unitarie.*

Herr Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Danke, Herr Präsident! An den vergangenen Wochenenden ist es wiederholt zu massiven Staus auf der Süd-Tiroler Seite der Brennerautobahn gekommen, die den Verkehr über Stunden lahm gelegt haben. Durch die zeitgleiche Einrichtung von Baustellen auf der Staatsstraße kam der Verkehr auch dort völlig zum Erliegen.

Bereits letzten Sommer haben sich Bürgermeister, Touristiker und Anrainer im gesamten Wipptal und Eisacktal über diese untragbaren Zustände beschwert, doch die Situation verschlimmert sich zusehends.

Insbesondere vor der Mautstelle in Sterzing und vor Baustellen kommt es immer häufiger zu kilometerlangen Staus, die oftmals bis über den Brenner zurückreichen und den Verkehr im gesamten Wipptal zusammenbrechen lassen.

Sich ständig wiederholende Staus sind nicht einfach nur ein Ärgernis für die Autofahrer, sondern verursachen volkswirtschaftliche Schäden durch Zusatzkosten und sind für den Tourismus in ganz Tirol im

höchsten Maße schädigend. Vor allem aber sind die staubbedingten Belastungen für die Bevölkerung entlang der Brennerautobahn nicht länger hinnehmbar.

Die ständige Zunahme des Verkehrs auf der Autobahn – bei einer gleichbleibenden Struktur – führt zwangsläufig zu Problemen. Auch die Bauweise der Autobahn (viele Tunnel und Viadukte) bringt einen erhöhten Sanierungsbedarf mit sich. Dennoch ist festzustellen, dass sich Staus fast immer nur auf der Süd-Tiroler Seite der Brennerautobahn bilden. Dafür gibt es mehrere Gründe:

1. Mautsystem und Mautstelle Sterzing.

Das Mautsystem auf der A22 ist technisch veraltet und dauert in der Abwicklung sehr lange (Karte ziehen, Karte abgeben, in bar oder beim Automat zahlen). Das elektronische Mautsystem mit den Lesegeräten im Auto ist für Fahrzeuglenker außerhalb Italiens kaum interessant und wird daher selten verwendet.

Die Mautstelle Sterzing reguliert den Verkehr in Richtung Süden. Um zu verhindern, dass sich am Kreuzungspunkt der A22 in Modena Staus bilden, werden bei starkem Verkehrsaufkommen Mauthäuschen in Sterzing geschlossen, ...

PRÄSIDENT: Entschuldigen Sie, Kollege Knoll, aber ich bitte Sie, diese Schilder zu entfernen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich habe sie extra mitgebracht.

PRÄSIDENT: Sie wissen, dass wir gemeinsam ein Reglement gemacht haben, ...

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): ... um so pro Stunde nur eine bestimmte Anzahl von Autos über die Autobahn zu lassen. Dadurch bilden sich riesige Staus, die oft bis nach Steinach zurückreichen. Diese Regulierung an einem einzigen Punkt ist höchst ineffizient, zumal ein großer Teil der Autofahrer (vor allem Einheimische und viele Gäste) gar nicht bis Modena weiterfahren, sondern in Süd-Tirol bleiben.

An der Mautstelle Schönberg bilden sich zum Vergleich viel seltener Staus als in Sterzing, obwohl dort mehr Autos die Mautstelle passieren. Aus den Daten einer Landtagsanfrage geht hervor, dass z. B. am Samstag, den 28. Mai 2016 (Fronleichnamswochenende) in Schönberg 39.818 Fahrzeuge die Mautstelle passierten, ohne dass es zu Beeinträchtigungen kam, während in Sterzing nur 36.000 Fahrzeuge die Mautstelle passierten, der Verkehr dort aber völlig zusammenbrach.

2. Baustellen.

Verengungen der Fahrspur und Fahrspurwechsel auf die Gegenseite verlangsamen den Verkehr ruckartig. An starken Reisetagen bilden sich dort Staus. Auf Nord-Tiroler Seite fand unlängst die Sanierung des Wiltener-Tunnels und des Bergisel-Tunnels sowie des davor liegenden Viadukts statt. Die Arbeiten wurden dort nur in den Nachtstunden durchgeführt und die Streckenabschnitte am Tag wieder für den Verkehr freigegeben, damit sich keine Staus bilden. Auf Süd-Tiroler Seite werden solch große Arbeiten hingegen auch tagsüber durchgeführt, mit teils wochenlangen Sperren einer Spur. Bei der Sanierung der Dehnungsfugen auf Viadukten werden in Österreich oftmals sogenannte Fly-overs eingesetzt. Das sind Stahlrampen, über die der Verkehr weiterfließen kann. In Süd-Tirol wird hingegen die Spur während der Bauarbeiten gesperrt.

3. Unterschiedliche Verkehrsregeln

Auf Nord-Tiroler Seite der Brennerautobahn, in Deutschland und anderen europäischen Ländern gilt bei stockendem Verkehr die Rettungsgasse. Das heißt, die Autofahrer auf der linken Spur fahren ganz nach links und jene auf der rechten Spur ganz nach rechts auf den Pannestreifen. Dadurch bildet sich in der Mitte eine Rettungsgasse für Einsatzfahrzeuge. Auf Süd-Tiroler Seite gilt diese Regel nicht und stattdessen nur der Pannestreifen. Dies führt zu chaotischen Situationen die zusätzlich zur Staubildung beitragen, da einige Autofahrer eine Rettungsgasse bilden und andere hingegen in die vermeintlich freie Mittelspur hineinfahren. Auch für Einsatzfahrzeuge gibt es dann überhaupt kein Durchkommen mehr.

4. Fehlende Koordinierung zwischen A22 und A13

Insbesondere für die A22 hört die Welt am Brenner auf. Ein koordiniertes Vorgehen der beiden Autobahnabschnitte (A13 und A22) in punkto Verkehrsplanung, Stauvermeidung und Ausweichrouten ist nicht vorhanden. Staus, Unfälle, Behinderungen durch Schneefall usw. werden auf den digitalen Anzeigen nur bis zum Brenner angezeigt. Man lässt Autofahrer damit oft blind in Staus hinter dem Brenner hineinfahren. Laut Auskunft des ehemaligen Präsidenten der Brennerautobahngesellschaft wurde vor einigen Jahren zwar ein Konzept für die Absprache von Baustellen zwischen München und Verona ausgearbeitet, dieses wurde aber nie umgesetzt.

5. Überlastung zu Stoßzeiten

Ein erheblicher Teil der Staubildung ist auch auf die Überlastung der Autobahn zu Stoßzeiten zurückzuführen. An starken Reisetagen haben viele Autofahrer die Angewohnheit, zur selben Zeit in den Urlaub zu fahren. Eine Verschiebung um wenige Stunden würde eine bessere Verteilung des Verkehrsflusses über den gesamten Tag bringen und somit die überlastungsbedingte Staubildung massiv reduzieren.

Der Süd-Tiroler Landtag hat vor einiger Zeit mit einer Delegation die Verkehrsleitzentrale in Hessen besichtigt. Die hessische Landesregierung hat ein eigenes Programm (Staufreies Hessen) zur Vermeidung von Staus entwickelt. Kern dieses Programms ist die Verbesserung des Verkehrsflusses und dabei besonders die verkehrstechnische Planung und Koordinierung von Baustellen. Jede Baustelle wird dort vorab einer verkehrstechnischen Bewertung unterzogen, um zu prüfen, wie und wann diese eingerichtet werden kann, ohne dass es zur Staubildung kommt. An reise starken Tagen und bei Staubildung werden Baustellen sogar zurückgebaut.

Nach diesem Vorbild sollte auch die Planung eines verkehrstechnischen Gesamtkonzeptes für eine staufreie Brennerautobahn (A13 und A22) angegangen werden, denn Staus kennen keine Staatsgrenzen und verkehrstechnische Planungen machen dann nur einen Sinn, wenn sie für die gesamte Brennerautobahn gelten.

Gesamtkonzept:

Staufreie Brennerautobahn (A13 & A22)

Dabei sollten zuvörderst folgende Punkte berücksichtigt werden:

1. Einführung eines einheitlichen Mautsystems für die gesamte Brennerautobahn. Auf den Autobahnen der Europaregion Tirol gelten heute drei verschiedene Mautsysteme (Vignette, Maut Europabrücke, Maut Brennerautobahn). Durch eine Vereinheitlichung würde die Staubildung vor den Mautstellen wegfallen. Wenn es heute möglich ist, mit einem Skipass mehrere Skigebiete zu nutzen und mit einem Zugticket in mehreren Ländern zu reisen, muss dies auch auf der gesamten Strecke der Brennerautobahn möglich sein.

2. Koordinierung und gemeinsame Planung aller Baustellen auf und entlang der Brennerautobahn. Bauarbeiten auf der A22, der Brennerstaatsstraße, der A13 und der Brennerbundesstraße müssen vorab einer gemeinsamen verkehrstechnischen Bewertung unterzogen und aufeinander abgestimmt werden. Parallele Baustellen in bestimmten Streckenabschnitten sowie Bauarbeiten an starken Reisetagen sollen damit vermieden werden.

3. Nachtbaustellen. Die Unterbrechung einer Spur für Bauarbeiten sollte nur mehr in den Nachtstunden erfolgen. Tagsüber müssen Baustellen zurückgebaut werden oder wo möglich durch sogenannte Fly-over überbrückt werden, damit der Verkehrsfluss besonders an starken Reisetagen nicht behindert wird.

4. Koordinierte Verkehrsbeeinflussungsanlage. Die gesamte Brennerautobahn (A13 und A22) sollte mit einer einheitlichen und koordinierten Verkehrsbeeinflussungsanlage (digitale Anzeige über der Fahrbahn) ausgestattet werden, die den Verkehr z. B. durch eine Temporeduzierung bei Staugefahr reguliert. Internationale Studien belegen, dass Temporeduzierungen zu Stoßzeiten den Verkehr flüssiger machen und Unfälle reduzieren. Diese Regulierung des Verkehrs über die gesamte Strecke wäre wesentlich effektiver, als einfach nur in Sterzing Mauthäuschen zu schließen und dahinter ein Verkehrschaos zu verursachen. Zudem könnten mit diesen Verkehrsbeeinflussungsanlagen Informationen über Schneefall, Unfälle, Ausweichrouten usw. für die gesamte Strecke vermittelt werden.

5. Einheitliche Verkehrsregeln. Für die gesamte Strecke der Brennerautobahn (A13 und A22) müssen dieselben Verkehrsregeln gelten. Insbesondere in den Bereichen Tempolimits, LKW-Überholverbot und Rettungsgasse.

6. Tourismusgesteuerte Verteilung der Stoßzeiten. Über eine gezielte und aufeinander abgestimmte Kampagne der Tourismuswerbung in den einzelnen Tiroler Landesteilen, sollten Gästeschichten dazu angeregt werden, bestimmte Tageszeiten für die An- und Abreise zu vermeiden.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Südtiroler Landtag

wolle beschließen:

Die Südtiroler Landesregierung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol, der ASFINAG und der Brennerautobahngesellschaft (A22) ein verkehrstechnisches Gesamtkonzept für eine staufreie Brennerautobahn auszuarbeiten, welches zuvörderst folgende Punkte beinhaltet:

1. Einführung eines einheitlichen Mautsystems für die gesamte Brennerautobahn,

2. *Koordinierung und gemeinsame verkehrstechnische Bewertung aller Baustellen auf und entlang der Brennerautobahn,*
3. *Einrichtung von Nachtbaustellen,*
4. *Koordinierte Verkehrsbeeinflussungsanlage für die gesamte Brennerautobahn,*
5. *einheitliche Verkehrsregeln.*

STEGER (SVP): Eine staufreie Brennerautobahn ist ein hehres Ziel und es wäre schön, wenn wir auf der Brennerautobahn weniger Probleme hätten. Man muss sich aber schon die Rahmensituation anschauen. Unser Gelände ist ein sensibles Gelände, und der Bereich, auf dem es diese Probleme vorwiegend gibt, verläuft auf Viadukten. Die Brennerautobahn ist 40 Jahre alt und bedarf natürlich einer massiven permanenten Renovierung und Verbesserung. Es gibt wenig Alternativen. Auf der anderen Seite müssen wir auch der Tatsache Rechnung tragen, dass sich in den letzten beiden Jahren Gott sei Dank die wirtschaftliche Situation auch in Südtirol verbessert hat. Nach der Wirtschaftskrise, die ab den Jahren 2007/2008 entstanden ist, sind wir jetzt wieder in einer Situation, in der man merkt, dass die wirtschaftliche Situation besser wird und der Warenverkehr zunimmt. Das große Problem auf der Brennerautobahn ist ja nicht so sehr der Personenverkehr, sondern der Warenverkehr. Insofern ist es natürlich schwierig, eine Lösung zu finden, die dazu führt, dass die Brennerautobahn staufrei ist, obwohl wir das alle gerne hätten.

Zu den einzelnen Punkten wird sicher der Landesrat Stellung beziehen. Ich möchte nur zu ein paar Punkten des beschließenden Teiles Stellung nehmen.

Zum ersten Punkt. Natürlich sind auch wir dafür, dass ein einheitliches Mautsystem für die gesamte Brennerautobahn eingeführt wird. Deshalb werden wir diesem Punkt auch zustimmen. Sie wissen, dass das Problem einer europäischen Initiative entspricht, denn ein gemeinsames Mautsystem soll ja darüber hinausgehen. Wir haben aber mit massivem Widerstand Deutschlands und Österreichs zu kämpfen. Wir möchten das, aber ich sehe hier Schwierigkeiten auf jener Ebene, wo dann die Entscheidungen getroffen werden. Wenn Österreich und Deutschland nicht damit einverstanden sind, ein europäisches Mautsystem einzuführen, dann wird es schwierig sein, das auf der gesamten Brennerautobahn zu erreichen. Wie gesagt, wir sind der Auffassung, dass das auf jeden Fall sinnvoll wäre.

Zum zweiten Punkt – Koordinierung und gemeinsame verkehrstechnische Bewertung aller Baustellen auf und entlang der Brennerautobahn – wird der Landesrat Stellung nehmen, weil er in ständigem Kontakt mit den zuständigen Stellen der A22 und A13 ist. Das kann auch der Landtagspräsident, der diesem Bereich lange Jahre vorgestanden ist, bestätigen.

In Bezug auf den dritten Punkt – Einrichtung von Nachtbaustellen – geht es vorwiegend um Sicherheitsproblemstellungen. Wir machen das ja teils schon, und zwar sowohl auf der Autobahn, als auch auf den anderen Straßen. Ich glaube, dass das beispielsweise beim Eggentaler Tunnel der Fall war. Wo man kann, wird es gemacht, aber es ist ein Sicherheitsproblem, das nicht unterschätzt werden soll.

Die koordinierte Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der Brennerautobahn würde es ja geben, wenn Tirol bereit wäre, sich in die gut funktionierende Beeinflussungslange diesseits des Brenners einzuklinken. Es wäre also sinnvoll, die Tiroler Stellen zu motivieren, sich da einzuklinken.

In Bezug auf den letzten Punkt, bei dem es um die einheitlichen Verkehrsregeln geht, möchte ich fragen, was Sie damit meinen. Ich habe verstanden, dass es vor allem um die Rettungsgasse geht. Das ist die eine Geschichte. Vor allem wollen Sie die durchgehende 100-Stundenkilometer-Grenze. Das ist ein Thema, das man noch vertiefen sollte.

Das Anliegen ist löblich, aber ich glaube nicht, dass mit diesem Beschlussantrag eine Verbesserung der Situation erreicht werden kann. Der Landesrat wird noch in technischer Hinsicht antworten. Ich bin da sehr skeptisch, wenngleich wir Punkt 1 des beschließenden Teiles unterstützen können.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): In Bezug auf den Beschlussantrag der Südtiroler Freiheit ist sehr anerkennend anzumerken, dass er wirklich einen sehr umfassenden und analytischen Ansatz gewählt und die Probleme Schritt für Schritt analysiert hat und durchaus praktikable Lösungssysteme vorschlägt. Es wird Punkt für Punkt die Diagnose gestellt und die einzelnen wunden Punkte werden abgearbeitet. Wir Grünen glauben allerdings, dass die Diagnose und die Therapie, die Sie vorschlagen, systemimmanent gedacht sind. Sie sind insofern funktional gedacht, als man Staufreiheit und Freiheit für den Verkehr und damit auch mehr Verkehr will. Das ist damit unweigerlich verbunden. Wir als Grüne müssen uns die Frage stellen, bei aller Wertschätzung Eurer Initiative, ob dieses Stauproblem nicht auch Ausdruck

dessen ist, dass viel zu viel Individual- und Lkw-Verkehr auf der Brennerautobahn verkehrt. Man kann gewiss sagen, dass die Brennerautobahn veraltet ist und dass es Koordinationsprobleme zwischen Nord und Süd gibt, aber das Hauptproblem ist jenes, dass der Lkw-Verkehr so brummt wie nie zuvor. Man kann das wirtschaftlich begrüßen, aber für die Anrainer begrüße ich das wahrlich nicht. Dass der Individualverkehr so brummt, ist auch ein Zeichen gelebter Konjunktur, aber vielleicht auch eines 'Tourismus', den wir in dieser Form nicht sonderlich schätzen. Aus unserer Sicht ist dieser Ansatz zwar funktional, wobei die Gegenargumente des Kollegen Steger waren nicht sonderlich überzeugend waren. Unsere Sicht der Dinge wäre eine radikal andere, denn man muss sich wirklich fragen, wie wir es schaffen, den Individualverkehr und den Güterverkehr auf der Brennerautobahn zu reduzieren, im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger. Das zeigen diese Staus vor allem an und nicht so sehr die technischen Defizite oder die Systemmängel.

Wir würden dann zustimmen, wenn der beschließende Teil so lauten würde. Sie schreiben "Einführung eines einheitlichen Mautsystems für die gesamte Brennerautobahn", wir würden sagen "Einführung eines einheitlichen Fahrplans und Tarifsystems für die Bahn insgesamt". Zweiter Punkt: "Koordinierung und gemeinsame verkehrstechnische Bewertung aller Baustellen auf und entlang der Brennerautobahn" – wir würden "Koordinierung der Lkw-Kontrollen entlang der Brennerautobahn" schreiben. Beim dritten Punkt würden wir anstatt "Einrichtung von Nachtbaustellen" "Einrichtung von Nachtfahrverboten auch südlich des Brenners" vorschlagen. Beim vierten Punkt – "koordinierte Verkehrsbeeinflussungsanlage für die gesamte Brennerautobahn" – würden wir "koordinierte Lkw-Verminderung entlang der Brennerautobahn" vorschlagen. Beim fünften Punkt – "einheitliche Verkehrsregeln" – würden wir "einheitliche Tempo-100-Regel" vorschlagen.

Bei aller Wertschätzung ist unser Ansatz ein anderer, und deshalb werden wir diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

HOCHGRUBER KUENZER (SVP): Die Nord-Süd-Achse ist eigentlich die einzige Achse, die von allen genutzt wird. Dass der Verkehr in den letzten Jahren zugenommen hat, merke ich als tägliche Autobahnfahlerin von Brixen nach Bozen. Es gibt eigentlich keine Zeiten mehr, in denen es weniger Verkehr gibt. Ich habe nie das Gefühl, außer in der Nacht, dass ich gut durchkomme.

Unsere Welt hat sich geändert, die Autobahn aber nicht. Sie ist zu einem Einkaufsdepot geworden. Viele Online-Einkäufe, die wir tagtäglich machen, müssen zugestellt werden, wobei wir möchten, dass wir unsere Einkäufe in wenigstens zwei Tagen erhalten. Das geht nur dann, wenn dauernd gefahren wird. Sonst ist dieses System nicht möglich.

Einige Ansätze des Beschlussantrages sind funktional, wobei auch ich damals in Hessen war. Ich möchte zum Nachdenken geben, dass wir da von ganz anderen Möglichkeiten und Weiten reden. In Südtirol gibt es von Brenner bis Bozen ein enges Tal, und hier gibt es im Grunde genommen keine Alternative. Deshalb müssen wir nach uns nach anderen Alternativen umschauen. Eines ist es, Verbesserungsmaßnahmen zu treffen – da gibt es vielleicht noch Luft nach oben -, etwas anderes ist es aber, sich über die Zukunft der Brennerautobahn Gedanken zu machen.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Nur ganz kurz. Kollege Heiss, was tun die Grünen dann morgen, wenn die Elektroautos voll in Fahrt sind? Bist Du dann auch noch so skeptisch gegenüber der Autobahn? Wir gehen ja in Richtung Elektrofortbewegung, auch bei den Autos. Ich bin davon überzeugt, dass wir das schneller erleben werden, als wir vielleicht glauben. Eine Autobahn in diese Richtung könnte ja auch grüner werden.

Einige Ansätze des Beschlussantrages sind sehr gut. Tempo 100 auf der Autobahn wünsche ich mir aber nicht. Koordinierung ist hingegen nichts Schlechtes.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vor wenigen Tagen bin ich selbst auf der Brennerautobahn unterwegs gewesen, wobei der Stau von Nösslach bis zur Mautstelle Sterzing gereicht hat. Im Verkehrsfunk wurde nichts gemeldet. Ich habe mehrere Südtiroler Radiosender abgehört, aber es wurde keine entsprechende Meldung durchgegeben. Manchmal hört man, dass von den Südtiroler Sendern, die es auf Nordtiroler Seite gibt, erst gar nicht durchgegeben werden. Wie mein Kollege bereits gesagt hat, besteht vor allem das Problem, dass die Autos teilweise kreuz und quer stehen. Von einer Rettungsgasse war auch in diesem Fall keine Spur.

Bei der Landesversammlung der Hoteliers und Gastwirte wurde erwähnt, dass die Kurzurlaube zunehmen, was natürlich zu einem größeren Verkehrsaufkommen führt. Landeshauptmann Kompatscher und der Präsident des HGV haben gesagt, dass man etwas gegen die Staus machen müsse, da es nicht sein könne, dass unsere Gäste sowohl bei der Anreise, als auch bei der Abreise in Staus stehen. Auch in Bezug auf die Instandhaltungsarbeiten auf der Autobahn ist zu sagen, dass man für diese zwar Verständnis hat, nicht aber dann, wenn sie nicht oder zu wenig koordiniert sind. Staus sind tourismus- und wirtschaftsschädigend, sind aber auch umwelt- und sicherheitsrelevant. Es ist wichtig, dass eine Änderung zuzulassen. Unser Beschlussantrag beinhaltet Ansätze, die umgesetzt werden könnten. Es ist notwendig, die derzeitige Situation zu verbessern, weshalb wir um Unterstützung unseres Beschlussantrages bitten.

SCHIEFER (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nicht auf die verschiedenen Vorschläge des Kollegen Knoll eingehen, wie man die Situation verbessern könnte. Tatsache ist, dass es zu bestimmten Zeiten und an bestimmten Wochenenden auf der Autobahn sehr wohl ziemlich kritisch zugeht. Wenn wir Sterzing hernehmen, so ist das Problem dort vor allem die Mautstelle, da oft nicht alle – ob bewusst oder unbewusst – Mauthäuschen geöffnet sind. Es besteht sogar das Problem, dass jene, die einen Telepass haben, nicht dorthin kommen, wo sie eigentlich durchfahren könnten. Man sollte dafür sorgen, dass gerade in Sterzing der Verkehr besser geregelt wird. Allerdings muss ich dem Kollegen Heiss Recht geben, wenn er sagt, dass man danach trachten sollte, den internen Individualverkehr soweit wie möglich zu reduzieren. Auf der anderen Seite muss man aber auch sagen, dass man den Stau auch in Kauf nehmen muss. Wir wollten ja keinen Flughafen. Ich merke das sogar im Unterland, wo die Autobahn relativ gut funktioniert und wo es sogar eine dynamische Spur geben würde, die aber nur selten in Anspruch genommen wird. Für bestimmte Zeiten wird es – zumindest für die nächsten zehn Jahre – nicht viele Verbesserungsmöglichkeiten geben. Wir müssen sicher warten, bis der Brennerbasistunnel fertiggestellt ist. Vielleicht kann man dann mit einer wesentlichen Verbesserung rechnen. In der Zwischenzeit müssen wir ein bisschen mehr Geduld haben. Wenn man von München nach Salzburg, also über das sogenannte Deutsche Eck fährt, dann muss man zu bestimmten Zeiten und Wochenenden viele längere Staus in Kauf nehmen als bei uns. Dasselbe gilt in Italien, wo die Autobahn Serenissima drei- und vierspurig ist. Auch dort gibt es oft Staus. Stau gehört einfach zum heutigen Leben. Die einfachste Möglichkeit, um den Stau zu vermeiden, ist es, möglichst zu Hause zu bleiben. Das ist der Vorschlag für jene, denen der Stau einfach zu viel wird.

BLAAS (Die Freiheitlichen): Dieser Beschlussantrag ist ein sehr frommer Wunsch. Niemand steht gerne im Stau, alle wollen flott vorankommen. Am besten wäre es, wenn wir die Autobahn für uns hätten und so wenig Lkw's wie möglich zu überholen wären. Wenn der Südtiroler Landtag beschließen soll, dass die Südtiroler Landesregierung beauftragt werden soll, in Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol, der ASFINAG und der Brennerautobahngesellschaft ein verkehrstechnisches Grundkonzept für eine staufreie Brennerautobahn auszuarbeiten, dann ist das ein frommer Wunsch. Die Landesregierung ist ja nur ein kleiner Teilhaber an der Brennerautobahn. Das würde im Umkehrschluss heißen, dass sich die Landesregierung als Partner einbringt, aber ich glaube nicht, dass sie diese Position einnehmen kann. Zum anderen finde ich einige Punkte des beschließenden Teiles nicht in Ordnung bzw. zu wenig klar. Die Einrichtung von Nachtbaustellen wäre gerade im Bereich von Brixen oder Bozen fatal für die Anrainer.

Was die einheitlichen Verkehrsregeln anbelangt, sehe ich keine Chance, dass man hier eine Einigung erzielt. Die Straßenkodexe der beiden Nationalstaaten sind unterschiedlich ausgerichtet, auch was die Beschilderung usw. anbelangt. Wenn eine koordinierte Verkehrsbeeinflussungsanlage gefordert wird, dann wäre das eine tolle Sache. Allerdings müsste eine solche in Nordtirol die italienische Schrift beinhalten, was ich nicht unbedingt für zielführend halten würde.

Was der Kollege Heiss gesagt hat, kann ich teilweise durchaus teilen, vor allem, dass der Lkw-Verkehr übermäßig zugenommen habe und deshalb zu reduzieren wäre. Hier müsste man wirklich eine Lösung andenken.

Was die Kollegin Hochgruber Kuenzer über den Online-Kauf gesagt hat, muss ich ganz klar festhalten, dass diese Waren immer transportiert werden, unabhängig davon, ob sie zugestellt oder importiert werden. Die Ware muss immer den Zielort erreichen. Um hier eine Lösung zu finden, muss man den Transport der Waren auf die Schiene verlagern, denn auf den Lkw's müssten sie ja immer diese Strecke bewältigen.

Ich werde diesen Beschlussantrag nicht unterstützen. Das einzige, was sicher ist, dass die Autobahngesellschaft eine Goldquelle für beide Besitzer ist. Demzufolge wird sich alles darum drehen, dass der Ver-

kehr nicht weniger wird. Man wird versuchen, mit einigen technischen Kunstgriffen den Verkehr eher noch zu steigern als zu senken.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Kollege Mussner und ich werden uns die Redezeit aufteilen. Es ist klar, dass das ein Thema ist, das alle, die sich auf den Straßen bewegen, beschäftigt. Immer wieder stehen wir selbst im Stau, und zwar sowohl nördlich, als auch südlich des Brenners. Selbstverständlich stellen wir uns dann auch die Frage, ob das mit den Baustellen wirklich jetzt sein muss und warum es nicht besser koordiniert ist. Der Ehrlichkeit halber muss man aber auch sagen, dass sich die Rahmenbedingungen geändert haben. Das Verkehrsaufkommen ist ein Vielfaches dessen, was es früher einmal war. Wir haben uns x Mal mit den Verantwortlichen der Autobahn unterhalten, auch am Rande und im Rahmen der Eigentümerversammlungen, zu denen ich natürlich immer hingehere. Vor zehn Jahren gab es im Kalender 60 Tage, die rot angestrichen waren, was hieß, Baustellen tunlichst zu vermeiden. Jetzt ist es so, dass es im Kalender noch 30 Tage gibt, die grün angestrichen sind, das heißt, an denen man eine Bautätigkeit durchführen könnte. Der Rest ist rot oder tiefrot. Was heißt das? Die Verkehrsinfrastruktur, die wir haben, ist für den Individualverkehr nicht mehr ausreichend. Das muss man einfach feststellen. Es gibt also ein grundsätzliches Problem. Dritte Fahrspur wollen wir ja keine, aus verschiedenen Gründen. Das Problem ist, dass wir auf allen Straßen zu viel Individualverkehr haben. Wir bauen zwar fleißig, aber auch das hat Grenzen. Die Instandhaltungsarbeiten werden nicht aus Jux und Tollerei gemacht, und das wird auch nicht behauptet. Sehr oft handelt es sich schlicht und einfach um notwendige Maßnahmen, um die Infrastruktur auf dem Sicherheitsstandard zu erhalten. Wenn diese Arbeiten nicht gemacht würden, dann würde eine Brücke irgendwann ganz einfach einbrechen. Deshalb muss man damit leben, dass es immer Baustellen geben wird, was heißt, dass es zu Belastungen kommt. Die Zielsetzung, das so gut wie möglich zu machen – das ist ja der Antrag – kann nur geteilt werden. Ich darf aber festhalten, dass es das grundsätzliche Problem der mangelnden Koordinierung zwischen den Ebenen nördlich und südlich gibt. Es gibt seit einem Jahr wieder den Ansatz, den es bereits einmal gegeben hat, nämlich einen Arbeitstisch, um das Anliegen dieses Mal hoffentlich umzusetzen. Den Arbeitstisch gibt es auch aufgrund eines gleich oder ähnlich lautenden Beschlussantrages im Regionalrat. Das Hauptthema ist, dass die Koordinierung besser erfolgt.

Zu den anderen Maßnahmen darf ich sagen, dass sie soweit wie möglich stattfinden. Man kann dann noch feststellen, dass man mehr tun könnte. Maßnahmen wie die Errichtung von Nachtbaustellen sind mit erheblichen Sicherheitsrisiken verbunden. Solche sind nicht immer möglich. Sie werden gemacht, beispielsweise auch bei Baustellen auf Landesstraßen, und hierzu wird Landesrat Mussner genauere Informationen liefern.

Was wir zum Beispiel machen, was im Beschlussantrag nicht enthalten ist, ist, dass bei der Vergabe von öffentlichen Arbeiten im Straßenbauwesen bei der Punktebewertung jener Teilnehmer gewinnt, der beweisen kann, durch sein System der Baustelleneinrichtung und Baustellendurchführung die geringsten Verkehrsbelastungen zu erzeugen. Das ist sehr oft das ausschlaggebende Qualitätskriterium bei der Baustellendurchführung. Hier ist sehr viel drinnen, was schon stattfindet, aber wir dürfen nicht den Menschen die Botschaft geben, dass das nur die Schuld der öffentlichen Verwaltung sei, die schlecht koordiniert. Da macht man es sich zu einfach. Ich will aber noch einmal betonen, dass das nicht Ihr Antrag ist. Ich will eine Lanze für die vielen Menschen brechen, die hier wirklich Hirnschmalz verwenden und sich bemühen, das so gut wie möglich koordiniert zu machen. Hin und wieder passiert es, dass eine Mure sämtliche Programmierungen zunichte gemacht.

Ein Letztes noch als Tourismuslandesrat. Es gibt ein Projekt des HGV, das darauf ausgerichtet ist, die "Samstag-Samstag-Buchung" zu verschieben. Das habe ich auch mehrmals angeregt und eingefordert. Es gibt eine entsprechende Arbeitsgruppe, die die Möglichkeiten vor allem den Gastwirten näher bringt, damit es auch umgesetzt wird. Das wäre relativ einfach, das heißt, den Kunden den Service anzubieten und zu sagen: "Ich kann Dir bei Deiner Anreise helfen, damit Du nicht im Stau stehst." Das ist eine positive Botschaft, die auch als Verkaufselement dienen könnte. Außerdem lässt sich im Hotel unter Umständen auch die Auflastung oder der Arbeitsaufwand beim Wechsel usw. besser koordinieren.

MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Verkehrsnetz und Mobilität - SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, dass dieser Beschlussantrag in einem Moment behandelt wird, in dem wirklich Probleme haben. Wie die Materie

allgemein ausschaut, möchte ich anhand eines Falls, der sich gestern zugetragen hat, erklären. Gestern ist in Klausen die Straße abgesunken, was heißt, dass wir so schnell wie möglich intervenieren müssen. Ich möchte damit nur sagen, dass es oft zu unvorhersehbaren Fällen kommen kann. Das haben wir auch im Jahr 2014 gesehen, als innerhalb einer Woche einige meteorologische Ereignisse aufgetreten sind, die dazu geführt haben, dass die Staatsstraße und Autobahn gesperrt werden mussten. Die Landesregierung hat darauf reagiert, denn zwischen Salurn und Brenner wurde viel investiert, um zu garantieren, dass es zu keinen Unterbrechungen mehr kommt.

Ich werde nun noch versuchen, kurz zu den fünf Punkten Ihres Beschlussantrages Stellung zu nehmen.

Was Punkt 1 anbelangt, muss man sagen, dass die Autobahn älter als vierzig Jahre ist. Je älter eine Infrastruktur ist, desto mehr muss man intervenieren, um Instandhaltungsarbeiten durchzuführen. Der Teil zwischen Bozen und Brixen ist dabei ein ganz besonderer, die Straße durch den Berg und somit über viele Viadukte bzw. durch viele Tunnels führt. Deshalb besteht hier eine größere Instandhaltungsnotwendigkeit, die gemacht werden muss. Ich möchte auch etwas in Zusammenhang mit unseren Straßen sagen, denn die Mobilität macht nicht vor Straßen Halt, weshalb man das als Ganzes sehen muss.

Die Abteilung 12 hat errechnet, dass wir beispielsweise auf unseren Straßen circa vier, wenn es gut geht fünf Monate arbeiten können. Man muss sich ausrechnen, wie viele Tage das sind. Wir haben also nur diese Zeit zur Verfügung, um zu intervenieren und zu versuchen, die Arbeiten durchzuführen. Es gibt keinen Tag mehr, an dem kein Verkehr zu verzeichnen wäre, wobei die Arbeiten aber trotzdem zu machen sind.

Ich möchte auch noch sagen, dass die Autobahnthematik in Bezug auf Sterzing angegangen worden ist. Die A22 hat seit 2016 einige Interventionen gemacht, aber ein Prinzip bleibt, nämlich jenes, dass man auf der Autobahn nur 3.300 pro Stunde haben kann. Mehr ist nicht möglich, weil wir in den Tunnels und auf gewissen Viadukten keine dritte Spur haben. Wenn mehr Autos auf die Autobahn gelassen werden, dann bilden sich schon beim ersten Tunnel Staus. Deshalb ist das etwas, was man nicht vernachlässigen kann. Sonst sind Staus vorprogrammiert.

Was die Mautstellen in Schönberg und Sterzing anbelangt, so kann man die Systeme nicht auf dieselbe Ebene stellen. In Italien bezahlt man anhand der gefahrenen Kilometer, während es in Österreich Fixpreise – beispielsweise 9 Euro – gibt. Man muss auch sagen, dass man auf europäischer Ebene dabei ist, die Zahlungssysteme für ganz Europa gleich zu machen, wobei sich Deutschland allerdings dagegen wehrt. Ich glaube aber, dass früher oder später die Notwendigkeit erkannt werden wird, dass es auf europäischer Ebene ein einheitliches Zahlungssystem braucht.

Zu Punkt 3 möchte ich ganz kurz sagen, dass die von Ihnen angesprochene Rettungsgasse in Italien nicht vorgesehen ist. Deshalb können wir nicht darüber reden. Bei uns ist es so geregelt, dass es zwei oder mehr Fahrspuren und die Notspur rechts gibt. Der sogenannte "varco di emergenza" muss so bleiben.

In Bezug auf die restlichen Punkte hat der Landeshauptmann schon geantwortet.

Abschließend noch einen Satz im Allgemeinen. Man war gegen die MeBo, gegen einen Ausbau der Pustertaler Straße, gegen den BBT, gegen den ABD, gegen die dritte Autobahnspur. Das geht nicht mehr. Lieber Kollege Heiss, ich verstehe Deine Überlegungen und Visionen, und auch ich bin der Meinung, dass man nicht zu viel Verkehr verursachen sollte, aber dieses Problem werden wir nur lösen, wenn der BBT kommt. In zehn Jahren wird es möglich sein zu sagen, dass der Güterverkehr auf die Schiene muss. Dann werden wir Möglichkeiten haben, an andere Sachen zu denken. Ich verteidige die Arbeiten auf der Autobahn, denn diese müssen gemacht werden. Ich wäre dafür, ein System zu finden, bei dem die Straße komplett gesperrt wird, damit für fünf Monate gearbeitet werden kann. Dafür braucht es natürlich Alternativen. Morgen werden wir den Brennerbasistunnel haben – Gott sei Dank -, und dann wird es soweit kommen, dass wir viel Verkehr auf die Schiene bringen. Wir haben zu viel Verkehr, den unsere Infrastrukturen nicht mehr aufnehmen können. Das ist eine Tatsache, weshalb es notwendig ist, Alternativen zu haben, damit wir ausweichen können.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wir haben in den letzten Wochen erlebt, dass es immer wieder zu Staus gekommen ist. Wir können es uns natürlich leicht machen und als Oppositionspolitiker sagen: "Die Landesregierung tut nichts." Oder wir versuchen die Gründe zu erheben und bringen Vorschläge. Das sind ja Daten und Fakten, die wir aufgrund von Antworten auf Anfragen erhalten haben. Wir selbst haben uns mit Vertretern der A22 und mit deren Technikern getroffen und diese Dinge besprochen.

Was das Mautsystem anbelangt, will man ja bis Mitte der 2020-er Jahre eine europäische Lösung anstreben. Wenn das angenommen wird, so wie vom Kollegen Steger angekündigt, dann sind wir froh, da ich glaube, dass es notwendig ist, sich mit den Verantwortlichen früh genug an einen Tisch zu setzen, um zu klären, wie man so etwas machen könnte. Es kann nicht sein, dass man abwartet, bis eine Regelung steht, und dann muss man wieder alles umändern.

Was die Koordinierung der Baustellen anbelangt, haben wir auch nachgefragt. Die gibt es leider nicht. Es gab ja das Problem am 1. Mai, dass bei der Staatsstraße beim Kaltenkeller und gleichzeitig auf der Autobahn eine Baustelle war. Das hat den Verkehr im Eisacktal zusammenbrechen lassen. Wir haben uns vor 14 Tagen mit Vertretern der A22 getroffen, die uns mitgeteilt haben, dass in den Sommermonaten der Streckenabschnitt vor dem Grenztunnel am Brenner saniert wird. Ich habe die Vertreter der Gemeinde Gries am Brenner gefragt, ob sie davon etwas wüssten. Sie haben gesagt, dass sie noch nie etwas davon gehört hätten. Was wird passieren? Die Leute werden versuchen, über die Staats- bzw. Bundesstraße auszuweichen. Das heißt, dass der Verkehr wieder zusammenbrechen wird. Ich glaube, dass dieser Punkt gerade deshalb wichtig ist. Es soll versucht werden, die Baustellen nicht nur auf, sondern entlang der Strecke so gut wie möglich zu koordinieren. Das ist ja keine Vorschrift, aber allein, dass man den Partner davon in Kenntnis setzt, dass man baut, ist wichtig, um Staus zu vermeiden.

Was Nachtbaustellen anbelangt, Kollege Blaas, weiß ich nicht, was den Anrainern lieber ist, das heißt über Wochen hinweg den Stau vor der eigenen Haustür oder einmal in der Nacht eine Nachbaustelle zu haben. Wir haben das bei den Baustellen am Wiltener und Bergisel-Tunnel gemerkt. Dort ist es weder zu Protesten von Anrainern, noch zu Staus gekommen. Ich halte das für die bessere Lösung, als die Anrainer über Wochen hinweg Staus auszusetzen.

Was die Verkehrsbeeinflussungsanlage auf der Brennerautobahn anbelangt, möchte ich sagen, dass es nicht um Namen geht, die dort angezeigt werden. Warum kann beispielsweise, wenn man in Bozen auf die Autobahn auffährt, nicht angezeigt werden, dass in Matrei Stau ist? Warum soll das nicht möglich sein? Warum soll nicht, wenn man in Matrei auf die Autobahn fährt, angezeigt werden, dass es bei Sterzing staut? Das wäre notwendig. Ich bin am Montagabend von Innsbruck nach Bozen gefahren, und da kam eine Geisterfahrmeldung. Auf der Autobahn waren viele Südtiroler unterwegs, und wenn diese einen Südtiroler Radiosender gehört hätten, dann hätten sie nicht gewusst, dass ein Geisterfahrer unterwegs ist. Allein die Weitergabe der Daten an die Verkehrsmeldezentralen ist von absoluter Notwendigkeit.

Was die einheitlichen Verkehrsregeln anbelangt, Kollege Steger, meine ich damit beispielsweise das Lkw-Überholverbot. Auf Nordtiroler Seite der Brennerautobahn gibt es kein Lkw-Überholverbot. Es gilt von Brenner bis Bozen Süd. Das ist doch irritierend.

Das Problem mit der Rettungsgasse ist ein Problem, Herr Landesrat. Ich weiß, dass wir das nicht alleine regeln können, aber wir können die italienische Regierung auffordern, hier einzugreifen. Es ist keine Lösung, wenn manche Autofahrer eine Rettungsgasse bilden und andere nicht und dann alle drei Spuren blockiert sind. Es gibt einfach kein Weiterkommen. Das ist so am 1. Mai passiert. Da kommt kein Rettungswagen, kein Mitarbeiter der A22, keine Feuerwehr vorbei. Das ist ein Problem!

Kollege Stocker, auch ich möchte keine Geschwindigkeitsreduzierung, aber was wird die Situation sein? Man berät in Südtirol über eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf 90 km/h. In Nordtirol gibt es den IGL-100-er. Ich hielte es für sinnvoll, in Sterzing nicht die Mauthäuschen zuzusperren, sondern das Tempo auf der gesamten Autobahn um fünf oder zehn Km/h zu reduzieren. Dann wäre der Verkehr flüssiger und danach könnte man wieder mit normalem Tempo weiterfahren. Internationale Studien belegen ja, dass das wesentlich effektiver ist. Der Kollege Heiss hat gesagt, dass er sich andere Maßnahmen wünschen würde. Ich möchte Euch nur daran erinnern, dass wir im Landtag einen Antrag eingereicht haben, der darauf abzielt, dass Südtirols Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessert werden soll. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Wir haben gemeinsam mit anderen Abgeordneten im Dreier-Landtag einen Beschlussantrag eingereicht, um in ganz Tirol ein einheitliches Tarifsystem einzuführen. Seit heuer gibt es in Tirol ein Tirol-Ticket, das aber nur für Nord- und Osttirol eingeführt wurde. Das ist also nicht unsere Schuld. Es gibt internationale Studien, die belegen, welche massive Auswirkungen Staus auf die Umwelt haben. In Deutschland produzieren Staus volkswirtschaftliche Schäden von 100 Milliarden Euro im Jahr.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Wir haben in unseren Stellungnahmen mehrmals festgehalten, dass die Koordinierung in Südtirol erfolgt. Das Problem liegt in der Koordinierung mit den österreichischen Stellen, wie Sie richtig beschrieben haben.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): *(unterbricht)*

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Es steht "entlang der Brennerautobahn", und wenn Sie sagen, dass damit nördlich und südlich gemeint ist, dann geht das in Ordnung.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Beschlussantrag ab, und zwar nach getrennten Teilen, so wie vom Kollegen Knoll beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 9 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles: mit 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 29 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teiles: mit 5 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 4 des beschließenden Teiles: mit 8 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 5 des beschließenden Teiles: mit 6 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Punkt 14 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 84/17 vom 22.5.2017, eingebracht von den Abgeordneten Zingerle, Blaas, Mair, Tinkhauser, Oberhofer und Stocker S., betreffend steigende Kriminalität"**.

Punto 14) all'ordine del giorno: **"Voto n. 84/17 del 22/5/2017, presentata dai consiglieri Zingerle, Blaas, Mair, Tinkhauser, Oberhofer e Stocker S., riguardante criminalità in aumento"**.

In den vergangenen Wochen und Monaten wurden im ganzen Land vermehrt Kriminalitätsdelikte registriert. Einbrüche, Diebstähle, Schlägereien und Vandalenakte stehen nahezu an der Tagesordnung. Die Bevölkerung Südtirols hat sich mit einem immer stärker werdenden Sicherheitsproblem auseinanderzusetzen. Großteils sind die Verbrecher und Täter ausländischer Herkunft und führen oft auf Einwanderergruppen und Illegale zurück.

Einige Geschehnisse von Mitte März bis Mitte April: Einbrecher und Diebe in Branzoll, Massenschlägerei in der Nacht zu Ostermontag im Ex-Alimarket-Gebäude in Bozen sowie gewalttätige Auseinandersetzung am selben Ort am Karfreitag, Ausländischer Drogenhändler in Bruneck geschnappt, jugendliche Serieneinbrecher in Brixen, blutige Gewaltszenen am Ostermontag im Bozner Bahnhofspark, Marokkaner wegen mehrerer Delikte ausgewiesen, Festnahmen und Anzeigen nach Diebstählen in Bozen, Großeinsatz der Carabinieri bei Schlägerei in Oberau, festgenommener Albaner bei Drogenrazzia, Tunesier rastet im Bozner Krankenhaus aus, Marokkaner seit 13 Jahren illegal in Italien, Messerstecherei in Bozen, Schlägerei nach Studentenfestival in Bozen, brutaler Handyraub im Bahnhofspark von Bozen, Diebstähle in der Kirche von Untermais, Festnahme wegen gefälschtem Ausweis am Brenner, Ware gestohlen und Security geschlagen in Bozen, Festnahme und Anzeige nach Einbruch und Diebstahl in Bozen, blutiger Streit im Bahnhofspark von Bozen, Marokkaner wegen Drogenhandel in Meran festgenommen, Mordversuch in Bozen, Tunesier mit Messer in Bozen unterwegs, Kurde wegen Drogenhandels in Meran festgenommen, Marokkaner rastet in Linienbus in Bozen aus, Marokkaner wegen Drogendelikten in Kiens verhaftet, Marokkaner in Bozen wegen erschwerem Diebstahl und Widerstand gegen Staatsgewalt festgenommen, ausländisches Drogendealer-Paar in Bozen festgenommen, Schlägerei zwischen zwei ausländischen Männern im Bozner Bahnhofspark, junge Ausländer schlagen Jugendliche auf den Bozner Talferwiesen nieder, eine Ausweisung und zwei Verhaftungen von Tunesiern in Bozen, betrunkenener Armenier greift Carabinieri in Meran an.

Laut der Staatspolizei von Bozen wurden zwischen März 2016 und März 2017 4.713 Straftaten gemeldet. 2.738 Anzeigen wegen Diebstahls wurden getätigt, während 228 Körperverletzungen und 161 Bedrohungen registriert wurden.

Das Recht der Bürger, ohne Angst um Leben oder Besitz in Sicherheit leben zu können, schwindet zunehmend, deshalb

fordert der Südtiroler Landtag
das italienische Parlament
und die italienische Regierung auf,

1. die sofortige Ausweisung samt Aufenthaltsverbot für ausländische Straftäter gesetzlich zu verankern;
2. verstärkte Kontrollen bei Asyl- und Flüchtlingsunterkünften durchzuführen.

Nelle settimane e nei mesi scorsi in provincia si è registrato un incremento degli atti di violenza. Furti con o senza scasso, risse e atti vandalici sono praticamente all'ordine del giorno. La popolazione altoatesina si trova ad affrontare un problema di sicurezza che sta assumendo delle proporzioni sempre maggiori. Gran parte dei delinquenti è di origine straniera e i reati sono spesso attribuibili a gruppi di immigrati oppure a clandestini.

Queste alcune notizie apparse da metà marzo a metà aprile: ladri in azione a Bronzolo, maxi rissa all'ex Alimarket a Bolzano nella notte tra Pasqua e Pasquetta e violenta lite nello stesso posto il Venerdì Santo, presi spacciatori stranieri a Brunico, ladri seriali minorenni a Bressanone, atti di violenza con spargimento di sangue a Pasquetta nel parco della stazione a Bolzano, marocchini espulsi per svariati reati, arresto e denuncia a seguito di furti a Bolzano, intervento massiccio dei Carabinieri per una rissa a Oltrisarco, albanese arrestato nel corso di un'operazione antidroga, tunisino dà in escandescenze all'Ospedale di Bolzano, scoperto marocchino da 13 anni clandestino in Italia, accoltellamento a Bolzano, rissa dopo il festival studentesco a Bolzano, brutale furto di cellulare nel parco della stazione a Bolzano, furti nella chiesa di Maia Bassa, arresto al Brennero per documenti falsi, a Bolzano furto di merce e percosse alla Security, arresto e denuncia dopo furto con scasso a Bolzano, lite sanguinosa al parco della stazione di Bolzano, marocchino arrestato per spaccio di droga a Merano, tentativo di omicidio a Bolzano, tunisino munito di coltello per le strade di Bolzano, curdo arrestato a Merano per spaccio di droga, marocchino dà in escandescenze in autobus a Bolzano, marocchino arrestato a Chienes per crimini legati alla droga, marocchino arrestato a Bolzano per furto aggravato e resistenza a pubblico ufficiale, coppia di spacciatori stranieri arrestata a Bolzano, rissa tra due stranieri nel parco della stazione a Bolzano, giovani stranieri pestano a sangue dei ragazzi sui prati del Talvera, un'espulsione e due arresti di tunisini a Bolzano, armeno ubriaco attacca Carabinieri a Merano.

Secondo la Polizia tra marzo 2016 e marzo 2017 a Bolzano sono state presentate 4.713 denunce, di cui 2.738 per furto, 228 per ferite e lesioni e 161 per minacce.

Ai cittadini è sempre più spesso negato il diritto di vivere in sicurezza senza dover temere per la propria incolumità e per i propri averi, per cui

il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
sollecita Governo e Parlamento

1. a sancire per legge l'immediata espulsione, unita a un'interdizione dal territorio, degli stranieri che hanno commesso un reato;
2. a eseguire maggiori controlli negli alloggi di profughi e richiedenti asilo.

Herr Abgeordneter Zingerle, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

ZINGERLE (Die Freiheitlichen): Vielen Dank, Herr Präsident! In den vergangenen Wochen und Monaten wurden im ganzen Land vermehrt Kriminalitätsdelikte registriert. Einbrüche, Diebstähle, Schlägereien und Vandalenakte stehen nahezu an der Tagesordnung. Die Bevölkerung Südtirols hat sich mit einem immer stärker werdenden Sicherheitsproblem auseinandersetzen. Großteils sind die Verbrecher und Täter ausländischer Herkunft und führen oft auf Einwanderergruppen und Illegale zurück.

Einige Geschehnisse von Mitte März bis Mitte April: Einbrecher und Diebe in Branzoll, Massenschlägerei in der Nacht zu Ostermontag im Ex-Alimarket-Gebäude in Bozen sowie gewalttätige Auseinandersetzung am selben Ort am Karfreitag, Ausländischer Drogenhändler in Bruneck geschnappt, jugendliche Serieneinbrecher in Brixen, blutige Gewaltszenen am Ostermontag im Bozner Bahnhofspark, Marokkaner wegen mehrerer Delikte ausgewiesen, Festnahmen und Anzeigen nach Diebstählen in Bozen, Großeinsatz der Carabinieri bei Schlägerei in Oberau, festgenommener Albaner bei Drogenrazzia, Tunesier rastet im Bozner Krankenhaus aus, Marokkaner seit 13 Jahren illegal in Italien, Messerstecherei in Bozen, Schlägerei nach Studentenfestival in Bozen, brutaler Handyraub im Bahnhofspark von Bozen, Diebstähle in der Kirche von Untermais, Festnahme wegen gefälschtem Ausweis am Brenner, Ware gestohlen und Security geschlagen in Bozen, Festnahme und Anzeige nach Einbruch und Diebstahl in Bozen, blutiger Streit im Bahnhofspark von Bozen, Marokkaner wegen Drogenhandel in Meran festgenommen, Mordversuch in Bozen, Tunesier mit Messer in Bozen unterwegs, Kurde wegen Drogenhandels in Meran festgenommen, Marokkaner rastet in Linienbus in Bozen aus, Marokkaner wegen Drogendelikten in Kiens verhaftet, Marokkaner in Bozen wegen erschwerem Diebstahl und Widerstand gegen Staatsgewalt festgenommen, ausländisches Drogendealer-Paar in Bozen festgenommen, Schlägerei zwischen zwei ausländischen Männern im Bozner Bahnhofspark, junge Ausländer schlagen Jugendliche auf den Bozner Talferwiesen nieder, eine Ausweisung und zwei Verhaftungen von Tunesiern in Bozen, betrunkenen Armenier greift Carabinieri in Meran an.

Laut der Staatspolizei von Bozen wurden zwischen März 2016 und März 2017 4.713 Straftaten gemeldet. 2.738 Anzeigen wegen Diebstahls wurden getätigt, während 228 Körperverletzungen und 161 Bedrohungen registriert wurden.

Das Recht der Bürger, ohne Angst um Leben oder Besitz in Sicherheit leben zu können, schwindet zunehmend, deshalb

*fordert der Südtiroler Landtag
das italienische Parlament
und die italienische Regierung auf,*

- 1. die sofortige Ausweisung samt Aufenthaltsverbot für ausländische Straftäter gesetzlich zu verankern;*
- 2. verstärkte Kontrollen bei Asyl- und Flüchtlingsunterkünften durchzuführen.*

Ich bin jetzt zwei Monaten im Südtiroler Landtag, und in dieser Zeit haben sich die Kriminalitätsdelikte massiv eingehäuft. Um die ganze Sache ein bisschen zu unterstreichen, habe ich diese Vorfälle, die von Mitte März bis Mitte April passiert sind, zusammengefasst. Es geht um die Sicherheit, denn nicht nur in vielen europäischen Metropolen können die Bürger nicht mehr ohne Angst leben. Auch bei uns nimmt die Kriminalität stetig zu. Auch in Südtirol gibt es ein Sicherheitsproblem. Neben Polizei und Sicherheitskräften ist es vor allem die Aufgabe der Politik, für die Sicherheit zu sorgen. Da das Land in dieser Hinsicht aber leider keine Kompetenzen hat, ist dieser Antrag in Form eines Begehrensantrages eingebracht worden. Momentan ist es leider allzu oft so, dass Straftäter nach wenigen Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Dies hat vor kurzem auch der Vizepräsident des HDS, Dado Duzzi, bei der Hauptversammlung in Bozen betont. Zudem liest und hört man immer wieder von sogenannten Wiederholungstätern, denn viele dieser Straftäter sind oft bereits polizeibekannt. Da fragt sich der Südtiroler zu Recht, wie es sein kann, dass auf der einen Seite ausländische Kriminaltäter mit sehr milden Strafen zu rechnen haben, während beispielsweise das Urinieren auf einem öffentlichen Platz einige tausend Euro Strafe mit sich bringt. Erst heute liest man in einem Südtiroler Nachrichtenportal, dass sich in Bozen eine Bürgerwehr formiert. Das kann es nicht sein. Auch hier verspürt man eine gewisse Angst.

Die Sicherheitsbedrohung darf nicht zur Normalität werden. Erst kürzlich wurde das Festival "Rock am Ring" wegen einer Terrorwarnung unterbrochen und die Musikfans verließen sehr ruhig und unaufgeregt das Gelände. Solche Terrorwarnungen sind scheinbar zur Normalität geworden.

Abschließend möchte ich noch kurz unseren Lokalausweis im Ex-Alimarket-Gebäude in Bozen erwähnen. Vor kurzem hatten einige Fraktionskollegen und ich die Möglichkeit, sich vor Ort zu informieren. Unter anderem wurde auch über verstärkte Kontrollen in Asyl- und Flüchtlingsunterkünften gesprochen. Die Betreiber selbst stehen dem positiv gegenüber, und nach meinen Informationen hat es nach unserem Lokalausweis eine verstärkte Kontrolleinheit im besagten Gebäude gegeben.

Wie gesagt, die Sicherheitsbedrohung darf nicht zur Normalität. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Begehrensantrag.

STOCKER S. (Die Freiheitlichen): Mir gefällt dieser Antrag sehr gut, weil er verschiedene Delikte der vergangenen kurzen Zeit auflistet. Man wirft uns ja immer gerne Populismus vor, aber hier wird Populismus durch Fakten widersetzt. Wir haben ein Sicherheitsproblem, auch wenn Landeshauptmann Kompatscher immer wieder sagt, dass das nicht der Fall sei. Durch so eine Auflistung wird er vorgeführt. Ich möchte dem Kollegen Zingerle zu seiner Jungferrede im Hohen Haus gratulieren. Das hast Du gut gemacht. Mach so weiter!

STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, das ging jetzt etwas schnell. Ich hätte mir eigentlich gedacht, dass dieser Begehrensantrag zu einer umfassenden Diskussion führt. Ich darf vielleicht eines vorausschicken: Etwas sind die Tatbestände und die Ist-Situation, etwas anderes ist das, was man empfindet und fühlt und was in der öffentlichen Wahrnehmung zum Thema gemacht wird. Ich hab in einigen Fällen sehen und verfolgen können, wie ein Tatbestand drei Mal hintereinander gebracht worden und in der Öffentlichkeit die Meinung entstanden ist, als ob es sich um drei verschiedene Tatbestände und Vorgänge handeln würde. Auch das muss gesagt werden. Hier ist durchaus auf die Information der Medien zu verweisen, nämlich, dass wir teilweise das Gefühl einer bedrohten Sicherheit haben, weil sehr viel und sehr oft über denselben Tatbestand berichtet wird. Tatsache ist, dass die Daten, die die Sicherheitsbehörden geben – das ist das einzige, woran wir uns halten können, wenn wir objektiv sein wollen -, besagen, dass eine Rückläufigkeit in den Straftatbeständen gibt, wenn nicht zumindest eine gleichbleibende Tendenz.

Der Begehrensantrag weist darauf hin, dass der Südtiroler Landtag die gesetzliche Verankerung der sofortigen Ausweisung samt Aufenthaltsverbot für ausländische Straftäter fordern sollte. Abgesehen davon, dass man das Wort "Straftäter" etwas genauer definieren müsste, kann ich darauf hinweisen, dass es nicht an den gesetzlichen Grundlagen mangelt. Wenn schon, dann mangelt es an der tatsächlichen Umsetzung und Umsetzbarkeit und manchmal auch daran, dass es sehr viele Möglichkeiten gibt, bevor es zu einer Ausweisung kommt. Es gibt verschiedene Einspruchsmöglichkeiten, die mit Unterstützung von Anwälten in vielen Fällen wahrgenommen werden. Insofern geht der Begehrensantrag an der tatsächlichen Problematik vorbei, weil die Voraussetzungen rechtlicher und gesetzlicher Natur, die hier gefordert werden, vorhanden sind.

In Bezug auf die Forderung nach verstärkten Kontrollen in den Flüchtlingsunterkünften ist darauf zu verweisen, dass die Vorfälle, die es im Ex-Alimarket-Gebäude gegeben hat, in den Medien etwas barock dargestellt worden ist. Der Hintergrund ist dabei manchmal etwas verloren gegangen. Tatsache ist, dass es Leute gegeben hat, die diese Frau verteidigt haben, wobei das Ganze aus dieser Verteidigungshaltung heraus entstanden ist. Zugegebenermaßen ist es kein schönes Ereignis, das wir hier zu vermelden haben. Ansonsten haben wir bei den mehr als 1.500 Menschen, die wir inzwischen in mehr als 27 Unterkünften untergebracht haben, keine nennenswerten Verhaltensweisen, die Anlass zu einer größeren Kontrollnotwendigkeit geben würden. Eines ist vielleicht auch anzumerken: Die beste aller Kontrollen ist die Sozialkontrolle durch die Menschen, die sich vor Ort den neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern annähern. Dadurch gibt es eben auch die Kontakte und es gibt nicht die Notwendigkeit anzunehmen, dass weitere Kontrollen notwendig sind. Nach den Vorfällen im Ex Alimarket haben uns die Mitarbeiter gebeten, verstärkte Kontrollen abzuhalten. In der Zwischenzeit hat sich das Ganze auch wieder etwas gelegt.

Ich kehre zurück zu dem, was ich am Anfang gesagt habe. Hier unterliegen wir manchmal wirklich falschen Annahmen. Ich hatte heute Vormittag auf Nachfrage des Kollegen Heiss die Möglichkeit, in Bezug auf die Suizid-Raten darauf hinzuweisen, dass es etwas ist, was man gefühlsmäßig annimmt, weil sehr viel darüber berichtet wird. Hier muss ich das genauso sagen. Deshalb sehen wir nicht die Notwendigkeit, diesem Begehrensantrag zuzustimmen.

ZINGERLE (Die Freiheitlichen): Eine kurze Replik. Die Frau Landesrätin sagt, dass oft die Medien daran schuld seien, dass gewisse Tatbestände wiederholt an die Öffentlichkeit gebracht werden. Ich habe mir die Mühe gemacht, alle Tatbestände aufzulisten, die sich innerhalb eines Monats abgespielt haben. Von denen ist ganz gewiss keiner doppelt angeführt worden. Das beruhigt mich also nicht, wenngleich Sie sagen, dass die Anzahl der Straftatbestände rückläufig sei. Immerhin sind es sehr viele.

Die Betreiber und Mitarbeiter im Ex-Alimarket-Gebäude haben uns gesagt, dass es öfters verstärkte Kontrollen brauchen würde, und zwar nicht nur, was Gewaltakte anbelangt, sondern auch andere Straftaten, die innerhalb eines solchen Aufnahmezentrums auftreten können.

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den Begehrensantrag ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen abgelehnt.

Es kommt jetzt eine Reihe von Punkten, deren Behandlung bereits begonnen worden ist und bei denen teilweise nur mehr die Abstimmung aussteht.

Der erste ist Punkt 15 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 583/16.

Herr Abgeordneter Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Landesrat Achammer hat immer abwarten wollen, bis die Studie fertiggestellt ist. Ich möchte mit ihm darüber sprechen und bitte darum, die Behandlung gegebenenfalls auf morgen zu vertagen.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Wir kommen zu Punkt 16, Beschlussantrag Nr. 265/14. Auch hier steht nur noch die Abstimmung aus. Herr Abgeordneter Urzì, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Già la volta scorsa avevamo avuto occasione di confrontarci con l'assessore, ma poi non era stato ancora possibile avere risposte definitive dagli uffici, solo per questo doveva essere trattato e vorrei trattarlo, però c'è una difficoltà oggettiva ad avere una risposta definitiva che possa risolvere poi la questione.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Wir kommen zu Punkt 17, Beschlussantrag Nr. 372/15. Auch hier steht nur noch die Abstimmung aus. Herr Abgeordneter Zimmerhofer, bitte.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich habe mit der Landesrätin vereinbart, dass wir das noch einmal verschieben und dann abstimmen.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Wir kommen zu Punkt 18, Beschlussantrag Nr. 503/15. Auch hier geht es nur mehr um die Abstimmung.

Kollege Heiss, bitte.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Auch ich bitte um eine Vertagung. Wir haben am 12. Juni mit Landesrat Achammer und seiner Truppe eine Absprache. Danach ist der Beschluss zum Abschuss freigegeben.

PRÄSIDENT: In Ordnung.

Wir kommen zu Punkt 19, Beschlussantrag Nr. 657/16. Auch hier geht es nur mehr um die Abstimmung.

Kollegin Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Landesrat Achammer hat uns heute mit seinem Terminkalender mehrfach aufgesucht. Ich habe einen Termin bekommen und bitte ebenfalls um Aufschub der Versenkung.

PRÄSIDENT: Die Behandlung Punkt 20 der Tagesordnung wird vertagt.

Punkt 21 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 264/14 vom 10.12.2014, eingebracht vom Abgeordneten Urzì, betreffend das Tolomei-Archiv**".

Punto 21) all'ordine del giorno: "**Mozione n. 264/14 del 10/12/2014, presentata dal consigliere Urzì, riguardante l'archivio Tolomei**".

Während der Besetzung Südtirols durch die Nationalsozialisten und nach der Deportation des Senators Ettore Tolomei von seinem Wohnort Glen ins Konzentrationslager Dachau (das er zum Glück überlebte) wurden die zahlreichen Archivunterlagen entwendet, auf denen die sprachwissenschaftlichen Studien Tolomeis basierten, die er ab 1916 für die Erstellung der benötigten Verzeichnisse der Südtiroler Ortsnamen in italienischen Fassung verwendete.

Das so genannte Tolomei-Archiv wurde weder Tolomei selbst, als er noch am Leben war, noch seinen Nachkommen, noch den italienischen Behörden zurückgegeben, die sich zu diesem Zweck mehrmals in offizieller Form an die österreichischen Behörden gewandt hatten. Die Spuren des Archivs konnten bis über den Brenner hinaus nachverfolgt werden, enden aber im Innsbrucker Archiv.

Zum genauen Standort hüllen sich sowohl die wissenschaftlichen Einrichtungen als auch die Behördenvertreter Tirols und Österreichs seit Jahrzehnten in peinliches Schweigen.

Aus diesen Gründen

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

bei den Tiroler und den österreichischen Behörden Informationen zum derzeitigen Verbleib des so genannten Tolomei-Archivs einzuholen und seine Rückgabe an die wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen Südtirols zu fordern.

Durante l'occupazione nazista della provincia di Bolzano, e a seguito del trasferimento coatto del sen. Ettore Tolomei dalla sua residenza di Gleno al campo di sterminio di Dachau (da cui ebbe la fortuna di rientrare vivo) fu trafugato lo sterminato archivio documentale sul quale si erano fondati gli studi scientifici di glottologia che portarono alla redazione dei celebri prontuari dei nomi di luogo altoatesini nella loro versione in lingua italiana dal 1916 in avanti.

L'archivio cosiddetto Tolomei non è mai stato restituito né agli eredi del sen. Tolomei, né allo stesso sen. Tolomei quando egli era ancora in vita, né alle autorità italiane che lo richiesero più volte in forma ufficiale alle autorità austriache seguendo le tracce ricostruite del suo trasporto oltre Brennero che si interrompono per l'appunto proprio presso gli archivi di Innsbruck.

Sulla esatta localizzazione dell'archivio è calato da decenni un imbarazzante e imbarazzato silenzio da parte delle autorità sia scientifiche che istituzionali austriache e tirolesi.

Tutto ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna la Giunta provinciale*

ad attivarsi presso le autorità austriache e tirolesi per ottenere informazioni sulla attuale allocazione del cosiddetto Archivio Tolomei e la sua riconsegna alle autorità scientifiche e culturali altoatesine.

Herr Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Faccia conto che è da 60 anni che rinviamo, quindi possiamo anche trattarlo questo argomento. Credo che l'approccio sia estremamente scientifico in questo caso e di interesse scientifico, quindi lasciamo da parte per una volta il pregiudizio ideologico e politico, e concentriamoci sul merito della questione. La mozione impegna sostanzialmente la Giunta provinciale ad attivarsi presso le autorità austriache e tirolesi per ottenere informazioni sull'attuale allocazione del cosiddetto Archivio Tolomei e la sua riconsegna alle autorità scientifiche e culturali altoatesine, o italiane, ma ho scritto altoatesine.

È un argomento di grande interesse scientifico e dovrebbe interessare tutti, ma sappiamo come la controversa opera di carattere scientifico, fortemente ispirata a sentimenti di natura patriottica del senatore Tolomei, ha preso corpo nel cosiddetto Archivio Tolomei, che è una raccolta di atti scientifici e di volumi storici che ha trovato collocazione nel tempo in diverse sedi, ultima delle quali – il collega Heiss potrà poi intervenire nel dibattito, se lo riterrà opportuno, anche per darci ulteriori dettagli, considerata la sua particolare preparazione sull'argomento – la casa di Gleno a Montagna. Questo archivio che ha preso forma nel tempo, è la somma di una raccolta di atti di diverso valore scientifico e culturale: libri, testimonianze, documenti storici – nell'atto del sequestro del senatore Tolomei, trasferito poi nel campo di concentramento di Dachau, da

parte delle truppe occupanti –, ed è stato raccolto e trasferito in una sede imprecisata. Le ultime tracce certificate facevano riferimento al Ferdinandeum di Innsbruck e lì è stato conservato per un determinato lasso di tempo poi non è specificato quale sia stato il suo destino. Per archivio si intende una raccolta di atti, di documenti e di libri. Io torno ad appellarmi ai colleghi affinché l'approccio rispetto a questa mozione sia un approccio non politico. In questa fase non interessa cosa ci sia dentro quegli archivi e quale lettura sia stata data agli atti di quell'archivio, l'importante è riuscire a restituire alla Provincia autonoma di Bolzano, alla fruibilità del mondo scientifico una raccolta indubbiamente significativa che può avere un valore non solo di documentazione e testimonianza, ma, in una fase tanto delicata come quella che stiamo affrontando da molti anni che è quella legata al dibattito sulla toponomastica, può essere di interesse per coloro che intendono avere un approccio con questa materia su un piano scientifico e non esclusivamente politico. Nel dopoguerra l'archivio non è stato restituito nonostante diverse richieste e oggi lo si può considerare sparito. La ricostruzione che ci porta a luoghi di conservazione siti in Austria, indurrebbe il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, che nel tempo ha sempre dimostrato molto interesse riguardo alle tracce di documentazione storica del nostro territorio, ad appellarsi in un'opera di iniziativa in questo caso politica presso le autorità austriache per ottenere informazioni certe sull'attuale allocazione del cosiddetto Archivio Tolomei e poterne eventualmente ritornare in possesso, affinché possa arricchire quello che è il patrimonio già ampio di documenti che sono custoditi presso l'archivio provinciale e presso le strutture di interesse scientifico della nostra provincia. Credo che questo atto possa essere un importante contributo verso un riconoscimento dei percorsi scientifici e anche politici che hanno portato alla definizione del patrimonio toponomastico della nostra provincia e che sia un atto dovuto da parte delle istituzioni locali e auspico – lo ribadisco per la terza volta – che l'approccio possa essere di interesse scientifico e che escluda ogni altra considerazione circa la valutazione e il giudizio politico che di ogni singolo atto che la storia ci consegna gli uomini possono dare.

HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Der Kollege Urzì weist mit diesem Beschlussantrag auf eine wichtige Thematik hin, nämlich auf die Frage nach dem Verbleib des Tolomei-Archivs. Das ist zweifellos eine interessante Fragestellung und verweist insgesamt auf eine sehr starke Zersplitterung der Archiv-Landschaft im Bereich der Euregio. Wir haben für 1,7 Millionen Einwohner der Euregio fünf Staats- und Landesarchive: Das Staatsarchiv Bozen, das Südtiroler Landesarchiv, das Staatsarchiv Trient, das Archivio Provinciale di Trento und das Tiroler Landesarchiv. Das führt natürlich zu ständigen Brüchen in der Archivüberlieferung, wovon auch das Tolomei-Archiv betroffen ist, das nach dem 8. September 1943 vom damals bereits eingesetzten Archivbeauftragten Franz Huter ausgehoben und nach einigen Umwegen in den Gau Tirol/Vorarlberg gebracht wurde, wo es sichergestellt wurde. Man weiß nicht genau wo. Der Kollege Urzì spricht vom Ferdinandeum, aber dem Vernehmen nach soll es in Schloss Tratzberg im Unterinntal sein. Einige Splitter des Tolomei-Archivs, Kollege Urzì, scheinen vor ungefähr zehn Jahren an das Museo Storico von Trient gelangt zu sein, aber der Großteil des Archivs befindet sich nach wie vor im Bundesland Tirol. Das ist bedauerlich, da es so der Forschung entzogen ist. Senator Tolomei war 1943 bereits in einem Alter von hoch 70, und es wäre wichtig, über dieses Archiv zu verfügen, um eine noch klarere und entschiedener Bewertung seiner Arbeit vornehmen zu können, vielleicht im Wege einer bilateral eingesetzten Historiker-Kommission. Dazu würde es aber einen politischen Konsens brauchen. Ich weiß nicht, wo das Archiv gelagert ist, wobei es die Vermutung von Schloss Tratzberg gibt. Dem müsste man nachgehen. Ich erinnere den Landeshauptmann und Landesrat Mussner daran, dass vor einigen Jahren ein Archiv-Austausch im Hinblick auf Archivarien Südtiroler Provenienz stattgefunden hat, die im Tiroler Landesarchiv verwahrt wurden und im Rahmen einer Bereinigungsaktion wieder nach Südtirol zurückgekehrt sind. Das war erfreulich. Man müsste versuchen, dem Tolomei-Archiv nachzugehen und versuchen, eine Lösung zu finden, die versucht, dieses Archiv aus dem politischen Tagesstreit herauszuhalten und es zu retournieren. Die Auskunft des Südtiroler Landesarchivs ist sicher eher zurückhaltend, aber ich glaube doch, dass eine Nachforschung seitens der Landesregierung angebracht wäre. Deshalb würden wir dem Beschlussantrag durchaus zustimmen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Was der Kollege Heiss so nett als Retournierung von Archivmaterial beschreibt, ist etwas, gegen das ich mich schon im Jahr 2009 ausgesprochen habe. Dahinter steckt ein bisschen der Gedanken, als ob man irgendetwas zurückholen müsste, was irgendwann einmal entwendet worden ist. Wir hatten bis 1918 in ganz Tirol eine gemeinsame Archivpolitik, wobei man in den Archiven Tirol nicht getrennt geführt hat. Ich halte also nichts vom Denken, dass Dinge, die Südtirol betreffen, nicht in

Nordtirol liegen dürfen. Auch in Zeiten, als es in Südtirol weder politisch, noch finanziell möglich war, wurden im Bundesland Tirol sehr intensive und gute Studien über Südtirol gemacht.

Was das Tolomei-Archiv als solches anbelangt, könnte ich dem Vorschlag, es wissenschaftlich zu bearbeiten, durchaus etwas abgewinnen, weil damit natürlich demaskiert würde, was im Grunde genommen hinter ihm steckt, nämlich blanker Nationalismus. Deshalb bitte ich um eine getrennte Abstimmung zwischen den Prämissen und dem beschließenden Teil. In den Prämissen ist von den sprachwissenschaftlichen Studien, die Ettore Tolomei angeführt hat, die Rede. Das waren keine sprachwissenschaftlichen Studien, sondern nationalistische Ergüsse, par jeder Wissenschaftlichkeit. Es kann auch von internationalen Sprachwissenschaftlern belegt werden, dass hier willkürlich Erfindungen gemacht worden sind und sich Tolomei nicht einmal die Mühe gemacht hat, in die Archive selbst zu gehen und zu schauen, welchen Ursprung ein Name überhaupt hat. Da wurde manches Mal einfach ein o oder ein anderer Buchstabe drangehängt, um es ein bisschen italienisch klingender zu lassen. Von einer Wissenschaftlichkeit kann man hier sicher nicht sprechen. Es wäre sicher gut, wenn man seine stümperhafte Arbeit wissenschaftlich aufarbeiten könnte. Insofern würde es mich auch interessieren, wo das Tolomei-Archiv ist. Ich würde es aber für sinnvoll erachten, diese Studie nicht in Südtirol, sondern gegebenenfalls in Nordtirol zu machen, wo man fernab der Versuchung steht, diese Dinge auch politisch zu nutzen. Hinter diesem Antrag steckt nicht die Absicht, eine wissenschaftliche Aufarbeitung zu machen, sondern das Werk von Tolomei zu verwissenschaftlichen und damit auch seine faschistischen Namen zu legitimieren. Genau das ist das, was die Accademia della Crusca tun möchte. Ich glaube, dass das der falsche Ansatz wäre. Nichtsdestotrotz wäre es interessant zu wissen, wo dieses Archiv gelandet ist und welche Geschichte es genommen hat und es einer wissenschaftlichen Aufarbeitung zuzuführen. Das wäre ein Auftrag, den man der Universität Innsbruck überantworten könnte.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich glaube, dass wir alle der Tatsache etwas abgewinnen können, dass die Dokumente, die Bestandteil dieses Archivs sind, eingehend wissenschaftlich untersucht werden sollten. Das dient der Forschung und letztlich auch der Gesellschaft für die Aufarbeitung der Geschichte. Dafür ist es aber nicht notwendig, die Dokumente zu verfrachten. Sie müssen zugänglich gemacht werden. Ich bin durchaus gewillt und halte es für richtig, mich mit dem Kollegen Platter in Verbindung zu setzen und zu sondieren, inwieweit man in der Lage ist, die Voraussetzungen zu schaffen, dass das Archiv für Historiker zugänglich wird.

Den Antrag in dieser Form müssen wir aber ablehnen, denn hier geht es um "riconsegna" usw. Auf alle Fälle werde ich entsprechende Sondierungsgespräche mit der Tiroler Landesregierung führen, damit man das Archiv nach Möglichkeit für Historiker zugänglich machen kann.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore): Ringrazio i colleghi per l'approccio sensibile dimostrato, però ho preparato un emendamento che interpreta alcune riflessioni che sono emerse. Adesso lo leggo, ma dopo dovrà essere tradotto. L'emendamento prevede la soppressione delle parole "e la sua riconsegna alle autorità scientifiche e culturali altoatesine" e la sostituzione con le parole "perché lo stesso sia reso accessibile agli studiosi e ricercatori" in modo che tutti possano averne accesso. La questione della proprietà è un tema secondario perché il valore della cultura va oltre ogni altra considerazione. Di questo parleremo nel momento in cui se ne dovesse ridiscutere. Consegnerei un emendamento che dice NO alla riconsegna alle autorità scientifiche e culturali altoatesine, ma SÌ a rendere accessibile l'archivio a studiosi e ricercatori, fermo restando che il presidente Kompatscher ha ragione nel dire che dobbiamo avere prima informazioni precise, ma nelle prima parte del dispositivo si diceva di attivarsi presso le autorità austriache e tirolesi per ottenere informazioni sull'allocatione. Io presento l'emendamento e se può essere discusso già oggi, bene, altrimenti ne possiamo discutere tranquillamente domani.

PRÄSIDENT: Gut. Dann schließe ich die heutige Sitzung und wir fahren morgen mit der Behandlung des Beschlussantrages fort. Schönen Abend!

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Ore 17.52 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

AMHOF (19)
ATZ TAMMERLE (48, 62)
BLAAS (63)
DEEG (3)
DELLO SBARBA (17, 21, 50)
FOPPA (9, 12, 14, 34, 47, 71)
HEISS (1, 2, 18, 52, 61, 71, 73)
HOCHGRUBER KUENZER (62)
KNOLL (18, 35, 41, 48, 58, 65, 71, 73)
KÖLLENSPERGER (3, 5, 32, 36, 49)
KOMPATSCHER (4, 5, 13, 35, 64, 66, 74)
MUSSNER (19, 64)
PÖDER (2, 3, 34, 42, 45, 53)
SCHIEFER (21, 63)
STEGER (42, 46, 53, 61)
STIRNER (51)
STOCKER M. (1, 2, 52, 70)
STOCKER S. (8, 19, 35, 39, 47, 62, 70)
THEINER (8)
TOMMASINI (39, 40)
URZÌ (38, 40, 41, 42, 47, 51, 71, 72, 74)
ZIMMERHOFER (7, 9, 18, 71)
ZINGERLE (68, 70)